

# AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

Einzelpreis 3,50 € - ISSN 1612-7366

## DEUTSCHLAND UND DIE BUNDESWEHR

*Alexander Kleiß* ~ Scheinbeteiligung oder „Politik des Gehörtwerdens“? Das KSK und die Suche nach einem neuen Absprunggelände – **1**

*Alexander Kleiß* ~ Hardheim: NATO-Hauptquartier zur Koordination multinationaler Spezialeinsätze geplant – **5**

*Markus Pflüger* ~ US-Airbase Spangdahlem: 300 Mio. Euro für den Umbau gegen Russland – **6**

*Bernhard Klaus* ~ Die Ministerin im Wahlkampf. Die „Sommerreise“ und die ungeklärten Vorfälle bei der Bundeswehr – **7**

*Alexander Kleiß* ~ Braune Nostalgie beim KSK – keine Überraschung! – **12**

*Peter Feininger* ~ MAN Augsburg baut die französischen Atomraketen (Teil I) – **14**

## WEITERE ARTIKEL

*Jacqueline Andres* ~ Vergrenzungsprozesse in Niger. Militarisierung und Neokolonialisierung entlang vorverlagerter EU-Außengrenzen – **20**

*Jürgen Wagner* ~ Trumps Syrien-Bilanz: Mehr Krieg – Mehr Opfer – Mehr Waffen – **23**

*Peter Clausing* ~ Die neue Ehe: Terrorbekämpfung und Naturschutz – **26**

*Jürgen Wagner* ~ Afghanistan: Am Scheideweg der US-Kriegspolitik – **28**

*Sven Wachowiak* ~ Opération Sentinelle: Wie Frankreichs Anti-Terror-Krieg nach Hause kommt – **30**

*Christopher Schwitanski* ~ Hybride Bedrohungen: Analysekategorie oder Steigbügelhalter der Militarisierung? – **33**



# Editorial:

Als am Tag nach der Wahl der Medienjournalist Matthias Dell auf Zeit.de eine „nie reflektierte Faszination des öffentlich-rechtlichen Fernsehens für die AfD“ konstatierte, lieferte tageschau.de gleich den Beweis: Drei große Bilder von Frauke Petry in vorteilhafter Pose, bevor etwa die erste Meldung zum Konflikt um Korea oder dem Referendum im Nordirak erscheint. Zuvor hatte schon Stefan Niggemeyer zutreffend auf uebermedien.de kritisiert, dass beim TV-Duell zwischen Merkel und Schulz diese von den vier Moderator\_innen „fast ausschließlich von rechts“ gefragt wurden und dadurch das Lieblingsthema der AfD, „Flücht-

linge“, den mit Abstand größten Raum einnahm. Dessen ungeachtet setzte die Diskussionssendung „Kontrovers“ des Deutschlandfunks zwei Wochen vor der Wahl, am 11.9., das Thema „Zwei Jahre Flüchtlingskrise – Schaffen wir das und wenn ja: wie?“ auf die wirklich einfalllose Agenda. Diskutieren durften Vertreter der Grünen, der CDU und der AfD.

Tagesschau.de hatte dann kurz vor der Wahl behauptet, Trump hätte für seine Drohung, Nordkorea zu vernichten, Lob von Israel und Südkorea erhalten. Wer klar denken kann, weiß, das letzteres nur als hanebüchen bezeichnet werden kann. Leider ist Korea auch

ein blinder Fleck dieser Ausgabe, dafür bietet der AUSDRUCK in seiner aktuellen Ausgabe gleich mehrere Artikel zum Ausbau deutscher Militärbasen. Darüber hinaus werfen wir einen aktuellen Blick auf die Kriege in Afghanistan und Syrien.

Mit Medien und militärischen Kommunikationsstrukturen werden wir uns auf unserem Kongress vom 17. bis 19. November unter dem Titel „Krieg im Informationsraum“ eingehend beschäftigen. Näheres dazu findet sich auf der Rückseite und auf unserer Homepage, bei Bedarf können Flyer und Plakate sehr gerne bei uns bestellt werden.

*Die Redaktion*

## Impressum

Der **AUSDRUCK** wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. Tübingen.

**Redaktion:** Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisation, Jacqueline Andres, Christoph Marischka, Jürgen Wagner.

**Erscheinungsweise:** Der **AUSDRUCK** erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

**Druck:** Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

**Bezugsbedingungen:** IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den **AUSDRUCK** kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Einzelpreis 3,50 €. Im Jahresabo (6 Hefte): 35 € bzw. Förderabo ab 40 €.

**Bezugsadresse:** Informationsstelle Militarisation e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen.

**Hinweise zu einzelnen Texten:** Δ Kleiß, Hardheim, aktualisierte Fassung eines Artikels in der jungen Welt vom 23./24. September 2017.

**Bildnachweise wie angegeben außer:** Titelbild, S. 2 und 5: IMI. S. 24: Daten: Airwars, Grafik: IMI

**Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe:** Peter Feininger ist Redakteur beim Forum friedliches und solidarisches Augsburg (<http://www.forumaugsburg.de/>). Bernhard Klaus ist Journalist und lebt in Tübingen. Alexander Kleiß hat Politikwissenschaft und Geschichte in Tübingen studiert. Sven Wachowiak studiert Politik an der Universität Lyon. Die Texte entstanden im Rahmen ihrer Praktika bei der IMI. Jacqueline Andres, Peter Clausing und Markus Pflüger sind IMI-Beiräte, Jürgen Wagner ist IMI-Vorstand.

**Hinweise zu Internetlinks in dieser Ausgabe:** Alle enthaltenen Link-Verweise wurden von den jeweiligen Autoren/Autorinnen zum Zeitpunkt der Drucklegung geprüft – für eine darüberhinausgehende Aktualität können wir keine Gewähr geben.

## Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisation und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage ([www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

### Unsere Spendenkontonummer bei der

Kreissparkasse Tübingen

IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32

BIC: SOLADES1TUB.

Konto des IMI-Fördervereins:

IBAN: DE54 6415 0020 0001 7669 96

BIC: SOLADES1TUB.

### Kontakt: Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.

Hechinger Str. 203 (Sudhaus)

72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de)

web: [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)



# Scheinbeteiligung oder „Politik des Gehörtwerdens“?

## Das KSK und die Suche nach einem neuen Absprunggelände

von Alexander KleiB

Das Kommando Spezialkräfte (KSK) sucht momentan nach einem neuen Übungsgelände für Fallschirmsprünge. Der Umgang von Bund und Land mit den betroffenen Bürger\_innen sorgt dabei für Diskussionen. Dieser Text soll einen Einblick in die politischen Auseinandersetzungen in der ländlich geprägten Region geben, wobei zunächst auf das KSK, seine Verflechtungen mit der Bevölkerung und der lokalen Wirtschaft sowie seine Besonderheiten eingegangen wird, um vor diesem Hintergrund anschließend die Suche nach einem neuen Absprunggelände und die Politik der baden-württembergischen Landesregierung und des Bundes zu betrachten und zu bewerten.

Tief im Nordschwarzwald, zwischen Pforzheim und Stuttgart, liegt die von 23.000 Einwohner\_innen bewohnte Kleinstadt Calw. Direkt an die Stadt angrenzend befindet sich die Graf-Zeppelin-Kaserne und der Standortübungsplatz, auf dem die Soldat\_innen<sup>1</sup> der Bundeswehr-Elitetruppe KSK stationiert sind. 1540 Angehörige der Bundeswehr tun hier ihren Dienst.<sup>2</sup> Der Anteil der Kommandosoldaten ist nicht genau bekannt, wird jedoch mit ungefähr 400 beziffert. Das KSK wurde 1996 gegründet und ist offiziell vor allem für die Evakuierung deutscher Staatsbürger\_innen in Krisengebieten, Kommando-einsätze im feindlichen Gebiet, die Festnahme von Kriegsverbrecher\_innen, Aufklärung und Militärberatung zuständig. Tatsächlich wurde es in den letzten Jahren jedoch hauptsächlich im „Krieg gegen den Terror“ eingesetzt. Terrorverdächtige werden dabei gezielt getötet – die Unschuldsvermutung gilt in diesem Fall nicht.<sup>3</sup> Operationen, Training, Identität und Zahl der Elitekämpfer unterliegen strengster militärischer Geheimhaltung. Die Öffentlichkeit und selbst der Bundestag werden nur unzureichend über Einsätze des KSK informiert.<sup>4</sup> Über Tötungen gegnerischer Kämpfer\_innen oder Ziviler\_innen durch das KSK und eigene Verluste gibt es keine offiziellen Angaben. Eine parlamentarische Kontrolle, wie sie eigentlich gesetzlich vorgesehen wäre, ist somit nicht möglich. Durch die Geheimhaltung gibt es auch kaum Verflechtungen zwischen KSK und den Einwohner\_innen Calws. Die Kommandosoldaten, die zum Teil mit ihren Familien in Calw leben, gehen mit ihrer Tätigkeit sehr diskret um.<sup>5</sup>

Calw blickt auf eine lange Tradition als Militärstandort zurück. Vor der Gründung des KSK war in der Graf-Zeppelin-Kaserne ab 1961 die Luftlandebrigade 25 stationiert, die 1996 aufgelöst wurde und daraufhin teilweise im KSK aufging. Vor 1996 gab es mehr Kontakt zwischen Soldat\_innen und Calwer Bürger\_innen.

### Bedeutung des Militärs für die lokale Wirtschaft

Sowohl Lokalpolitiker\_innen und Gewerbetreibende als auch KSK-Vertreter betonten in der Vergangenheit immer wieder die wirtschaftliche Bedeutung des KSK für Calw und die Region. Inwiefern das weitgehend isolierte KSK tatsächlich einen positiven Einfluss auf die Wirtschaft der Kleinstadt hat, ist

u.a. wegen der Geheimhaltung schwer nachprüfbar. Das Militärgelände blockiert wirtschaftlich nutzbare Flächen im Osten der Stadt und ob das KSK „ein weltweiter Werbeträger für die Stadt“<sup>6</sup> ist, wie vom Vorsitzenden des Calwer Gewerbeverbandes behauptet, ist angesichts des eher negativen Images des KSK,

das auch immer wieder durch rechtsradikale Entgleisungen auffällt,<sup>7</sup> zweifelhaft. Dennoch profitiert die lokale Wirtschaft vom KSK, vor allem von Neubauten auf dem Kasernengelände. Entsprechende Aufträge würden bevorzugt „an Unternehmen in der Region“ vergeben, wenn dies „zulässig und erlaubt“ sei, so der damalige KSK-Kommandeur Dag-Baehr bei der Verleihung des Calwer Löwen, einer Auszeichnung durch den Calwer Gewerbeverband im Januar 2017.<sup>8</sup> Die Würdigung des KSK durch die lokale Wirtschaft verdeutlicht die Verflechtungen zwischen Militär und regionalen Unternehmen, die von der Militärpräsenz profitieren. In Calw ist in Form der Kissling Elektrotechnik GmbH auch ein Unternehmen ansässig, dessen Produkte in Panzern und gepanzerten Fahrzeugen der Bundeswehr verbaut werden. Ob es eine Kooperation zwischen dem KSK und Kissling Elektrotechnik gibt, ist nicht bekannt. Es wäre jedoch durchaus möglich, da das KSK sich selbst als eine Art „Versuchslabor“ der Bundeswehr betrachtet, in dem neue Waffensysteme als erstes erprobt werden sollen.<sup>9</sup> In der Gesamtheit profitieren von der KSK-Präsenz jedoch vor allem einzelne Unternehmen im Bau- und Rüstungsbereich. Es ist jedoch zu bezweifeln, ob das KSK darüber hinaus substanziell für nachhaltige und branchenübergreifende Gewinne in der Region sorgt.

### Ausbau des Militärstandorts Calw

Der Standort Calw war neben den Standorten Donaueschingen und Stetten am kalten Markt der einzige Militärstützpunkt, der im Zuge des neuen Stationierungskonzepts 2011 eine Aufwertung erfuhr. Während der Stützpunkt Donaueschingen von 750 auf 870 Dienststellen nur geringfügig anwuchs und sich Stetten am kalten Markt nur wegen der Verlegung von Bataillonen, die zuvor in den mittlerweile aufgegebenen Standorten Immendingen und Sigmaringen stationiert waren, vergrößerte, erfuhr Calw eine Erhöhung von 1330 auf 1540 Dienststellen, die nur auf eine allgemein gestiegene Bedeutung von Spezialkräften zurückgeführt werden kann.<sup>10</sup> Das KSK ist somit in Baden-Württemberg die einzige Einheit, der in ihrer Bedeutung und den ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen eine tatsächliche, relevante Aufwertung zuteil wurde. Dies manifestiert sich auch in Form zahlreicher Investitionen am Standort Calw. Der Bundestagsabgeordnete Hans-Joachim Fuchtel schätzt, dass „in den vergangenen 20 Jahren mehr als 100 Millionen Euro in den Standort Calw investiert worden sind“.<sup>11</sup> Allein im Zeitraum zwischen 2012 und 2016 seien 17,5 Millionen Euro für die Infrastruktur der Graf-Zeppelin-Kaserne ausgegeben worden, so das Verteidigungsministerium. Laufende Kosten sind hier nicht mit einberechnet.<sup>12</sup> Hinzu kommen nun neue Investitionen: Momentan entsteht auf dem Gelände der Graf-Zeppelin-Kaserne ein multifunktionales Trainingszentrum, das nicht nur Sporthallen und ein Hallenbad umfasst, sondern ein komplexeres Bauvorhaben ist, in das eine erhebliche Geldsumme fließt. So werden z.B. Möglichkeiten geschaffen, den



Absprung aus einem Hubschrauber in ein Gewässer – auch bei hohem Wellengang – zu simulieren, wofür ein entsprechend großes und tiefes Becken, ein hoher Sprungturm und moderne Technik benötigt werden. Außerdem sind physiotherapeutische und sportmedizinische Einrichtungen Teil des neuen Trainingszentrums. Auch der Rumpf eines Flugzeugs wurde zu Trainingszwecken nach Calw gebracht. Außerdem werden momentan die Unterkünfte der Spezialeinheit ausgebaut, da diese zu klein und nicht ausreichend seien. Dieser Umbau soll bis 2023 dauern, was auf einen hohen Umfang der Baumaßnahmen hindeutet. 2018 soll ein neues, vorgelagertes Wachgebäude fertiggestellt werden, wodurch sich der umzäunte Militärbereich vergrößert. Bisher zivil genutztes Stadtgebiet wird zur militärischen Sperrzone.<sup>13</sup>

### Die Suche nach einem neuen Übungsgelände für Fallschirmsprünge

Besonders kontrovers diskutiert werden jedoch die Planungen für ein neues Gelände, auf dem die Kommando-Soldaten den Absprung aus Flugzeugen und Helikoptern üben sollen. Bisher trainierte das KSK die Absprünge an mehreren Orten, wie in Calw selbst oder auf anderen Truppenübungsplätzen der Bundeswehr oder verbündeter Staaten, aber auch an Orten, die nicht als militärische Sperrzone gelten, so z.B. an der Nagoldtalsperre oder in Wendelsheim bei Tübingen. Offiziell wurden Absprungübungen aber vor allem auf dem Flugplatz Renningen-Malmsheim im Kreis Böblingen durchgeführt. Direkt angrenzend befindet sich jedoch das Zentrum für Forschung und Entwicklung der Firma Bosch, das rund 1700 Arbeitnehmer\_innen beschäftigt. Da das Forschungszentrum ausgebaut wird, soll das KSK weichen und sucht nun nach einem neuen Absprunggelände. Dabei wird verschwiegen, dass das KSK die Absprünge bereits an zahlreichen anderen Orten trainiert und das auch zukünftig tun könnte. Auf dem neuen Absprunggelände sollen das KSK und US-Streitkräfte jeweils 60 Tage im Jahr trainieren. Bei 120 Übungstagen pro Jahr würde dort durchschnittlich jeden dritten Tag geflogen werden. Hauptsächlich sollen die großen Transportflugzeuge Transall C-160 und Hercules C-160 sowie Hubschrauber und kleinere Flugzeuge eingesetzt werden.<sup>14</sup> Die Lärmbelastung für die benachbarten Gemeinden wäre voraussichtlich sehr hoch, ist bisher jedoch kaum kalkulierbar.

Gemeinsam mit dem Bund machte sich das Land Baden-Württemberg auf die Suche nach einem neuen Übungsgelände und nahm dabei 38 Standorte in die engere Auswahl. Favorisiert wird der Segelflugplatz Haiterbach-Nagold, der bisher

durch den Flugsportverein Haiterbach/Nagold zivil genutzt wird. An den Tagen, an denen die Bundeswehr den Flugplatz nicht durch Militärübungen blockiert, könnte der Flugsportverein ihn weiterhin nutzen. Dies wäre eine zivil-militärische Zusammenarbeit, die allerdings asymmetrisch gestaltet wäre, weil die Bundeswehr letztendlich entscheiden würde, wann den Flugplatz nutzen darf. Im Gegenzug würde der Flugsportverein eine besser ausgebaute Start- und Landebahn erhalten, die das KSK jedoch ohnehin benötigt.

Durch den Ausbau des Flughafens und den anschließenden Übungsbetrieb könnte es zu Umweltschäden kommen. Im Zuge des Planfeststellungsverfahrens ist eine Umweltverträglichkeitsstudie geplant. Der Obst- und Gartenverein Haiterbach (OGV), der sich in direkter Nachbarschaft zum Flugplatz befindet, lehnt das KSK-Übungsgelände aus Natur-, Arten- und Lärmschutzgründen ab. Der OGV habe selbst viele Naturschutz-Auflagen, wie einen 800 Meter breiten Pflanzenring für Brutvögel, erfüllen müssen. Der Fluglärm löse Fluchtinstinkte bei mehreren vom Aussterben bedrohten Vogelarten - vor allem Greifvögeln und Streuobstvögeln - aus. Außerdem habe sich der OGV als direkt betroffener Verein nach eigenen Angaben bei der Planung übergangen gefühlt.<sup>15</sup>

Das neue Absprunggelände soll eine Fläche von 55 Hektar umfassen. Hierfür müsste der bisherige Flugplatz erheblich erweitert werden. Die dafür erforderlichen Flächen befinden sich momentan im Besitz von etwa 50 verschiedenen Eigentümer\_innen. Hauptsächlich handelt es sich dabei um landwirtschaftlich genutztes Gebiet. Davon werden allein 39 Hektar von den drei Landwirten Gerd Walter, Rudolf Sautter und Stefan Brezing bewirtschaftet. Sie stehen vor einem existenziellen Problem. Von der Landsiedlung (einer GmbH des Landes Baden-Württemberg, die für Immobilienangelegenheiten zuständig ist), die als Verhandlungspartner fungiert, wurden zwar Ersatzflächen angeboten; diese sind jedoch weiter entfernt von den Höfen der Landwirte und wären somit durch die weiteren Wege nicht wirtschaftlich. Außerdem würde das zusammenhängende Anbaugebiet zersplittert. Sogar die Verhandlungspartner\_innen der Landsiedlung, die für das Land verhandeln und somit eigentlich auf der Gegenseite stehen, halten die geforderten Gebietsabtritte für existenzgefährdend. Die drei Landwirte möchten ihre Böden, die zu den fruchtbarsten in der Region gehören, nicht verkaufen. Anfangs beteuerten Regierungsvertreter\_innen, Enteignungen werde es nicht geben. Mittlerweile wird der Druck auf die Grundeigentümer\_innen erhöht und Enteignung als letztes Mittel angedroht. Die Landwirte lassen sich davon jedoch bisher nicht einschüchtern.<sup>16</sup>

### Widerstand gegen das Übungsgelände

In der ländlichen Region formiert sich Widerstand. Schon kurz nach dem Bekanntwerden des Projekts gründete sich die Bürger\_inneninitiative (BI) „Kein Fluglärm über Haiterbach und für einen Bürgerentscheid“. Die Mitglieder dieser BI engagieren sich in erster Linie nicht aus antimilitaristischen Gründen gegen das Absprunggelände des KSK, sondern vielmehr wegen des zu befürchtenden Fluglärms, Bedenken bezüglich des Umweltschutzes und zur Unterstützung der von Enteignung bedrohten Landwirte. Ziel der BI ist die Verhinderung des Absprunggeländes bei Haiterbach, was bestenfalls durch einen Bürger\_innenentscheid erreicht werden soll. Problematisch daran ist jedoch, dass die Entscheidung über die Realisierung des Absprunggeländes auf Bundesebene – konkret: beim Luft-

fahramt der Bundeswehr – getroffen wird. Im Zuge des Genehmigungsverfahrens würden externe Gutachten zu Naturschutz, Lärmschutz, Wasser- und Bodenschutz etc. erforderlich. Die betroffenen Kommunen haben ein förmliches Anhörungsrecht, verfügen jedoch über keinerlei Entscheidungskompetenzen. Das Land Baden-Württemberg habe nach eigener Aussage keine Möglichkeit, direkt Einfluss zu nehmen, wirke aber unterstützend bei der Suche nach einem Gelände mit.<sup>17</sup> Insofern hätte ein Bürger\_innenentscheid auf Kommunalebene keinen direkten Einfluss auf die Entscheidung, die letztendlich bei der Bundeswehr selbst liegt. Ein Bürger\_innenentscheid auf Kommunalebene über die Positionierung des Gemeinderats, der zumindest ein Anhörungsrecht hat, wäre aber die einzige formale Möglichkeit der Einflussnahme durch die betroffenen Bürger\_innen und die BI. Mit der Durchsetzung eines ebensolchen Entscheids auf Kommunalebene erreichte die BI Ende Juni einen ersten Teilerfolg.

Die Fragestellung des Entscheids, der am 24. September 2017 im Zuge der Bundestagswahl durchgeführt wurde, lautete: „Sind Sie dafür, dass die Stadt Haiterbach alle rechtlich zulässigen Maßnahmen ergreift, um zu erreichen, dass das geplante KSK-Übungsgelände mit Flugplatz beim Dürrenhardter Hof nicht realisiert wird?“ Das Ergebnis war ein klares „Nein“ zum Übungsgelände des KSK. Bei einer Wahlbeteiligung von 70,6% stimmten 1871 Bürger\_innen (59,3%) dem Antrag zu, wohingegen nur 1195 Bürger\_innen (37,9%) den Antrag ablehnten.<sup>18</sup> Nur etwas mehr als ein Drittel der Haiterbacher\_innen steht also hinter der Militarisierung des Flugplatzes. Nun darf der Gemeinderat für drei Jahre keine Entscheidungen mehr zugunsten des Absprunggeländes treffen. Auch rechtliche Mittel gegen das Übungsgelände müssen ausgeschöpft werden. Die militärische Nutzung des Flugplatzes könnte zwar trotzdem durch die Bundeswehr erzwungen werden, möglicherweise führt eine ablehnende Haltung der Gemeinde jedoch zu einem Umdenken.

Ein Umdenken bezüglich der Wahl des Ortes für das Absprunggelände ließ sich bereits direkt nach der Bekanntgabe eines Bürger\_innenentscheids beobachten: Auf dem Beteiligungsportal wurde eine Liste von alternativ infrage kommenden Standorten veröffentlicht, wobei Haiterbach/Nagold nach wie vor als Favorit dargestellt wird.<sup>19</sup> Die Suche nach Alternativen scheint jedoch wieder in Gang gekommen zu sein, was für die BI einen Teilerfolg darstellt. Die Inbesitznahme ziviler Flächen durch das Militär wird damit allerdings nicht grundsätzlich hinterfragt und schon gar nicht langfristig verhindert. Ob die Bundeswehr sich traut, das Absprunggelände auch gegen wachsenden Widerstand aus der Bevölkerung vor Ort durchzusetzen, wird dennoch eine spannende Frage bleiben. Eine Positionierung durch das Land Baden-Württemberg oder die Bundesbehörden erfolgte nach der Abstimmung bislang noch nicht.

## Gefahren der Militarisierung

Die Bürger\_innen in Haiterbach und Umgebung haben gute Gründe, sich gegen die Militarisierung des zivilen Flugplatzes zu wehren. So gibt es noch weitere Punkte, die gegen eine Mitnutzung des Flugplatzes durch die Bundeswehr sprechen, die aber bisher noch nicht in der Argumentation der Gegner\_innen des Absprunggeländes auftauchen: Eine kleine Anfrage der Partei Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag ergab, dass Flugzeuge in Deutschland immer wieder Kerosin während des Fluges ablassen. Dies passiert beispielsweise, wenn ein\_e

Pilot\_in das Flugzeug landen muss, obwohl noch Treibstoff in zu hoher Menge an Bord ist, sodass eine Landung wegen des hohen Gewichts unsicher wäre. Allein militärische Flugzeuge ließen im Zeitraum 2010-2015 mindestens 220 Tonnen Kerosin im Flug ab. Dies kann schwerwiegende Umweltschäden verursachen. Die Bundesregierung schreibt hierzu: „Flugzeugtreibstoffe sind chemische Mineralölkohlenwasserstoffe, die in hohen Konzentrationen toxisch für Mensch und Umwelt wirken. [...] Flugturbinenkraftstoff wird als schwach giftig für Säugetiere und Vögel eingeschätzt. Er kann Benzol enthalten, dessen Kanzerogenität [Anmerkung des Autors: Potenzial einer Chemikalie, einen Tumor auszulösen] nachgewiesen wurde. Verunreinigungen von Grund- und Oberflächenwasser durch Flugturbinenkraftstoff können erhebliche Auswirkungen auf die Trinkwassergewinnung, den chemischen Zustand dieser Gewässer oder den ökologischen Zustand der Oberflächengewässer haben, sofern relevante Mengen ins Grundwasser gelangen. Flugturbinenkraftstoffe sind Kohlenwasserstoffgemische, die in der Hydrosphäre biochemisch nicht oder nur schwer abbaubar sind.“<sup>20</sup> Dieses Thema könnte die Region um Nagold zukünftig beschäftigen, wenn Militärflugzeuge dort etwa jeden dritten Tag fliegen.

Hinzu kommt, dass es beim Training der Luftwaffe immer wieder zu Unfällen kommt, die teilweise tragisch enden. Ein besonders tragischer Fall ereignete sich 1988 auf einem Flugplatz bei Eggenfelden, der hauptsächlich zivil, aber auch militärisch genutzt wird. Beim Training für eine Flugshow spießte ein Kampffjet der Bundeswehr einen Hobbyflieger auf. Im Tiefstflug nahe der Schallgeschwindigkeit erfasste der „Tornado“ den zivilen Motordrachen. Dessen Pilot war sofort tot. Es konnte nicht geklärt werden, ob die Bundeswehr oder der Tower des Flugplatzes am Crash schuld waren. Klar ist jedoch, dass den Hobbyflieger keine Schuld trifft. Ein Augenzeuge hatte den Eindruck, dass die „Herren von der Luftwaffe mal zeigen wollten, was sie können“<sup>21</sup> - ein fahrlässiges Verhalten mit fatalen Folgen, auch für die Hinterbliebenen des Hobbypiloten.

Derartige Fälle sind zwar relativ selten, aber gerade im Falle eines Absprunggeländes für das Kommando Spezialkräfte, das für riskante, geheime Operationen bekannt ist, nicht gänzlich unwahrscheinlich. Im August dieses Jahres kam es zum Beispiel zu einem kleineren Unfall durch einen hochmodernen Hubschrauber des Kommando Spezialkräfte bei Schemmerhofen im Landkreis Biberach. Mit den Rotorblättern kappte die Militärmaschine eine Überlandleitung, woraufhin es in mehreren Gemeinden zu Stromausfällen kam. Die Ursache ist bisher nicht abschließend geklärt, es deutet jedoch einiges darauf hin, dass „der Pilot möglicherweise versuchte, in einem waghalsigen Manöver unter der Hochspannungsleitung hindurch zu fliegen. Ein solches Flug-Experiment würde den Dienstvorschriften widersprechen.“<sup>22</sup> Der Gemeinde Haiterbach und den umliegenden Gemeinden würden möglicherweise ähnliche Szenarien drohen.

## Legitimation und Scheinbeteiligung

Mehrere Lokalpolitiker\_innen – u.a. der Bürgermeister von Haiterbach – versuchen, das unbeliebte Projekt dadurch zu legitimieren, dass sie vom Bund eine Gegenleistung für die militärische Nutzung des Flugplatzes erwarten. Diese Gegenleistung könnte z.B. aus dringend nötigen Infrastrukturmaßnahmen wie neuen Straßen bestehen. Problematisch daran ist, dass der Bund oder das Land Baden-Württemberg derartige Infrastrukturpro-

jekte beliebig gewähren oder verhindern können. Dasselbe gilt für die Auswahl des Absprunggeländes: Diese Entscheidung wird auf Bundesebene durch die Bundeswehr bzw. durch das Verteidigungsministerium selbst getroffen. Die betroffenen Kommunen haben also keine gute Verhandlungsposition. Vielmehr befinden sie sich in einer Bittstellerrolle. Außerdem wird in dieser Form der Legitimation des Absprunggeländes ausgeklammert, dass es viele gute antimilitaristische und friedenspolitische Gründe gibt, gegen das KSK zu sein (s.o.). Diese Gründe werden – selbst im Falle eines Abkommens zwischen den Kommunen und dem Land über neue Infrastruktur – keineswegs entkräftet, sondern schlicht ignoriert.

Häufig soll eine Legitimation für das Absprunggelände durch den Verweis auf die umfassende Bürger\_innenbeteiligung zum frühestmöglichen Zeitpunkt des Verfahrens<sup>23</sup> hergestellt werden. Genau genommen handelt es sich jedoch nicht um Bürger\_innenbeteiligung im engeren Sinne, sondern vielmehr um eine Informationsoffensive, um den politischen Kurs der Regierenden besser rechtfertigen zu können und bei den Betroffenen ein Gefühl der Beteiligung herzustellen. Im Beteiligungsverfahren sind nämlich keinerlei konkrete Möglichkeiten zur Mitbestimmung vorgesehen. Es handelt sich also vielmehr um Scheinbeteiligung. Patrizia Nanz und Miriam Fritsche, die beide zu zivilgesellschaftlicher Partizipation forschen, schreiben hierzu: „Oftmals werden partizipative Prozesse lediglich mit dem Ziel initiiert, die Beziehung zwischen Bürgerschaft auf der einen und Verwaltung und Politik auf der anderen Seite zu verbessern – ohne dass es einen echten Handlungsspielraum gibt, weil die wesentlichen Entscheidungen bereits getroffen wurden“.<sup>24</sup> Im Falle der Bürgerbeteiligung in Nagold und Haiterbach scheint es sich um eine solche Scheinbeteiligung zu handeln, da zu keinem Zeitpunkt zur Debatte stand, ob das KSK ein neues Übungsgelände zugeteilt bekommt. Selbst der favorisierte Standort (Haiterbach/Nagold) sollte nicht zur Debatte gestellt werden. Es gibt keinen echten Handlungsspielraum, da wesentliche Entscheidungen trotz des frühen Zeitpunkts der (Schein-)Beteiligung bereits getroffen waren. Auf dem Beteiligungsportal Baden-Württemberg wird von der Landesregierung auch mehr oder weniger offen zugegeben, dass Mitbestimmung höchstens über ein „Wie“, nicht aber über ein „Ob“ des Projekts zugelassen wird: „In Zusammenhang mit dem weiteren Verfahren ist auch wichtig, dass Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie nicht verwechselt werden dürfen. Die vom Haiterbacher Gemeinderat zur Abstimmung vorgesehene Fragestellung bezieht sich auf das ‚Ob‘ des Projekts und die Haltung der Stadt dazu. Diese Entscheidung über das Projekt liegt aber beim Bund. Das Votum wird zur Kenntnis genommen, aber Bundesbehörden entscheiden im Rahmen eines gesetzlich vorgegebenen Verfahrens. Die vom Land vorangetriebene Bürgerbeteiligung dagegen dreht sich um das ‚Wie‘ des Projekts. Sie sucht nach Planungsspielräumen, nach Verbesserungen des Projekts“.<sup>25</sup>

Was die betroffenen Bürger\_innen jedoch zu Recht einfordern, ist keine Mitbestimmung über kleine Details des Projekts. Vielmehr wollen sie selbst entscheiden, ob sie das KSK in ihrer Nachbarschaft trainieren lassen möchten oder nicht. Als Winfried Kretschmann 2011 zum ersten grünen Ministerpräsidenten Baden-Württembergs gewählt wurde, trat er mit dem Versprechen einer „Politik des Gehörtwerdens“<sup>26</sup> an. Tatsächlich handelt es sich bei seiner Politik aber lediglich um eine „Politik des Informiertwerdens“. Die Stimme der Bürger\_innen wird im vorliegenden Fall zwar vielleicht gehört, aber bisher ignoriert.

## Anmerkungen

- 1 Der Großteil der KSK-Soldat\_innen ist männlich. Als Kommando-Soldaten wurden bisher nur Männer aufgenommen. 50 weibliche Soldatinnen sind in den Unterstützungskompanien (z.B. als technische Spezialistinnen) aktiv. Doch auch in diesem Bereich sind sie deutlich unterrepräsentiert. Sabine Siebold: So laufen die geheimen Einsätze der deutschen Elitetruppe. *Welt*. 16.12. 2015.
- 2 Bundesministerium der Verteidigung: Die Stationierung der Bundeswehr in Deutschland. 2011.
- 3 Florian Rötzer: Sonderkommando KSK ist mit gezielten Tötungen in Afghanistan beschäftigt. *Telepolis*. 17.8. 2010.
- 4 Vgl. Thomas Mickan: Unkontrollierte Gewalt. Die unerträgliche Demokratiefeindschaft des Kommando Spezialkräfte. *IMI-Analyse 2016/36*.
- 5 Ebd.
- 6 Alfred Verstl: Gewerbeverein zeichnet KSK aus. *Schwarzwälder Bote*. 11.1. 2017.
- 7 Alexander Kleiß: Braune Nostalgie beim KSK – keine Überraschung! *IMI-Standpunkt 2017/026*.
- 8 Alfred Verstl: Gewerbeverein zeichnet KSK aus. *Schwarzwälder Bote*. 11.1. 2017.
- 9 Alex H. Kunert: KSK als „Battle-Lab“ der Bundeswehr. *Schwarzwälder Bote*. 20.9. 2016.
- 10 Bundesministerium der Verteidigung: Die Stationierung der Bundeswehr in Deutschland. 2011.
- 11 Alfred Verstl: Gewerbeverein zeichnet KSK aus. *Schwarzwälder Bote*. 11.1. 2017.
- 12 Roland Buckenmaier: KSK-Platz: „Enteignung letztes Mittel“. *Schwarzwälder Bote*. 5.8. 2017.
- 13 Hans-Jürgen Hölle: Nicht nur bauliche Veränderungen beim KSK. *Schwarzwälder Bote*. 2.9. 2016; Alfred Verstl: Bundeswehr investiert in KSK-Trainingszentrum. *Schwarzwälder Bote*. 25.8. 2014; Ralf Klormann: Beim KSK gibt es keinen Stillstand. *Schwarzwälder Bote*. 1.9. 2017.
- 14 Beteiligungsportal Baden-Württemberg: Fragen und Antworten zum Absprunggelände.
- 15 Markus Katzmaier: Sorge um Tier- und Pflanzenwelt. *Schwarzwälder Bote*. 8.9. 2017.
- 16 Ebd.;
- 16 Roland Buckenmaier: KSK-Absetzgelände: Für Bauern geht es um die Existenz. *Schwarzwälder Bote*. 13.7. 2017.
- 17 Beteiligungsportal Baden-Württemberg. Ihre Meinung.
- 18 Markus Katzmaier: Bürgerentscheid: Nein zu KSK-Absetzgelände. *Schwarzwälder Bote*. 25.09. 2017
- 19 Umweltprüfung erfolgt für mehrere Standorte. *Schwarzwälder Bote*. 28.7.2017.
- 20 Deutscher Bundestag: *Drucksache 18/9917*, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage [...] Ablassen von Treibstoff durch Militärflugzeuge und zivile Luftfahrzeuge. 6.10. 2016.
- 21 Luftwaffe. Wir kommen. *Spiegel*. 27.2. 1989.
- 22 Notlandung. Bundeswehrhubschrauber durchtrennt Überlandleitung. *Spiegel*. 30.8. 2017.
- 23 Vgl. *Beteiligungsportal Baden-Württemberg: Fragen und Antworten zum Absprunggelände*.
- 24 Patrizia Nanz/Miriam Fritsche: *Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen*. Bonn 2012: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 12 f.
- 25 Beteiligungsportal Baden-Württemberg: Haltung und Informationen der Kommunen
- 26 Vgl. Internetpräsenz des Landes Baden-Württemberg: *Politik des Gehörtwerdens ist der richtige Weg*. 2015.



KSK-Komplex in Calw. Quelle: IMI

# Hardheim

## NATO-Hauptquartier für Spezialoperationen geplant

von Alexander KleiB

In Hardheim (Neckar-Odenwald-Kreis) entsteht zur Zeit ein NATO-Gefechtsstand zur Koordinierung multinationaler Spezialereinsätze. Schon Wochen vor dem geplanten Einzug einer Föhruungsunterstützungskompanie gab es Proteste.

Die kleine Gemeinde Hardheim verfügt bereits seit 1961 über eine Kaserne, in der bis 2016 ein Sicherungsbataillon stationiert war. Im Zuge des neuen Stationierungskonzepts 2011 plante das Verteidigungsministerium, den Standort aufzulösen und die Liegenschaft im Juni 2017 der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) zu übergeben. Zur Auflösung des Standorts kam es jedoch nicht. Im Dezember 2016 verkündete die Bundeswehr, die Kaserne nun doch weiter nutzen zu wollen. Zum 1. Oktober 2017 wird dort eine neue Stabs- und Föhruungsunterstützungskompanie einziehen. Diese Einheit wird dem Kommando Spezialkräfte (KSK) unterstellt sein. Die Hauptaufgabe dieser neuen Einheit wird die Bereitstellung eines Gefechtsstands sein, in dem ab 2020 ein NATO Special Operations Component Command (SOCC) multinationale Spezialereinsätze koordinieren soll. 175 Soldat\_innen der Bundeswehr und 30 zivile Angestellte sollen in der Kaserne stationiert werden, wie das Verteidigungsministerium am 21. September 2017 in der Antwort auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Inge Höger (Die Linke) mitteilte. Hinzu kommt höchstwahrscheinlich das multinationale NATO-Personal, das dort ab 2020 im alltäglichen Betrieb des SOCC vor Ort sein wird. Bis 2020 soll die Kaserne mit umfangreicher IT und Fernmeldetechnik ausgestattet werden, um dann von dort aus die Spezialkräfte mehrerer NATO-Mitgliedstaaten im Einsatz zu föhren, wie die Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) bestätigte. Für den Standort habe es „überzeugende Argumente“ gegeben.<sup>1</sup>

Mehrere PolitikerInnen aus der Region zeigten sich erfreut über die Reaktivierung der Kaserne. „Der Neckar-Odenwald-Kreis ist schon seit jeher ein stolzer Garnisonslandkreis gewesen“, betonte der CDU-Landrat Achim Brötel. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Alois Gering bezeichnet die Entscheidung als „großartigen Erfolg für die Region“. Auch Volker Rohm (Freie Wähler), der Bürgermeister von Hardheim, steht

voll und ganz hinter dem SOCC und der Bundeswehr.<sup>2</sup> Der Grund für die Freude der LokalpolitikerInnen ist vermutlich die Hoffnung auf wirtschaftliche Vorteile für die Region durch den Erhalt der Kaserne. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass von einem NATO-Stab zur Föhruung

von Spezialkräften nennenswerte wirtschaftliche Impulse für Hardheim ausgehen, da in der Gemeinde selbst keine Arbeitsplätze geschaffen werden. Das Personal zur Leitung des SOCC wird aus aller Welt – nur nicht aus Hardheim – stammen. Auch von den IT-Neuinvestitionen wird Hardheim voraussichtlich nicht profitieren, weil diese meist an große Unternehmen, die nicht aus der Region stammen, vergeben werden. Und ob die geheim agierenden Föhruungskräfte der Spezialeinheiten die Kaserne – abgesehen von der An- und Abreise – überhaupt verlassen und der regionalen Gastronomie Gewinne bringen, darf bezweifelt werden.

Vor Ort habe es am 7. September 2017 bereits erste Proteste gegeben, wie die Rhein-Neckar-Zeitung berichtet: „Krieg macht Terror“ und „Nein zum KSK“. Mit diesen Parolen haben Bundeswehrgegner am Donnerstag und Freitag in Hardheim für Unruhe gesorgt. Am Donnerstag blockierten sie auf der Panzerstraße einen Teil eines insgesamt 30 Fahrzeuge umfassenden Konvois der Bundeswehr. [...] Am Freitag wurde dann in Hardheim ein Flyer verteilt - und wohl vereinzelt auch in Briefkästen eingeworfen -, der sich explizit gegen das Kommando Spezialkräfte und gegen die Stationierung einer neuen Einheit der Bundeswehr in der Carl-Schurz-Kaserne richtet. [...] Die Ermittlungen des Staatsschutzes laufen.“<sup>3</sup> Einmal mehr wird friedlicher Protest gegen staatlich organisierte Gewalt kriminalisiert. Doch das sollte niemanden davon abhalten, sich lautstark und kreativ gegen Militarisierung zu engagieren. Im Gegenteil: die AktivistInnen würden sich mit Sicherheit freuen, wenn die Aktion mehr Menschen dazu inspiriert, den Aufbau des neuen NATO-Hauptquartiers für Spezialoperationen in Hardheim kritisch zu begleiten und friedlich – aber kreativ – dagegen zu protestieren.

### Anmerkungen

- 1 Rhein-Neckar-Zeitung: [Ursula von der Leyen im RNZ-Gespräch. „Es gab überzeugende Argumente für Hardheim“](#). 13.9.2017.
- 2 Rhein-Neckar-Zeitung: [Bundeswehr macht Schließung der Hardheimer Carl-Schurz-Kaserne rückgängig](#). 14.12.2016.
- 3 Rhein-Neckar-Zeitung: [Staatsschutz ermittelt nach Aktionen von Bundeswehrgegnern](#). 12.09.2017.



# US-Airbase Spangdahlem

## 300 Mio. € für den Umbau gegen Russland

von Markus Pflüger

Für rund 300 Mio. € wird auf der Airbase Spangdahlem in der Nähe von Trier umgebaut: U.a. werden 43 Gebäude abgerissen und eine neue Flugzeugrampe, Wartungshallen, Verwaltungsgebäude und ein Flugsimulator sowie ein Einkaufszentrum, ein Fitnesscenter und eine Zahnklinik gebaut. Damit können dann 1200 zusätzliche SoldatInnen auf dem Kriegsflughafen samt ihrer 20 Kriegsflugzeuge stationiert werden (zu den bisher 10.000 SoldatInnen). Es geht um die 352. Special Operations Group aus Mildenhall/GB. Der Spangdahlemer CDU-Bürgermeister Rodens freut sich über die neuen Aufgaben der Airbase wegen Vermietungen und Arbeitsplätzen.

Diese Verlegung samt zehn MC-130J (Transportflugzeuge) und zehn CV-22 Ospreys (Kipprotor-Wandelflugzeug mit vertikaler Start- und Landefähigkeit) soll jetzt um 2 Jahre von 2022 auf 2024 verschoben werden. Die CV-22 sind für Spezialeinsätze des teilstreitkräfteübergreifenden United States Special Operations Command (USSOCOM) vorgesehen und sind noch in Mildenhall/GB.

Die militärpolitische und geopolitische Bedeutung der Umstrukturierung wird in aktuellen Presseberichten und Verlautbarungen der US-Airforce nicht behandelt. Dabei gibt es die letzten Jahre eine verwirrende Geschichte der militärischen Umstrukturierungen und Vorbereitungen dafür: Nachdem seit 2010 erst eine F-16-Staffel mit 18 Maschinen nach Duluth, Minnesota, verlegt wurde, dann 2013 die 81st Fighter Squadron „Panthers“ aufgelöst und 18 A-10 Thunderbolt II Flugzeuge zurück in die USA kamen und schließlich 2016 die Flugüberwachungs-Staffel 606 nach Aviano, Italien verlegt wurde, fand Ende August 2017 ein Kommandowechsel statt, der weiterhin viele Fragen offenlässt.

### Schlechte Schlagzeilen

Die letzten Jahre ist die Airbase eher durch Wasserverschmutzung und Lärmbelastung der Region in den Schlagzeilen, wie zuletzt laute Übungen im Sommer 2017 und Überschwemmungsschäden im September zeigen. Der [Trierische Volksfreund](#) (TV) schreibt am 29.8.2017: „Es dröhnt und rumort wieder über den Köpfen der Eifeler und Moselaner. Die Kampffjets von der Air Base Spangdahlem wurden vielerorts von unseren Lesern gesichtet.“ In einem anderen Beitrag heißt es: „Schon seit letztem Herbst hat die Anzahl der Flugbewegungen deutlich zugenommen: Es starten und landen mittlerweile nicht nur die Kampfflugzeuge zu Übungsflügen. Seit mehreren Monaten starten auch laufend sowohl die Transportflugzeuge als auch die AWACS.“ (TV, 2.9.2017) Und der [Südwestrundfunk](#) schreibt am 13.9.2017: „Die Landesumweltbehörde warnt davor, Fische aus den umliegenden Gewässern zu essen.“ Wenige Tage später nutzt die Bundeskanzlerin wieder mal das Militär, sie landet in Spangdahlem und wird von dort für ihren Wahlkampfauftritt nach Trier gefahren. Am 20.9. titelte die Lokalpresse „Überschwemmungsschäden in Spangdahlem kosten 500.000 Euro“ (TV, 20.9.2017). Dann werden Kosten von 631.000 € aufgelistet, da die Regenrückhaltebecken der

Airbase überlaufen und u.a. durch Löschsäume vergiftetes Wasser sich ausbreitet und abläuft. „Wer für die Umweltschäden bezahlen wird, ist noch unklar“, so CDU-Bürgermeister Rodens, bekannt für seine Einsatz für die „Akzeptanz des Flugplatzes“ (TV, 20.9.2017).

Spangdahlem ist bisher auch mit der 38th Munitions Support Group für die Sicherheit US-amerikanischer Atomwaffen im Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel zuständig. Inwieweit die geplante „Modernisierung“ oder besser atomare [Aufrüstung mit einsetzbaren Atomwaffen](#) dort eine Rolle spielt, ist ebenfalls unklar. Beim Kommandowechsel Ende August 2017 wurde zwar nicht die aktuelle Strategie erläutert, dafür aber der göttliche Beistand und die Bereitschaft für Siege in Syrien und im Irak, so zitiert der [Trierische Volksfreund](#) (29.8.2017) einen Redner: „O mächtiger Gott, in Deiner Weisheit und Vorsehung hast Du diese Menschen dazu berufen, in der Air Force zu dienen“, er dankte dem Allmächtigen für die Männer an der Spitze der Air Base. Ein Lob, das Lieutenant General Richard M. Clark, Kommodore der 3. Air Force in Ramstein, noch vertieft, indem er den neuen Kommandanten McFall als „wahren Gewinner“ bezeichnet, auf dessen Verdienste er sehr stolz sei - Spangdahlem wurde 2016 unter McFall zur besten US-Air Base der Welt gekürt. „Ebenfalls 2016 stellten die F-16-Piloten im Kampf gegen den IS einen neuen Rekord der Luftkampfgeschichte auf: In sechs Monaten lenkten sie 1900 Präzisions-Bomben auf Ziele im Irak und in Syrien. Das Kampfgeschwader sei bereit, die Kriege der Nation zu gewinnen.“ Es wird den Ehrengästen von CDU und SPD sowie dem Chef der Bitburger Brauerei Jan Niewodniczanski gedankt: „Wir nutzen immer Worte wie Partnerschaft, wenn wir übereinander reden. Aber Ihr seid meine Eifel-Familie.“

### Um was geht es wirklich?

2015 wurde der US-Luftwaffengeneral Frank Gorenc zitiert, dass die US-Luftwaffe durch die Verlegung den Anforderungen des „neuen dynamischen Sicherheitsumfeldes in Europa“ besser gerecht werden könne. Explizit nannte Gorenc den Artikel 5 des Nordatlantikpakt-Vertrages, der den Beistand im Verteidigungsfall regelt. Daher ist davon auszugehen, dass die Umstrukturierungen der US-Luftwaffeneinheiten, ebenfalls vor dem Hintergrund der „veränderten Bedrohungslage der osteuropäischen NATO-Partner“, von entscheidender strategischer Bedeutung sind ([kisom.com](#), 16.2.2015). Die bisherigen Operationen der bald in Spangdahlem stationierten Einheit erinnern an die bisherigen militärisch, menschenrechtlich wie politisch desaströsen Bilanzen von Desert Storm (1991 im Irak), Enduring Freedom (seit 2001), Iraqi Freedom (2003), Odyssey Dawn (2011 in Libyen) sowie Operation Allied Force gegen Jugoslawien 1999. Der Umzug aus Mildenhall/GB sei Teil einer „umfassenden Reorganisation“ schreibt [Stars and Stripes](#) am 29. August 2017. Damit solle sichergestellt werden, dass Europa beruhigt wird und all denjenigen, die sich der NATO entgegensetzen könnten, sich ihrer Kampfmacht bewusst werden. Die geplante Neu-Stationierung in Spangdahlem lässt entsprechend nichts Gutes im Sinne einer friedenspolitischen Agenda oder Entspannungspolitik erwarten und reiht sich ein in die umfassenden Aufrüstungen und Drohgebärden von USA und NATO gegen Russland.

# Die Ministerin im Wahlkampf

## Die „Sommerreise“ und die ungeklärten Vorfälle bei der Bundeswehr

von Bernhard Klaus

Anfang September erstattete ein Berliner Rechtsanwalt eine Strafanzeige gegen die Bundeskanzlerin Merkel wegen Untreue. Anlass war, dass die Bundeskanzlerin, die Verteidigungsministerin und der Innenminister für die An- und Abreise zu Wahlkampfauftritten mehrfach – allein Merkel bereits 50 Mal in diesem Jahr – die Flugbereitschaft der Bundeswehr in Anspruch genommen haben. Zwar wurden für diese Reisen durchschnittlich 1.500 Euro aus der Parteikasse bezahlt, dies entspricht jedoch nur einem Bruchteil der tatsächlichen Kosten und auch jener Kosten, die eine entsprechende Reise samt Sicherheitspersonal bei privaten Anbietern kosten würde.<sup>1</sup>

Im Falle der Bundesverteidigungsministerin kommt hinzu, dass sie in Ausübung ihres Amtes zahlreiche Termine wahrnahm, die durchaus auch den Charakter von Wahlkampfauftritten hatten. So besuchte sie die letzten Monate bundesweit Kasernen und sonstige Liegenschaften der Bundeswehr und kündigte dort Ausbaumaßnahmen an, was von der Lokalpresse fast ausnahmslos positiv bewertet wurde. Hintergrund sind die bereits jetzt massiv gestiegenen Verteidigungsausgaben und die sog. „Trendwende Personal“, die es der Ministerin erlauben, eine generelle Aufrüstung scheinbar als Wahlkampfgeschenke zu verkünden.

So sprach der Nordkurier bereits im Vorfeld des Besuchs der Ministerin am 6. August von einer „frohen Botschaft“: „Es sieht ganz danach aus, dass Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) an diesem Tag nach Torgelow kommt, um zu verkünden, was längst alle wissen: Der Standortübungsplatz der Bundeswehr Jägerbrück wird hochgestuft zum Truppenübungsplatz... Die Bundeswehr ist für eine Kleinstadt wie Torgelow ein großer Wirtschaftsfaktor“.<sup>2</sup> Am 9. August besuchte die Verteidigungsministerin die Offiziersschule des Heeres in Dresden und die Dresdner Neueste Nachrichten zitierten: „Die Trendwende wirke sich auch auf die Offiziersschule des Heeres aus. ‚Allein die Tatsache, dass wir in den nächsten fünf Jahren hier über 40 Millionen Euro investieren werden, zeigt doch, dass dieser Standort Zukunft hat‘“.<sup>3</sup> Am 14. August berichtete die Rheinpfalz: „Rund 77 Millionen Euro sollen in den nächsten Jahren in die Modernisierung und Erweiterung der Südpfalzkaserne in Germersheim investiert werden. 41 Millionen davon bis 2020. Das sagte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) am Montag am Rande eines Truppenbesuches in Germersheim. ‚Der Standort hat Zukunft‘, sagte von der Leyen...“.<sup>4</sup> Den feierlichen ersten Spatenstich der Offiziersschule der Luftwaffe im bayrischen Roth hatte demgegenüber Bayerns Innen- und Bauminister Joachim Herrmann genutzt und die Kosten von 140 Mio. als „wichtige Stärkung der Region und ein klares Bekenntnis der Bundeswehr zu Bayern“ bezeichnet. „Die Ausgaben des Bundes für die Baumaßnahmen in Bayern werden laut Herrmann in den kommenden fünf Jahren auf bis zu 250 Millionen Euro pro Jahr steigen“, so das Landesministerium in einer Pressemitteilung zu diesem Anlass.<sup>5</sup>

Auch die sog. „Sommerreise“ der Verteidigungsministerin wurde vom BMVg zumindest durch Pressearbeit mit einem

eigenen „Dossier“ unterstützt,<sup>6</sup> das zu jedem Anlass entsprechende Pressemitteilungen veröffentlicht, die manchmal fast wortgleich von der Lokalpresse übernommen wurden. Ende August stand noch das Ausbildungszentrum Technik Landsysteme in der Aachener

Lützow-Kaserne auf dem Reisplan. In einer entsprechenden Pressemitteilung hieß es auch hier: „Der Standort Aachen hat Zukunft: In den nächsten 10 Jahren sollen über 100 Millionen Euro in den gesamten Standortbereich investiert werden.“<sup>7</sup> Kurz darauf vermeldete der SWR: „Das Verteidigungsministerium will in den nächsten zehn Jahren mehr als 100 Millionen Euro am Bundeswehrstandort Idar-Oberstein im Hunsrück investieren ... Die Bundeswehr ist der größte Arbeitgeber in Idar-Oberstein - 2.300 zivile Beschäftigte und Soldaten arbeiten dort“.<sup>8</sup> Der letzte Termin der Sommerreise führte sie am 13. September nach Müllheim, wo sie die Deutsch-Französische Brigade besuchte und unmittelbar eine „CDU-Veranstaltung“ im benachbarten Bad Krozingen anschloss, wie die Badische Zeitung berichtet. Demnach habe die Ministerin auch hier versprochen: „Seien Sie gewiss, der Standort ist sicher“. Außerdem habe sie angekündigt, „die Bundeswehr werde in Müllheim in den nächsten fünf Jahren mehr als 50 Millionen Euro investieren“.<sup>9</sup> Der Besuch in Hardheim im Norden Württembergs am Folgetag gehörte hingegen nicht mehr zur „Sommerreise“, sondern wurde auch in der Presse als „Wahlkampftermin“ bezeichnet, der jedoch zumindest zeitlich in engem Zusammenhang mit der Reaktivierung der dortigen Carl-Schurz-Kaserne steht. Die eigentlich bereits aufgegebenen Liegenschaft soll ab Oktober wieder von der Bundeswehr genutzt werden – soweit der Presse zu entnehmen ist, sehr zur Freude der Lokalpolitik.

Die Ministerin nutzte ihr Vorab-Interview in der Rhein-Neckar-Zeitung, um die Reaktivierung der Kaserne in den größeren Zusammenhang mit der „Trendwende“ und ihrem persönlichen Wirken zu bringen: „Der neue Bedarf für die Truppe geht zum Teil auf die von mir eingeleitete Trendwende Personal zurück... Es gibt ja einen Grund dafür, warum wir in dieser Legislatur die starren Personal- und Obergrenzen für die Bundeswehr angehoben haben“.<sup>10</sup>

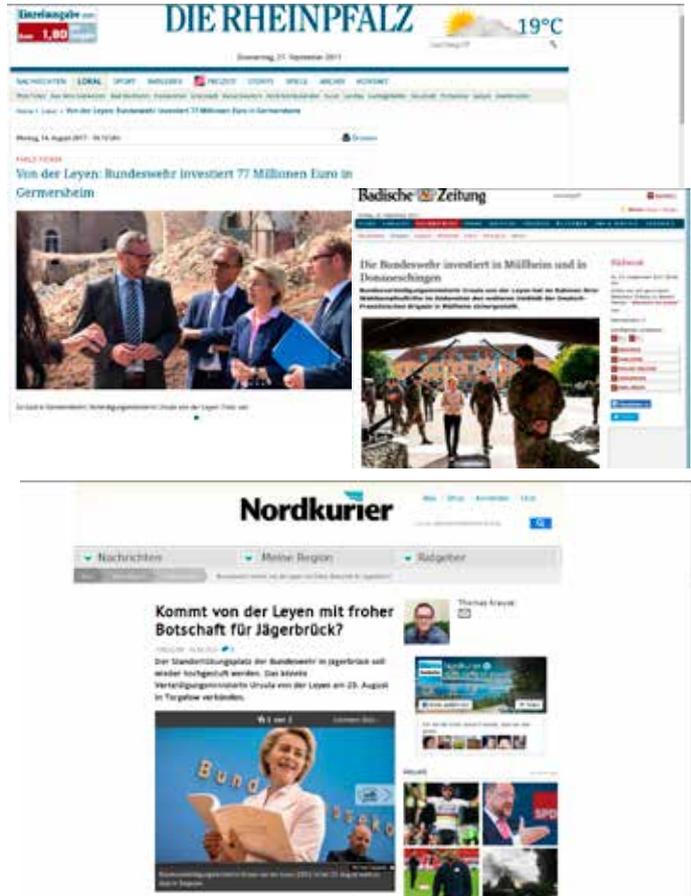
Als Grund nennt sie die dabei im Interview die „veränderte Sicherheitslage“, wegen der die Bundeswehr „auch gehäuft internationale Verpflichtungen erfüllen“ müsse. Zu Beginn ihrer Amtszeit hatte sie das stärkere, auch militärische „Engagement“ Deutschlands noch als proaktive Strategie vorgestellt und u.a. mit Deutschlands Rolle als „bedeutende Volkswirtschaft und als ein Land von erheblicher Größe“ begründet.

### Rechtsextreme Netzwerke?

Unwiderrspochen blieb auch die Aussage der Ministerin, wonach die Vorfälle um Misshandlungen und den Tod eines Offiziersanwärters „offen und transparent“ aufgearbeitet würden. Mit ihrer Aussage, „die Wogen haben sich mittlerweile geglättet“ mag die Ministerin durchaus recht haben, doch von einer transparenten Aufarbeitung kann keine Rede sein. Vielmehr ist es erklärungsbedürftig und durchaus als politisches Meisterstück zu sehen, wie sich gerade im Wahlkampf Schweigen über zahlreiche ungeklärte Skandale in der Bundeswehr breitet.



Fast schon in Vergessenheit geraten scheint etwa der Fall des offenbar rechtsextremen Terrorverdächtigen Franco Albrecht, der im April 2017 in der Infanterieschule Hammelburg wegen des Verdachts der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat, Betrugs und Verstoß gegen das Waffengesetz festgenommen wurde. Nach der Befragung und Verhaftung weiterer Bundeswehrangehöriger war zunächst über ein rechts-extremes Netzwerk mit terroristischen Zielen spekuliert worden und offenbar halten die Ermittlungen hierzu an. Über die Ergebnisse dringt allerdings kaum etwas nach Außen. Zuletzt wurde öffentlich, dass die Durchsuchungen bei einem Polizist und einem Rechtsanwalt im Großraum Rostock, die Todeslisten geführt haben sollen, auf Informationen aus dem Umfeld des in Illkirch stationierten Soldaten beruhen würden. Welt.de berichtete: „Im Zuge der Ermittlungen gegen Franco A. tauchte nach WELT-Informationen auch ein Bundeswehr-offizier der Reserve auf. Bei einer Befragung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz soll der Ex-Soldat, der im Verfahren als Zeuge geführt wird, schließlich Hinweise auf eine Gruppe von ausländerfeindlichen und bewaffneten Rechtsextremisten geliefert haben, die sich angeblich in Norddeutschland auf einen Bürgerkrieg vorbereiten.“<sup>11</sup> Dass im Umfeld der Bundeswehr Waffen und Munition gesammelt werden, um bei Gelegenheit Todeslisten abzuarbeiten, hat jedoch keinen größeren Aufschrei – und bislang auch keine politischen Konsequenzen – nach sich gezogen. Auch die Hinweise auf rechtsextreme Musik und Hitlergrüße bei einer Feier des Kommandos Spezialkräfte, die am 17. August von der ARD-Sendung Panorama veröffentlicht wurden, lösten kein größeres Echo aus und brachten die Ministerin auf ihrer Sommerreise in keinerlei Erklärungsnot.<sup>12</sup>



Die „Sommerreise“ von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen nebst medialer Begleitmusik.

### Gelenkte Spekulationen im Fall Munster

Demgegenüber wurde über den Tod eines Rekruten nach einem „Eingewöhnungsmarsch“ ausführlich berichtet. Anhand der dabei zutage getretenen Informationspolitik lässt sich jedenfalls nachweisen, dass die Aufarbeitung alles andere als offen und transparent erfolgt und es fast so scheint, als würden gezielt falsche Hinweise gegeben.

Der Vorfall wurde Ende Juli erst bekannt, nachdem ein Offiziersanwärter in der Klinik verstorben war. Zehn Tage zuvor war er bei einem Übungsmarsch auf dem Truppenübungsplatz Munster kollabiert. Aus der Pressemitteilung des Ausbildungszentrums Munster ging hervor, dass am selben Tag drei weitere Soldaten zusammengebrochen seien, ihr Zustand sei mittlerweile jedoch „stabil beziehungsweise auf dem Wege der Besserung“. Der verstorbene Offiziersanwärter sei „nach einer Marschleistung von drei Kilometern unvermutet“ zusammengebrochen, die restlichen Vorfälle hätten sich „über den Tag verteilt ereignet“.<sup>13</sup> Bereits diese erste öffentliche Erklärung legte nahe, dass diese Häufung von medizinischen Notfällen nicht an der Ausbildungsmaßnahme selbst gelegen haben dürfte: „Die gemessene Höchsttemperatur am 19. Juli betrug im Raum Munster 27,7 Grad Celsius, weshalb die Soldaten nur mit leichter persönlicher Ausrüstung unterwegs waren.“ Der MDR bezeichnete den Vorfall entsprechend als „mysteriös“.

Der Verlauf der Diskussionen um das Ereignis kann man auf dem gewöhnlich gut informierten Blog Augengeradeaus.net nachvollziehen. Bereits im dritten Kommentar zur ersten Meldung zum Tod des Soldaten heißt es: „Die beschriebenen Umstände des Marsches (leichtes Gepäck, keine Zeitbegrenzung, erst drei Kilometer marschiert, mit 27,7°C keine unerträgliche Hitze) würden ja eher vermuten lassen, dass da bei

der ärztlichen Untersuchung im Assessmentcenter für Führungskräfte der Bundeswehr eine Vorerkrankung o.ä. übersehen wurde“.<sup>14</sup> Die weitere Debatte dreht sich dann v.a. darum, dass die Einstellungskriterien für neue Rekruten zu lax und die Möglichkeiten bzw. Verpflichtung zum Aufbau und Erhalt körperlicher Fitness nicht ausreichend gegeben seien.

Zwei Wochen später nahmen die Spekulationen über die Ursache eine leichte Wendung: Nach Informationen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung hätte einer der kollabierten Soldaten „in einer internen Untersuchung“ ausgesagt, „er habe gemeinsam mit einigen Kameraden vor dem Marsch Aufputzmittel genommen“.<sup>15</sup> Das Bundesverteidigungsministerium konterte daraufhin, zu „Aufputzmitteln“ hätte es keine Erkenntnisse, ein Soldat habe lediglich ausgesagt, „dass er vor dem Marsch eine Dose eines Energy Drinks zu sich genommen habe.“<sup>16</sup> Trotzdem war die Meldung der FAZ Anlass dafür, dass sich kurzfristig in verschiedenen Medien eine eher allgemeine Diskussion um den Konsum von legalen und illegalen Drogen in der Bundeswehr entspann. Kaum nahm diese an Fahrt auf, ließ die Bundeswehr am 14. August einen neuen, zugleich sachlichen und wenig aussagekräftigen Bericht durchsickern, in dem es hieß: „Einschränkungen der Dienstfähigkeit für den OA-Lehrgang bzw. die Ausbildung bestanden bei keinem der vier betroffenen Soldaten. Bei allen vier Soldaten wurden Körperkerntemperaturen von  $>40^{\circ}\text{C}$  gemessen, sodass von einem Hitzschlag (Hyperthermie-Syndrom) ausgegangen wird. Dies ist die schwerste Form der generalisierten Gesundheitsstörungen bei thermischer Belastung, die auch bei einer optimalen klinischen Versorgung in 10-20% der Fälle und unbehandelt fast immer zum Tode führt.“ Genau genommen ist hier keinerlei Information zu finden, die nicht bereits zwei Wochen vorher bekannt gewesen sein muss. Zur Häufung von Hitzeschlagerkrankungen könnte weiter „keine eindeutige Ursache“ genannt werden, so das Ministerium weiter.<sup>17</sup> In der Bundespressekonferenz wurde der Sprecher des Ministeriums noch deutlicher: „Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es keine gesicherten Erkenntnisse, was die Ursachen für dieses tragische Unglück sein könnten. Es gibt keine Gründe, die das erklären könnten.“ Die ebenfalls auf Augengeradeaus.Net veröffentlichte Abschrift der Pressekonferenz verdeutlicht viel mehr, wie sehr sich die Nachfragen und insbesondere auch die Dementis auf das Thema Aufputzmittel konzentrierten. Zwei Wochen später enthüllte die Hannoversche Allgemeine vermutlich auf Informationen aus Polizeikreisen basierend, dass alle kollabierten Soldaten auf derselben Stube untergebracht waren und illegale „Diätpillen“ zu sich genommen hätten. Außerdem hätten Feldjäger bei der Durchsuchung der Spinde noch am Tag des Vorfalls ein Plastikbeutel mit weißem Pulver gefunden, das sich später als Kreatin herausgestellt hatte.<sup>18</sup>

Noch am 16. August hieß es von der Bundesverteidigungsministerin: „[Wir haben] eine Untersuchungsgruppe eingesetzt, die mit großer Genauigkeit und Detailschärfe alle verschiedenen möglichen Ursachen für den Hitzschlag mehrerer Soldaten untersucht. Das geht sowohl in die Frage der klimatischen Rahmenbedingungen als auch der körperlichen Belastung als auch der Frage was haben sie getragen aber auch der Versorgung mit Getränken bis hin zur körperlichen Fitness. Bisher zeigt sich keine heiße Spur.“ Es zeige sich vielmehr „ein ganz unterschiedliches Muster und Bündel unterschiedlicher Ursachen“. Die Befragung der Soldat\_innen und Soldaten solle „nur ergeben haben, dass ein Soldat in einer Pause eine Dose Energy-Drink zu sich genommen hat“. Aus Rücksicht auf die Soldat\_innen und Soldaten verböten sich außerdem „Speku-

lationen zu einem verfrühten Zeitpunkt.“ Einen Abschlussbericht kündigte die Ministerin für Ende des Monats an.<sup>19</sup>

## Neue Erkenntnisse über Ablauf

Bereits am Folgetag jedoch erhielten die Obleute des Verteidigungsausschusses ein Schreiben, das mit zahlreichen neuen Details aufwartete. Demnach musste ein Großteil der Offiziersanwärter vor dem eigentlichen Marsch nochmal drei Kilometer zur Kaserne und von hier zurück zum Ausgangspunkt des Eingewöhnungsmarsches zurücklegen und zwar teilweise im Laufschrift und unterbrochen durch Liegestütze. Der mittlerweile verstorbene Soldat sei schon auf dem Weg zur Kaserne, also bereits nach etwa 3km zusammengebrochen, zwei weitere mussten „kurz vor“ Ende des Orientierungsmarsches notfallmedizinisch behandelt werden und ein weiterer zeigte sich „unmittelbar vor Erreichen des Marschziels benommen sowie nicht mehr ansprechbar und brach anschließend zusammen“. Eine weitere Teilnehmerin sei während der Märsche mehrmals nicht ansprechbar gewesen und ein weiterer „nach dem Eingewöhnungsmarsch und Abgabe seiner Ausrüstung durch Stubenkameraden kurzfristig nicht ansprechbar auf einem Stuhl in der Unterkunft aufgefunden“ worden. Außerdem berichtet das Schreiben von fünf weiteren Personen mit unterschiedlichen Beschwerden, darunter eine Knieverletzung durch einen Sturz, Schmerzen in Unterschenkeln, Bauch und Füßen. Eine weitere Person musste den Marsch wegen Erschöpfung abbrechen.<sup>20</sup> Laut Angaben der Hannoverschen Allgemeinen befand sich zu diesem Zeitpunkt – fast einen Monat nach dem Marsch – noch ein Soldat auf der Intensivstation des Universitätsklinikums Eppendorf in Behandlung und zwei weitere befanden sich nach stationärer Behandlung in Reha. Insgesamt haben also elf von 43 Teilnehmer\_innen Beschwerdesymptome gezeigt, sechs mussten den Marsch abbrechen, vier stationär behandelt werden und einer starb.

Zwar heißt es in dem Brief an die Abgeordneten, dass diese bereits am 29. Juli mündlich über einen zusätzlichen Marsch informiert worden wären, in der Öffentlichkeit ist dies zumindest nie angekommen. Stattdessen wurde wieder und wieder die an diesem Tag gemessene Höchsttemperatur und das Gewicht der Ausrüstung zitiert und auf dieser Grundlage über Ursachen spekuliert. Von Laufschrift und Liegestützen als zusätzliche „erzieherische Maßnahme“ war offenbar auch gegenüber den Abgeordneten noch nie die Rede gewesen, die stattdessen mit allgemeinen Statistiken zur Letalität von Hitzeschlägen abgespeist wurden. Die Aussage der Ministerin, es gebe noch keine „heiße Spur“ und der Verweis auf ein „unterschiedliches Muster und Bündel unterschiedlicher Ursachen“ denen „mit großer Genauigkeit und Detailschärfe“ nachgegangen werde, erscheint demgegenüber zumindest als Irreführung. Denn dass sich die Erkenntnisse über einen „Strafmarsch“ und Beschwerden bei über einem Viertel der Teilnehmenden trotz „intensiver Befragung“ aller Beteiligten durch ein eigens aufgestelltes Untersuchungsteam erst nach vier Wochen bestätigt haben sollten, ist sehr schwer vorstellbar. Es ist also in jedem Fall von einem taktischen Preisgeben von „Details“ auszugehen und somit handelt es sich eben nicht um eine transparente Aufklärung. Ende August wurde tatsächlich ein „vorläufiger Abschlussbericht“ vorgelegt (aber nirgends dokumentiert), der angeblich „Fehler einräumt“ aber letztlich jeden Einzelfall als „ungünstige Verkettung von Umständen und Faktoren“ bezeichnet.<sup>21</sup> Seitdem scheint das Thema abgehakt.



Trauerfeier für die beim MINUSMA-Einsatz ums Leben gekommenen Piloten. Quelle: Bundeswehr/Marco Dorow

## Zeigt der Maulkorb Wirkung?

Erklärungsbedürftig ist v.a., dass lange keine Informationen an die Öffentlichkeit kamen, bevor sie vom Verteidigungsministerium bekannt gemacht wurden – Ausnahme ist hier lediglich das Gerücht von Aufputzmitteln, welches vom Ministerium erfolgreich dementiert bzw. auf den Konsum von Energydrinks reduziert wurde. Von der Strafmaßnahme, die offensichtlich 29 „Staatsbürger in Uniform“ unmittelbar betraf und vor den Augen 14 weiterer (plus die anwesenden Ausbilder\_innen) vollzogen wurde und bei elf von ihnen zu klinischen Beschwerden bis hin zum Tod führten, drang einen Monat lang nichts an die Öffentlichkeit. Das gilt auch und obwohl die Staatsanwaltschaft Lüneburg einige Tage nach dem Bekanntwerden des Todesfalls ebenfalls Ermittlungen aufgenommen hat. Bei einem Fall, der die interessierte Öffentlichkeit offenbar so betroffen macht und an dem so viele Menschen als Zeugen und Betroffene beteiligt waren, wäre normalerweise durchaus zu erwarten, dass die eine oder andere Information an die Medien gelangt, ohne vorher vom Ministerium zurechtgeschnitten und mit irreführenden Details angereichert worden zu sein.

Fast scheint es, als wäre der Anfang 2017 diskutierte und als „Maulkorb-Erlass“ bezeichnete Verhaltenskodex doch umgesetzt worden. Damals wollte die Verteidigungsministerin Soldat\*innen und zivile Beamte darauf verpflichten, „informelle Kontakte“ zu Abgeordneten und Medienvertreter\*innen zu vermeiden und mit diesen über dienstliche Angelegenheiten zu kommunizieren, wenn dies ausdrücklich autorisiert ist. Der Kodex wurde dann nicht erlassen, weil es massive Kritik und Gegenwind gab. Soldat\*innen waren jedoch bereits zuvor durch das Soldatengesetz zur Verschwiegenheit verpflichtet und das Ziel, diese zukünftig strikter auszulegen, kam womög-

lich auch ohne neuen Erlass zum Ausdruck. Bemerkenswert ist aber v.a. auch, dass über die zivilen Ermittlungsbehörden nur sehr spärlich Informationen an die Öffentlichkeit geraten. Das gilt insbesondere im Fall des möglichen rechtsterroristischen Netzwerks um Franco Albrecht, in dem die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen übernommen und in einen Mantel des Schweigens gehüllt hat.

## Der Absturz in Mali

Eine ähnlich selektive und zeitlich verzögerte Preisgabe von Informationen zeigte sich beim Tod zweier weiterer Soldaten der Bundeswehr beim Absturz eines Hubschraubers in Mali. Die Bundeswehr bestätigte diesen erst, nachdem die UN längst darüber informiert hatte. Die UN hatte über Zusammenhänge mit Gefechten am Boden berichtet, während die Bundeswehr die konkreten Umstände des Flugs zweier Kampfhubschrauber gekonnt in den Kontext eines Routineeinsatzes stellte. Diese sollten bis zur Klärung der Ursachen eingestellt und stattdessen nur noch Einsätze geflogen werden, bei denen es „um Leib und Leben“ geht. Diese Erklärung lenkte die Spekulationen klar in Richtung technischer Defekt, obwohl offiziell zunächst keine Ursache ausgeschlossen wurde. Dass es keinen Hinweis auf einen Beschuss gegeben hätte, erklärte das Verteidigungsministerium dennoch, noch bevor aus dem völlig ausgebrannten Wrack nach mehreren Tagen ein Flugschreiber geborgen werden konnte. Noch am Tag des Absturzes meldete Spiegel Online, dass nach den Beobachtungen des Piloten des zweiten Hubschraubers die Maschine plötzlich nach vorne abgekippt und zu Boden gegangen wäre. Am folgenden Tag deutete die Welt an, dass die Besatzung des zweiten Hubschraubers auch von verlorenen Rotorblättern berichtet hätte.<sup>22</sup>

Obwohl aus öffentlichen Quellen schnell ersichtlich war, dass am Tag des Absturzes heftige und entscheidende Gefechte zwischen verschiedenen Milizen im Norden Malis stattgefunden hatten, gingen die Medien hierauf kaum ein und bis heute gab es keine Informationen über den Kontext des konkreten Hubschraubereinsatzes<sup>23</sup> – auch nicht etwa auf die mitgeführte Bewaffnung – vonseiten des Ministeriums. Die Spekulationen bezogen sich auf eine möglicherweise mangelhafte Ausbildung der Piloten – was vom Ministerium wiederum erfolgreich dementiert wurde – und wieder um das Klima und erstaunlich genaue Zahlen: Mit 36°C hätten vor Ort relativ kühle Temperaturen geherrscht, soll das Ministerium noch am Tag des Absturzes mitgeteilt und deshalb einen Zusammenhang mit der Temperatur ausgeschlossen haben.

Den Spekulationen um mangelnde Ausbildung und die zuvor erlassene Ausnahmegenehmigung, mit der die Höchsttemperatur zum Flug des Tiger von 43,26 auf 48,26°C erhöht wurde, begegnete das Verteidigungsministerium mit einem vorgezogenen Besuch in Mali und der gut vorbereiteten Berichterstattung über die Überführung der toten Soldaten. Die vorgebrachte Anteilnahme war meist verbunden mit der Ankündigung genauer, aber möglicherweise langwierigen Ursachenforschung und der Einschätzung, dass sich Spekulationen mit Rücksicht auf die Angehörigen verbieten sollten.

Knapp zwei Wochen später wurden wiederum die Obleute des Verteidigungsausschusses und über die Bundespresskonferenz am 9. August auch die breitere Öffentlichkeit über „erste Erkenntnisse“ informiert. Diese bestätigten im Wesentlichen das, was bei Spiegel und Welt.de bereits durchgesickert war: Dass der Tiger plötzlich quasi kopfüber in den Sinkflug überging und Rotorblätter verlor. Außerdem wartete das Ministerium mit weiteren Zahlen auf: „Das Luftfahrzeug flog mit einer Geschwindigkeit von ca. 135 Knoten (ca. 250 km/h) in einer Höhe von ca. 1.800 Fuß (ca. 550 m) über Grund in nordostwärtige Richtung, als es plötzlich und für die Besatzung überraschend radikal die Nase senkte und in einen starken Sinkflug überging. Nach ca. 10 Sekunden schlug das Luftfahrzeug am Boden auf und fing unmittelbar Feuer. Das Luftfahrzeug wurde zerstört, der Aufprall war nicht zu überleben.“ Außerdem könne einer der beiden aufgefundenen Flugschreiber ausgelesen werden und diese Informationen würden „mit in die Analyse ein[fließen], die dann in einigen Wochen oder Monaten vorliegen wird“.<sup>24</sup> Seit dem wurden keine weiteren Informationen über den Absturz bekannt. Bemerkenswert ist hier, dass ausgerechnet im robusten Einsatz in Mali das stattfindet, was im Fall Munster und auch bezogen auf das KSK bis heute nicht passiert ist: dass (augenscheinlich) Informationen durch die beteiligten Soldaten, in diesem Falle die Piloten des zweiten Hubschraubers, durchsickern und das am Tag des Vorfalls selbst. Ob es sich dabei aber tatsächlich um ein unerwünschtes Durchsickern und nicht eine bewusste Irreführung handelt, wird offenbar auch von Bundeswehrangehörigen selbst bezweifelt. Jedenfalls halten sich auch in diesen Kreisen hartnäckig Gerüchte, wonach es sich doch um einen Abschuss gehandelt haben könnte. Dass Informationen selektiv preisgegeben werden, ist zumindest am Fall Munster klar zu erkennen.

### „Freundliches Desinteresse“

Die Kommunikationsstrategie der Ministerin ist jedenfalls bislang erfolgreich. Während zahlreiche ungeklärte Skandale vermeintlich „offen und transparent“, aber ergebnislos untersucht werden, lässt sich die Ministerin bei als Truppenbesu-

che organisierten Wahlkampfterminen feiern und verkauft den flächendeckenden Ausbau von Kasernen als Wahlkampfgeschenke. Möglich ist das wahrscheinlich nur aufgrund des freundlichen Desinteresses, das wesentliche Medien an der Bundeswehr und eigenständiger Recherche offenbar haben – die Hannoversche Allgemeine und Panorama müssten hier wohl ausgenommen werden. Dasselbe ließe sich aber auch über die Oppositionsparteien sagen, die dermaßen Angst haben, etwas negatives über die Bundeswehr zu sagen, dass sie lieber in den Chor derjenigen einstimmen, die die Ministerin kritisierten, als sie der Bundeswehr kurz nach dem Fall Franco Albrecht kurzzeitig ein „Führungsproblem“ attestierte. Seit dem herrscht überwiegend Schweigen. Für den Stand der Demokratie in diesem Land ist dieses Desinteresse an bewaffneten rechtsextremen Netzwerken, der Praxis in den Auslandseinsätzen der Bundeswehr, dem Drogenkonsum und den Ausbildungsmethoden in der Truppe jedenfalls ein schlechtes Zeichen.

### Anmerkungen

- 1 „Untreue-Anzeige gegen Merkel“, spiegel.de vom 9.9.2017.
- 2 „Kommt von der Leyen mit froher Botschaft für Jägerbrück?“, nordkurier.de vom 6.8.2017.
- 3 „Von der Leyen in Dresden: Bundeswehr wächst wieder“, dnn.de vom 9.8.2017.
- 4 „Von der Leyen: Bundeswehr investiert 77 Millionen Euro in Gernersheim“, rheinpfalz.de vom 14.8.2017.
- 5 Bayerisches Staatsministerium des Inneren: Neue Offiziersschule der Luftwaffe in Roth, Pressemitteilung vom 29.6.2017.
- 6 <https://www.bmvg.de/de/themen/dossiers/sommerreise-der-ministerin-2017>.
- 7 „Alma Mater der Technik“, Pressemitteilung des BMVg vom 29.8.2017.
- 8 „Bundeswehr investiert in Idar-Oberstein“, swr.de vom 8.9.2017.
- 9 „Die Bundeswehr investiert in Müllheim und in Donaueschingen“, badische-zeitung.de vom 13.9.2017.
- 10 „Es gab überzeugende Argumente für Hardheim“, rnz.de vom 13.9.2017.
- 11 „Bundeswehr-Reservist gab Hinweis auf Terrorverdächtige“, welt.de vom 31.8.2017.
- 12 Siehe hierzu Alexander Kleiß: Braune Nostalgie beim KSK – keine Überraschung!, IMI-Standpunkt 2017/026.
- 13 „Soldat nach Fußmarsch gestorben“, mdr.de vom 31.7.2017.
- 14 „Offiziersanwärter zehn Tage nach Zusammenbruch bei Marsch gestorben“, augengeradeaus.net vom 30.7.2017, Kommentar von „Stephan L.“ um 18:11.
- 15 „Kollabierte Soldaten nahmen Aufputschmittel“, faz.net vom 13.8.2017.
- 16 „Soldaten brachen mit Hitzschlag zusammen – Ursache unklar“, augengeradeaus.net vom 14.8.2017.
- 17 Ebd.
- 18 „Starb ein Bundeswehr-Soldat durch Diätmittel?“, haz.de vom 28.8.2017.
- 19 Statement der Ministerin beim Besuch der Division Schnelle Kräfte“, bmvg.de vom 16.8.2017, eigene Abschrift des Audios.
- 20 Tod eines Offizieranwärters: Erstes Obduktionsergebnis & neue Einzelheiten“, augengeradeaus.net vom 17.8.2017.
- 21 Bericht des Ministeriums lässt Fragen offen“, deutschlandfunk.de vom 1.9.2017.
- 22 Warum fiel der Tiger vom Himmel?“, welt.de vom 27.7.2017.
- 23 Siehe hierzu: Christoph Marischka: Mali: Wie bei einem „Routineeinsatz“ Soldaten „verunglücken“, IMI-Standpunkt 2017/023.
- 24 „Tiger-Absturz in Mali: Mehr Erkenntnisse, aber noch keine Klarheit über Ursache (Nachtrag: BPK)“, augengeradeaus.net vom 8.8.2017.

# Braune Nostalgie beim KSK – keine Überraschung!

von Alexander Kleiß

Die ARD-Sendung Panorama berichtete im August von einer Abschiedsfeier für den Kompaniechef Pascal D. des Kommandos Spezialkräfte (KSK) am 27. April 2017. Demnach habe der verabschiedete Soldat auf der Feier auf einem Schießstand nahe Stuttgart einen Parcours – u.a. mit Bogenschießen und Schweinskopferwerfen – absolvieren müssen und sollte anschließend „als Hauptpreis“ Sex mit einer Frau haben, die extra zu diesem Zweck eingeladen worden war. Soweit bestätigte die Bundeswehr den Vorfall, so Panorama. Zum Sex sei es jedoch nicht gekommen, weil der Betreffende zu betrunken gewesen sei. Dies wurde von der Bundeswehr offiziell bestätigt. Darüber hinaus berichtete die Frau jedoch, dass auf der Feier auch rechtsradikale Musik der neonazistischen Band Sturmwehr gespielt und der Hitlergruß gezeigt worden sei. Von den etwa 60 anwesenden Soldaten habe dies niemanden gestört. Vielmehr hätten die textsicheren Elite-Kämpfer „euphorisch“ mitgegrölt. Dies wollte die Bundeswehr nicht bestätigen, leitete jedoch entsprechende interne Ermittlungen ein. Auch die Staatsanwaltschaft Tübingen ermittelt mittlerweile.<sup>1</sup>

Diese Vorfälle sind entlarvend, jedoch keineswegs überraschend. Die im Geheimen agierende Spezialeinheit der Bundeswehr fiel schon mehrfach durch Skandale und Äußerungen auf, die zeigen, dass rechtes Gedankengut unter den KSK-Soldaten durchaus verbreitet zu sein scheint.

## KSK-Kommandeur auf rechten Abwegen

Der ideologische Unterbau für Hitlergrüße bei internen Feiern kommt von ganz oben: Kommandeure des KSK propagieren ein dubioses Traditionsverständnis innerhalb der Einheit.<sup>2</sup> Ausführlich äußerte sich hierzu Reinhard Günzel, der drei Jahre lang Kommandeur des KSK war und 2003 entlassen wurde. Grund hierfür war ein Brief Günzels, in dem er antisemitische und den Holocaust relativierende Aussagen<sup>3</sup> des damaligen CDU-Abgeordneten Hohmann lobte.<sup>4</sup> Günzel steht der rechtspopulistischen Partei Pro NRW nahe.<sup>5</sup> Nach seiner Entlassung trat er mehrfach in rechten Kreisen als Referent auf.<sup>6</sup> Günzel kritisiert in dem u.a. von ihm herausgegebenen Buch „Geheime Krieger“<sup>7</sup> die Umbenennung von Kasernen mit Wehrmachtbezug. Dies verhindere Traditionsbewusstsein und Korpsgeist innerhalb der Bundeswehr. Er wünscht sich einen stärkeren traditionellen Bezug auf die Wehrmacht. Deshalb begrüßt er auch die „intensive[n] Kontakte“ zum „Kameradenhilfswerk der 78. Sturm- und Infanteriedivision“ der Wehrmacht. Auch ein Verbotserlass des Verteidigungsministeriums habe nichts an der Freundschaft geändert, die inoffiziell weiterhin gepflegt werde.

Eine besondere Verbundenheit bestehe Günzel zufolge zur NS-Spezialeinheit „Brandenburger“, welche an Kriegsverbrechen der Wehrmacht beteiligt war und Partisanen auf dem Balkan mit besonderer Grausamkeit bekämpfte. Die Kommandosoldaten wüssten genau, wo ihre Wurzeln liegen: „Die Einsätze der ‚Brandenburger‘, der Vorläufer [...] des KSK, gelten in der Truppe als geradezu legendär. Die Operationen

der Division ‚Brandenburg‘ sind Lehrbeispiele erfolgreicher Kommandoeinsätze.“ Er selbst pflege langen freundschaftlichen Kontakt mit dem „Brandenburger“ und Ritterkreuzträger Wilhelm Walther. Das Selbstverständnis der deutschen Kommandotruppen habe sich seit

dem Zweiten Weltkrieg nicht geändert. Den „Brandenburgern“ ist in Günzels Buch ein eigenes, 38-seitiges Kapitel gewidmet, was die hohe traditionsstiftende Bedeutung deutlich zu Tage treten lässt. Auch zu latent antidemokratischen Äußerungen ließ sich Günzel in „Geheime Krieger“ hinreißen. So sei „die größte Herausforderung des KSK nicht der äußere Feind, sondern [...] die Widrigkeiten des bundesrepublikanischen Alltags“.

Seit der Entlassung Günzels vor 14 Jahren scheint sich bezüglich reaktionärer Haltungen in der Führungsebene nichts geändert zu haben. Zeit Online meldete am 18. August 2017, dass der stellvertretende Kommandeur des KSK, Oberst Thomas B., versetzt werden solle, weil sich eine zivile Beschäftigte über frauenfeindliche Witze, Drohungen und andere verbale Entgleisungen beschwert habe. Er macht zurzeit eine Kur. Weitere Konsequenzen muss er vermutlich nicht befürchten.<sup>8</sup>

## Haufenweise Einzelfälle

Das rechte Gedankengut, das von den Kommandeuren zum Zweck der Traditionspflege durchaus erwünscht zu sein scheint, offenbart sich auch im Alltag des KSK, was an mehreren Fällen, die zufällig öffentlich wurden, ersichtlich wird.

Im Juni 2000 überfiel ein ehemaliger KSK-Soldat, der damals 22-jährige Neonazi André Chladek, eine Bundesweereinheit während einer Übung auf einem Truppenübungsplatz in Baden-Württemberg. Er habe sechs Pistolen und 1550 Schussmunition erbeutet, sei aber nach sechswöchiger Flucht in Gera gestellt worden.<sup>9</sup> Er plante, führende Politiker\_innen, Armeem Offizier\_innen, Journalist\_innen und andere Vertreter\_innen der Zivilgesellschaft zu ermorden. Dem MAD oder anderen Geheimdiensten war er bis dahin nicht aufgefallen. Seine intensive Ausbildung zum Elite-Soldaten, die u.a. Guerilla-Taktiken, den professionellen Umgang mit Sprengstoff und besondere Verhörstrategien beinhaltete, macht ihn zu einem besonders gefährlichen rechtsradikalen Terroristen. Nachdem er 2001 zu sieben Jahren Haft verurteilt worden war, ist er heute vermutlich wieder auf freiem Fuß und könnte seine besonderen Kenntnisse längst an Gleichgesinnte weitergegeben haben.<sup>10</sup>

Als sich die Soldaten des KSK im November 2001 auf der omanischen Halbinsel Masirah auf ihren Einsatz in Afghanistan vorbereiteten, fielen sie dadurch auf, dass sie auf ihren Geländewägen das nachgemachte Palmensymbol von Adolf Hitlers deutschem Afrika-Korps sprühten. Fahrzeuge mit diesem Symbol seien auch in der KSK-Kaserne in Calw von einem KSK-Angehörigen gesehen worden. Dabei wurde lediglich das Hakenkreuz durch das Bundeswehremblem ersetzt - der positive Bezug auf die Wehrmacht war dennoch eindeutig.<sup>11</sup>

Der Deutsch-Türke Murat Kurnaz aus Bremen war 2001 - etwa zeitgleich - in Pakistan fälschlicherweise festgenommen worden. Ihm konnte auch nach mehrjähriger Folter-Haft in Guantanamo kein Verbrechen nachgewiesen werden. Kurnaz

beschuldigt auch KSK-Soldaten, ihn Anfang 2002 in einem US-Gefangenenlager im afghanischen Kandahar gefoltert zu haben. Strafverfahren gegen KSK-Angehörige, die Kurnaz auf Bildern identifizieren konnte, wurden zweimal aufgrund mangelnder Beweise eingestellt. Diverse Unterlagen seien „auf mysteriöse Art und Weise versehentlich“ vernichtet worden, so sein Anwalt. Inwiefern neben einer prinzipiell menschenverachtenden Einstellung auch Fremdenfeindlichkeit innerhalb des KSK eine Rolle gespielt haben könnte, bleibt auch nach einem Untersuchungsausschuss des Bundestags offen.<sup>12</sup>

Auch der bundeswehrkritische Oberstleutnant Jürgen Rose bekam die rechts-fanatische Einstellung seiner Kameraden vom KSK zu spüren. In einer an ihn adressierten E-Mail, die am 22.3.2008 von Spiegel Online in Auszügen veröffentlicht wurde, beschimpft und bedroht der KSK-Hauptmann Daniel K. den Soldaten, der sich zuvor kritisch über die Bundeswehr geäußert hatte: „Ich beurteile Sie als Feind im Inneren und werde mein Handeln danach ausrichten, diesen Feind im Schwerpunkt zu zerschlagen. [...] Sie werden beobachtet, nein nicht von impotenten instrumentalisierten Diensten, sondern von Offizieren einer neuen Generation, die handeln werden, wenn es die Zeit erforderlich macht.“ Daniel K. distanzieren sich von „diesem linken Zeitgeistkonglomerat uniformierter Verpflegungsempfänger“ und Rose solle zurückkehren in „die Sümpfe des Steinzeitmarxismus“. Der Brief endet mit dem Satzsatz „Es lebe das heilige Deutschland“, was das rechtsextreme Gedankengut innerhalb des KSK abermals verdeutlicht. Gegen Daniel K. wurde eine einfache Disziplinarmaßnahme verhängt. Worin diese Disziplinarmaßnahme bestehen soll, ist nicht bekannt. Die rechte Gesinnung des KSK-Kommandeurs Günzels, so Oberstleutnant Rose, wirke in Calw offenbar nach. Die Ursache für den Hass, der Daniel K. aus der Deckung getrieben hat, genauso wie für dessen lasche Ahndung, vermutet Rose im besonderen Korpsgeist, der sich in abgeschotteten Eliteeinheiten wie dem KSK herausbildet. Das Interesse, diesen Geist auch nur zu stören, ist in Bundeswehrkreisen offenbar gering.<sup>13</sup>

All dies zeigt, dass offen rechtsextreme Vorfälle, wie Hitlergrüße auf internen Feiern keineswegs Einzelfälle sein dürften. Vielmehr ist das KSK strukturell rechtsextrem, was von manchen Kommandeuren sogar gelobt und gefördert wurde. Es ist davon auszugehen, dass die dokumentierten Fälle nur die Spitze des Eisbergs darstellen. Schließlich agiert das KSK streng geheim, was den Schluss zulässt, dass rechtsradikale Entgleisungen in der Mehrheit der Fälle nie öffentlich und vermutlich auch nicht thematisiert oder bestraft werden.

Deshalb fordern wir weiterhin: KSK auflösen!

## Anmerkungen

- 1 Panorama: „Hitlergruß? Ermittlungen gegen Kompaniechef“, 17.8. 2017.
- 2 IMI-Standpunkt 2007/17. Claudia Haydt: „Afghanistan: Deutsche Militärtradition“. 2008.
- 3 „Gibt es auch beim jüdischen Volk, das wir ausschließlich in der Opferrolle wahrnehmen, eine dunkle Seite in der neueren Geschichte oder waren Juden ausschließlich die Opfer, die Leidtragenden? [...] Juden waren in großer Anzahl sowohl in der Führungsebene als auch bei den Tscheka-Erschießungskommandos aktiv. Daher könnte man Juden mit einiger Berechtigung als ‚Tätervolk‘ bezeichnen. Das mag erschreckend klingen. Es würde aber der gleichen Logik folgen, mit der man Deutsche als Tätervolk bezeichnet.“ Rede wurde von der [Tagesschau](#) dokumentiert.
- 4 Neues Deutschland: „Elite-General lobt Hohmann. Struck feuerte KSK-Chef wegen Dankesbrief zu Antisemitismus-Sprüchen.“, 5.11. 2003.
- 5 Braunzone Bundeswehr: „Günzel als Sicherheitsberater für ‚proNRW‘“, 12.5. 2009; Blick nach Rechts: „Günzel als Sicherheitsberater“, 30.4. 2009.
- 6 So war er unter anderem bei der Münchner Burschenschaft Danubia (04.07.04), den Göttinger Burschenschaften Holzmindia & Burschenschaft Hannovera (2003), dem „Institut für Staatspolitik“ (Mai 2004), dem 8. Berliner Kolleg (Dezember 2004) des genannten „Institut für Staatspolitik“, bei dem rechtsklerikalen Verein „Die Wende“ (13.04.07), bei der Prager Burschenschaft Teutonia zu Regensburg (03.05.07) oder bei der Burschenschaft Ghibellinia zu Prag in Saarbrücken als Referent angekündigt. Braunzone Bundeswehr: „Deutsche Militärzeitschrift (DMZ) – Ausgabe Mai-Juni“, 2.8.2008.
- 7 Reinhard Günzel, Wilhelm Walther, Ulrich Wegener: Geheime Krieger. 2007. Das Buch ist im Pour-le-Mérite-Verlag des deutschen Verlegers Dietmar Munier erschienen. Dessen Verlagsgruppe publiziert seit Jahren unter anderem rechte und geschichtsrevisionistische Literatur. Er gibt darüber hinaus die Monatszeitschrift Zuerst! heraus, die sich an eine konservative bis rechtsextreme Leserschaft wendet. Zuerst! zählt mittlerweile zu den einflussreichsten Medien der Neuen Rechten.
- 8 Zeit Online: „Vizekommandeur des KSK soll abgesetzt werden“, 18.8. 2017.
- 9 Andrea Röpke: „Explosive Stimmung in der braunen Szene“, [Blick nach Rechts](#), 12.03.2012.
- 10 Daniel Köhler: Right-Wing Terrorism in the 21st Century. The ‘National Socialist Underground’ and the History of Terror from the Far-Right in Germany. 2017.
- 11 Spiegel Online: „KSK-Soldaten sprühten Wehrmachtssymbol auf Wagen“, 1.11. 2006.
- 12 Jürgen Wagner: „Nach vorn!“ - „einsatzbereit – jederzeit – weltweit!“ Deutsche Spezialkräfte im Umbruch. 2013.
- 13 Spiegel Online: „Feind im Inneren“, 22.3. 2008.



# MAN Augsburg baut die französischen Atomraketen (Teil I)

von Peter Feininger

In dieser Artikelserie wollen wir einer Mitteilung des Augsburger Wirtschaftsreferats nachgehen, dass ein neuartiger Booster aus Carbon für die Ariane 6 erfolgreich hergestellt und getestet wurde. Hauptbeteiligte sind das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt und hier die Abteilung für Leichtbau, die MAN bzw. MT Aerospace Augsburg, die europäische Raumfahrtagentur ESA und die Bayerische Staatsregierung. Nicht genannt wird zum Beispiel Airbus Safran Launchers, ein Joint Venture, das zu gleichen Teilen von Airbus Defence and Space und dem französischen Rüstungs- und Technologiekonzern Safran gehalten wird. Airbus Safran Launchers, das seit Juli 2017 als Ariane Group firmiert, entwickelt und liefert zivile und militärische Trägerraketen. Airbus Safran Launchers schreibt zur Unterzeichnung des Ariane-6-Programms mit der ESA: „Als Hauptauftragnehmer für die europäischen Trägerraketenfamilien Ariane 5 und Ariane 6 und für die ballistischen Trägerraketen der französischen Marine verfügt das Unternehmen über modernste Technologien für Startsysteme und Raketenantriebe.“<sup>1</sup>

Der Hauptauftragnehmer Airbus Safran Launchers ist also in der deutschen Öffentlichkeit kaum bekannt und vor allem nicht der volle Umfang seines Rüstungsprogramms. Die Augsburger MT Aerospace AG hat im Juni einen Vertrag mit Airbus Safran Launchers über die Entwicklung wesentlicher Tank- und Struktur-Bauteile für die neue europäische Trägerrakete Ariane 6 abgeschlossen. „Der Auftrag beinhaltet alle erforderlichen Entwicklungsarbeiten im Bereich ‚Tanks und Strukturen‘ bis zum geplanten Erstflug der Rakete im Jahr 2020 ...“, schreibt die Augsburger Allgemeine.<sup>2</sup> Diesen Aspekten wollen wir in einem zweiten Artikel nachgehen. Dabei soll es vor allem um die Rolle von MT Aerospace gehen, seine Bedeutung als Zulieferer für Airbus Safran Launchers und seine Verstrickung in das französische Nuklearprogramm, aber auch um die Bedeutung des Leichtbaus bzw. der Produktion mit Carbonfasern auch für das Militär. Behandelt werden soll auch die Rolle Italiens nicht nur hinsichtlich der eigenen Trägerrakete Vega, sondern auch mit Blick auf Colleferro als zweitem Standort für die Produktion des Ariane-6-Boosters neben Augsburg.

Im nachfolgenden Teil 1 der Artikelserie soll es um die Vorgeschichte der Ariane-Produktion, um die Rolle der französischen Nuklearraketen dabei und um die eminente strategische Bedeutung der MAN als Rüstungskonzern gehen. Die jetzige MT Aerospace AG ist ja – wahrscheinlich aus übergeordneten strategischen Gesichtspunkten, auf die sich die deutschen Rüstungs-, Wirtschafts-, Politik- und Militäreliten verständigt haben – 2005 aus einer MAN-Tochter entstanden.

## Die Mitteilung

Stolz teilte die Wirtschaftsreferentin der Stadt Augsburg in ihrem Newsletter vom Juli mit, dass ein CFK-Booster für die Ariane 6 erfolgreich getestet worden sei. Diese Mitteilung wird vollständig wiedergegeben, da sie neben dem verständlichen Überschwang sehr faktenreich daherkommt. Sie nennt einige

wichtige Tatsachen, lässt andere aber weg und suggeriert damit einen Eindruck, der trotz aller Sachlichkeit bei weitem nicht der ganzen Wahrheit entspricht.<sup>3</sup> Natürlich kann man in eine Pressemitteilung nicht alles reinpacken, was wichtig wäre. Aber, ob der Booster für die Ariane

6 gleichzeitig als nukleare Trägerrakete für die französische Marine-Atomstreitmacht dienen wird, wie das auch bei den Boostern der Ariane 5 der Fall ist, wäre schon erwähnenswert. Auch, ob die Eignung des Booster als nukleare Interkontinentalrakete schon bei der Entwicklung des Ariane 6-Programms eine maßgebliche Rolle gespielt hat und mit den aktuellen Tests des Prototyps auch diese Eigenschaft mitgeprüft wird – auch dies wäre erwähnenswert. Die Pressemitteilung der Stadt Augsburg, die eigentlich von MT Aerospace stammt, weiß von alledem nichts und lautet ganz harmlos und sehr zivil.

## CFK-Booster für Ariane 6 erfolgreich getestet

*Am 19. Juli hat das Augsburger Raumfahrtunternehmen MT Aerospace AG, eine Tochter des börsennotierten Technologiekonzerns OHB SE, eine neue Technologie für kohlefaserverstärkte Raketenmotorgehäuse (CFK-Booster) erfolgreich getestet.*

*Augsburg soll neben dem Standort Colleferro nahe Rom der zweite Produktionsstandort für CFK-Booster der neuen europäischen Trägerrakete Ariane 6 werden, die die bisherige Stahl-Variante der Ariane 5 ersetzen. Mit dem erfolgreichen Test wurde ein entscheidender Meilenstein erreicht. Bayerns Wirtschafts- und Technologiestatssekretär Franz Josef Pschierer: „Der erfolgreiche Test der CFK-Booster ist ein wichtiger Schritt für die Entwicklung der ARIANE 6 Trägerrakete und damit der europäischen Raumfahrt insgesamt. Ich gratuliere der MT Aerospace AG zu diesem Erfolg. Davon profitiert nicht nur Augsburg sondern damit wird der Freistaat insgesamt als einer der führenden europäischen Hightech-Forschungs- und -Produktionsstandorte gestärkt.“ Das Raketengehäuse mit 3,5 Meter Durchmesser und 6 Meter Länge wurde in Stuttgart bei der Materialprüfungsanstalt auf Anforderungen eines Raketenstarts getestet. Dabei wurden Drucklasten von über 125 bar simuliert.*

*Der CFK-Booster hat alle Tests erfolgreich bestanden. Seit Sommer 2013 arbeitet MT Aerospace zusammen mit dem Projektpartner DLR-Zentrum für Leichtbau-Produktionstechnologie (DLR-ZLP) im Auftrag der Europäischen Raumfahrtagentur ESA (Projekt FORC) und der Bayerischen Staatsregierung (DLR-ZLP Projekt KOFFER) an der Entwicklung einer hochmodernen Fertigungstechnologie für die Kohlefaserverarbeitung. Durch das neu entwickelte Verfahren mit Infusionstechnologie werden im Vergleich zum gängigen Nasswickelverfahren wesentlich Kosten eingespart, was deutlich zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der neuen europäischen Rakete beiträgt.*

*Bei MT Aerospace läuft bereits seit 2015 die Produktentwicklung für die ARIANE 6 CFK-Booster, begleitet durch seitens der Bayerischen Staatsregierung geförderte Fertigungstechnologie-Projekte, wie auch die Planungen für die Produktionshallen und -einrichtungen. Der Jungfernflug für die neue ARIANE 6 ist für 2020 avisiert.*

*Quelle: [www.mt-aerospace.de](http://www.mt-aerospace.de) (25. Juli 2017)*

## Die Stahlvariante

Zur Erläuterung: Mit Booster wird hier ein Zusatztriebwerk bzw. die erste Stufe einer Trägerrakete bezeichnet. Die Ariane 6 soll mit zwei bzw. vier Boostern ausgerüstet werden. Im Fall der Ariane wird ein Feststoffantrieb eingesetzt. Damit wird der Booster befüllt. Die eigentliche Kunst ist aber das Gehäuse, auch Raketenmotorgehäuse genannt. Dieses wurde und wird für die Ariane-Rakete komplett in Augsburg hergestellt.

„Feststoffraketen werden heute unterschiedlich genutzt, sowohl für militärische als auch zivile Zwecke wie die Luft- und Raumfahrt“ – schreibt Wikipedia viel- und nichtssagend.<sup>4</sup> Die Feststoffbooster sind eine Entwicklung der MAN in Augsburg. Seit fast 30 Jahren baut die Tochterfirma MAN Technologie „die bisherige Stahl-Variante“ dieser Booster für die Ariane 5 Trägerrakete.

Extra für deren Fertigung wurde eine 5400 m<sup>2</sup> große sowie 18 Meter hohe klimatisierte Produktionshalle gebaut und mit einem fast vollständig neuartigen Spezialmaschinenpark ausgerüstet. „Maschinenfabrik für das nächste Jahrhundert“ nannte der damalige bayrische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß den riesigen Komplex, als er ihn am 30. September 1988 einweihte.

Die Stahl-Varianten der Booster bestehen jeweils aus drei Segmenten, sind etwa 30 m lang (24,75 m Segmentlänge), haben einen Durchmesser von 3,05 m, eine Wandstärke von 8,1 mm und fassen jeweils 238 Tonnen Festtreibstoff. Die Wandstärke von 8 mm ohne Einbuße an der nötigen Festigkeit wird durch Walzen des Stahls in einem komplexen und wahrscheinlich technisch einzigartigen Verfahren erreicht: Die selbst entwickelte zwölf Meter hohe und 550 Tonnen schwere computergesteuerte Gegenrollen-Drückwalzanlage, mit der sich weltweit erstmalig Teile dieser Größenordnung vollautomatisiert verarbeiten lassen. Ihre vier Rollenpaare „drücken“ mit je 80 Tonnen von innen und außen gegen die Wand des sich drehenden Bauteils. Während die Wandstärke allmählich auf 8,1 Millimeter reduziert wird, „wächst“ der Zylinder auf eine Höhe von 3,5 Meter. Das gesamte Booster-Gehäuse sei mit nur knapp 20 Tonnen ein Leichtgewicht unter allen verfügbaren Metallhülsen, da sein Anteil am Gesamtgewicht des Feststoffboosters weit unter zehn Prozent liegt, schrieb die European Space Agency ESA vor zehn Jahren stolz.

Die Segmente wurden bis 2004 zusammengesteckt. Jede Verbindung wurde mit einem O-Ring abgedichtet und mit 180 Scherbolzen mit 24 mm Durchmesser gesichert. Heute (Ersteinsatz 2006) werden sie in einer Elektronenstrahlschweißanlage vakuumverschweißt. Für die Herstellung der Schweißsegmente wurde in Augsburg eigens eine neue Fertigungshalle gebaut. Kernstück der Fertigungslinie ist eine gigantische Elektronenstrahlschweißanlage mit einer riesigen zylinderförmigen Vakuumkammer.<sup>5</sup>

## Ohne Ariane kein französisches Atomprogramm.

Das französische Atomwaffenprogramm ist bei der Entwicklung der Ariane von Anfang an tangiert. Der Spiegel hat dies vielleicht als einzige deutsche Zeitung öffentlich erwähnt, ohne jedoch konkret zu werden. Anlässlich eines Gipfeltreffens der europäischen Raumfahrtorganisation (Esa) im November 2012 gab es Streit zwischen Frankreich und Deutschland um die Weiterentwicklung der Ariane. Frankreich favorisierte mit der Ariane 6 die Neuentwicklung einer kleineren Rakete – wahr-

scheinlich, weil dies auch besser zu seinem Nuklearwaffenprogramm gepasst hätte. Deutschland wollte damals die Ariane 5 weiterentwickeln und vergrößern, bzw. eine Ariane 5 ME als Zwischenschritt.

Der Spiegel schrieb damals<sup>6</sup>:

„Nun kommt also zunächst die Ariane 5 ME [...]. Die Ariane 6 kommt ebenfalls, nur etwas später. Die französische Ministerin Fioraso sagte, bis 2021 oder 2022 solle die neue Rakete fliegen. Antonio Fabrizi, der bei der Esa die Entwicklung der neuen Geräte verantwortet, stellte schon einmal klar: Die unteren beiden Stufen der Ariane 6 werden mit Feststofftriebwerken angetrieben, darüber kommt die Oberstufe der Ariane 5 ME zum Einsatz. Details soll eine Studie bis 2014 klären – „um weitere Entscheidungen treffen zu können“, wie Hintze sagt. Und das werden die Franzosen zumindest als Teilerfolg verkaufen. Denn bei diesem Projekt wollen sie klar die Führung übernehmen – unter Verweis auf ihre entscheidende Rolle in der Geschichte der Rakete. Denn klar ist: Ohne das französische Atomprogramm würde es die Ariane in ihrer aktuellen Form nicht geben.“

Gemeint ist damit natürlich nicht das französische Atomprogramm ganz allgemein, sondern das französische Atomwaffenprogramm der Force de frappe. Der Spiegel rührte also damals an ein Thema, das offensichtlich tabu ist in den deutschen Medien. Nämlich, dass das Arianeprogramm einen hochbrisanten und hochgefährlichen militärischen Aspekt hat. Ganz abgesehen davon, dass die „zivile“ Arianerakete auch militärische Satelliten ins All bringt oder mit ihren Starts ein Satellitenprogramm ermöglicht wie Galileo, das auch das Militär der europäischen Staaten demnächst zur Ortung und Navigation verwenden wird.

Zwei Jahre später, im Vorfeld des ESA-Gipfeltreffens 2014, schrieb der Spiegel<sup>7</sup>, gestützt auf den Chef des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt, Johann-Dietrich Wörner:

„Das Lavieren hat gute Gründe: Raumfahrt in Europa ist nicht allein dazu da, Satelliten ins All und Sonden auf ferne Kometen zu bringen. Es geht vor allem um Industriepolitik, um Macht und Aufträge und darum, aus Verhandlungen mit den anderen europäischen Raumfahrtnationen nicht als Verlierer hervorzugehen - manchmal auch auf Kosten der technisch und wirtschaftlich sinnvollsten Lösung. [...] Deshalb auch der Schwenk bei der Ariane 5 ME. Noch vor zwei Jahren, bei einem Ministertreffen in Neapel, hatte die Esa auf Drängen Deutschlands beschlossen, bis 2014 mehr als 400 Millionen Euro in die Weiterentwicklung der Ariane 5 einschließlich einer neuartigen Oberstufe zu stecken. Die Franzosen, die zweiten großen Beitragszahler in Europas Raumfahrt, konnten sich mit ihrem Wunsch nach einer kleineren, komplett neuen Ariane 6 nicht durchsetzen. Statt mit flüssigem Wasserstoff und Sauerstoff, wie die Ariane 5, sollte sie hauptsächlich von festen Treibstoffen angetrieben werden – ähnlich den französischen Atomraketen. Als Trostpries wurde den Franzosen immerhin zugestanden, für 157 Millionen Euro ein Konzept für ihre Ariane 6 entwickeln zu dürfen.“

Wörner spricht inzwischen von einem „Scheinkompromiss“, auf den man sich damals eingelassen habe. Sicher ist: Deutschland stand mit seinem Beharren auf der Ariane 5 ME in Europa zuletzt isoliert da. Doch auch Frankreich konnte sich mit seiner kleinen Ariane 6 nicht durchsetzen. Stattdessen wollen die zuständigen Minister der 20 ESA-Staaten bei ihrem nächsten Treffen Anfang Dezember in Luxemburg eine ganz andere Variante beschließen. Sie soll aus einer umgebauten Hauptstufe der alten Ariane 5 bestehen, aus der geplanten

## MAN: Führender deutscher Rüstungsbetrieb

MAN war und ist einer der größten deutschen Rüstungskonzerne und nahm in der Branche immer wieder auch eine strategische Rolle wahr, was sicher auch mit entscheidend war, den deutschen Anteil am Arianeprogramm bei MAN anzusiedeln.

Bereits 1904 lieferte das Augsburger Werk der MAN ihren ersten Schiffsdieselmotor an die kaiserliche Werft in Kiel. Drei Jahre später verkaufte sie an die französische Marine Viertakt-Dieselmotoren mit 300 PS für den Einbau in U-Boote. Während des ersten Kriegsjahres 1914 stellte die MAN vor allem in Augsburg und Nürnberg die Fertigung weitgehend auf Rüstungsaufträge um. Einen Schwerpunkt bildete die Herstellung von Zündern und Geschossen, die bei der MAN in großen Serien gefertigt wurden. Insgesamt produzierte das Unternehmen während des Ersten Weltkrieges rund 934.000 Granaten, 254.000 Minen und fast 2,5 Millionen Zünder. Der Anteil der Rüstungsgeschäfte am Umsatz der MAN stieg während des Ersten Weltkrieges auf etwa 50 % des Umsatzes und die Firma expandierte durch den Krieg von 11.700 auf 22.300 Beschäftigte (ohne Kriegsgefangene).

Das wichtigste Produkt der MAN in dieser Zeit waren U-Boot-Dieselmotoren. Sogar der Krupp-Konzern bestückte seine auf der Germania-Werft gebauten U-Boote mit MAN-Viertakt-Motoren, weil die von Krupp selbst gelieferten Aggregate nicht die Anforderungen erfüllten. Johannes Bähr stellt in seinem Buch „Die MAN: eine deutsche Industriegeschichte“ fest<sup>1</sup>: „Bis Kriegsende stellte die MAN insgesamt 394 U-Boot-Dieselmotoren her. Diese Fertigung war der wichtigste Beitrag der MAN zur deutschen Kriegsrüstung im Ersten Weltkrieg. Ohne die Motoren aus Augsburg wäre der U-Boot-Krieg kaum in dieser Form möglich gewesen.“

Auf Drängen der Heeresverwaltung nahm die MAN 1916 auch die Entwicklung von Motoren für den Flugzeugbau auf, der für die Kriegsrüstung von wachsender Bedeutung war. Zunächst baute die MAN Otto-Motoren des Marktführers Daimler nach. Mitte 1917 wurde der erste von der MAN gebaute Flugzeugmotor abgenommen.

Ab 1915 begann die MAN auch, Lastwagen herzustellen, zunächst in Lindau, dann in Nürnberg. Im Geschäftsjahr 1915/16 stellte MAN-Saurer bereits eine Serie von 123 Fahrzeugen her, wobei

der wichtigste Abnehmer das Kraftwagen-Depot der Heeresverwaltung in München war. Im Auftrag der Heeresverwaltung entwickelte MAN-Saurer auch einen 4-Tonnen-Kettenwagen, der ganz neue Konstruktionen erforderte und erst im Frühjahr 1917 herausgebracht werden konnte.

Otto Meyer baute in der Endphase des 1. Weltkrieges als Direktor der Rumplerwerke in Augsburg in unmittelbarer Nachbarschaft der Messerschmitt-Werke bereits Kampfflugzeuge. Später wurde er Direktor und Vorstand der MAN-Werke, im Faschismus und selbstredend auch nach dem Krieg. Die MAN war ein zentraler Rüstungsbetrieb. Nicht ohne Grund galt der erste Luftangriff der Alliierten über Augsburg während des Zweiten Weltkrieges nicht etwa den Messerschmitt-Werken, sondern der MAN – wie von einem alten Arbeiter und VVN-Mitglied noch zu erfahren war.

1921 kaufte der Actienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb Gutehoffnungshütte (GHH) aus Oberhausen die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG (M.A.N.), wodurch sich die Belegschaft schlagartig auf über 80.000 verdoppelte und zugleich die Grundlage für die spätere Entwicklung zum heutigen MAN-Konzern gelegt wurde.

1933 waren GHH und MAN nach Kräften bemüht, sich eine günstige Ausgangsposition im Rüstungsgeschäft zu sichern. Die Aussicht auf umfangreiche Erträge des Heeres, der Marine und der Luftwaffe ließ die Nachteile in den Hintergrund treten, die sich aus der nationalsozialistischen Politik für das Exportgeschäft des Konzerns ergeben mussten. Die Marine war wiederum einer der wichtigsten Auftraggeber. MAN zählte zusammen mit Krupp und Flick zu den Unternehmen, auf die sich die Rüstungsplanungen des Marinekommandoamts konzentrierten.<sup>2</sup>

Im schon erwähnten Buch von Johannes Bähr werden umfassende Rüstungsvorhaben der MAN seit 1933 geschildert<sup>3</sup>:

„Während das Augsburger Werk Geschäfte mit der Marine machte, hatte sich das Werk Nürnberg entschlossen, den Bau von Panzern aufzunehmen. Schon im Juli 1933 gab die Heeresverwaltung hier Panzer in Auftrag, was eine klare Verletzung des Versailler Vertrages darstellte und deshalb getarnt werden musste. [...] Im Sommer 1934

nahm die MAN die Bearbeitung von Stahlgranaten auf. Bald darauf folgten die Produktion von Zündern und im Frühjahr 1935 der Bau von Geschützen. Auch bei der Luftrüstung wollte die M.A.N. nicht abseits stehen. Schon am 15. August 1933 wurde in einer Besprechung des Vorstands mit Paul Reusch vereinbart, dass sich das Unternehmen beschleunigt um eine Lizenz für den Bau von Flugzeugmotoren bemühen sollte. Reusch schlug vor, in Augsburg Dieselmotoren für Flugzeuge und in Nürnberg Benzinmotoren für Flugzeuge zu bauen.“

Zum Bau von Flugzeugmotoren kam es nicht, aber nach Kriegsbeginn ergaben sich weitere enorme Geschäftsfelder. GHH/MAN wurde nun auch für die Logistik der Kriegsführung und die Wiederherstellung von Verkehrsverbindungen in besetzten Gebieten benötigt. Schon der Überfall der Wehrmacht auf Polen wurde von Brückenbauingenieuren des Konzerns begleitet. Johannes Bähr schreibt<sup>4</sup>:

„Spezialisten aus Gustavsbau bauten die zerstörten Weichselbrücken bei Dirschau wieder auf, ebenso dann die Rheinbrücken zwischen Kehl und Straßburg und andere strategisch wichtige Verbindungen. Nach dem Waffenstillstand im Westen waren die Rheinwerft Walsum der GHH wie auch das M.A.N.-Werk Gustavsbau an der Umrüstung von über 500 Schiffen und Kähnen für die geplante Invasion Englands («Operation Seelöwe») beteiligt. Später baute das Werk Hafenanlagen im besetzten Frankreich aus, und nach dem Angriff auf die Sowjetunion wurden die Brückenbauabteilungen des Konzerns dann auch im Baltikum und in der Ukraine eingesetzt.“

Die hier geschilderten Rüstungsaktivitäten des MAN-Konzerns sind lediglich Schlaglichter auf ein militärisches Gesamtprogramm, das kaum zu ermesen ist. Und damit sind auch die strategische Bedeutung des Konzerns und seine Gefährlichkeit damals wie heute kaum zu ermesen.

Es gibt in der Literatur keinen Überblick über die Gesamtentwicklung der MAN nach 1945 – und schon gar nicht über ihre Militärproduktionen. Stellvertretend für Vieles – auch Unbekanntes – sei hier zum Beispiel die Produktion von Strahltriebwerken für Kampfflugzeuge genannt. Bereits im Oktober 1958 war MAN mit der Gründung der MAN

Turbomotoren GmbH, München, wieder in den Bau von Flugzeugmotoren eingestiegen. 1960 schloss MAN eine Kooperation mit dem führenden britischen Triebwerke-Hersteller Rolls-Royce und begann auch die Zusammenarbeit mit der BMW Triebwerke GmbH, München, an der sich MAN Turbomotoren mit 50 % beteiligte.

Die BMW Flugmotorenbau GmbH wurde bereits 1934 gegründet und baute unter anderem die Motoren für die Junkers JU 52 (BMW 132) und die Focke-Wulf FW 190 (BMW 801). Ab 1942 produzierte BMW auch eines der ersten Serien-Strahltriebwerke der Welt, dessen Technik nach dem Zweiten Weltkrieg richtungsweisend war. Die Gemeinschaftsproduktion von MAN mit BMW im Triebwerkebau bestand zum Beispiel im Bau der Triebwerke für die F 104 G Starfighter in Lizenz von General Electric.

MAN strebte damals in den sechziger Jahren ein größeres Engagement im Triebwerkebau an und wollte eine Mehrheitsbeteiligung der MAN Turbomotoren an BMW Triebwerke. Als sich die Herren Quant als Besitzer von BMW gegen eine Fusion wandten, versuchte sogar das Bundesverteidigungsministerium „auf BMW einzuwirken, den Widerstand gegen eine Fusion der beiden Triebwerkhersteller unter Führung der MAN aufzugeben. Offenbar hoffte man in Bonn, dass ein großer Hersteller mit zentralen Entscheidungsbefugnissen die deutsche Position im expandierenden Triebwerkgeschäft stärken würde.“<sup>5</sup> Die MAN setzte sich letztendlich, mit Unterstützung des Bundesverteidigungsministeriums, durch. Der neue Name des Unternehmens lautete MAN Turbo GmbH.

Natürlich gingen die Geschäfte der MAN auch mit der Marine weiter. Hier sei nur erwähnt, dass bestimmten Gruppen von Arbeitern im Augsburger Werk MAN B&W Diesel jahrelang verboten war, ihren Urlaub im Ausland zu verbringen – wie die Tochter eines dieser Arbeiter verriet.

Auch die militärische Bedeutung der MAN-Trucks ist gewaltig. Das geht bis hin zu Abschussrampen für Marschflugkörper auf MAN-LKWs und Flugabwehr- und Panzerabwehrraketensystemen, bei denen das Waffensystem von EADS euromissile stammt und das Schwerlastfahrzeug von MAN.<sup>6</sup>

Nicht zu vergessen die eminente Bedeutung der MAN-Tochter Ferrostaal, die teilweise als Generalunternehmen

für große deutsche Rüstungsprojekte diente. 1990 erwarb Ferrostaal z. B. die bundeseigene Rüstungs-Holding Deutsche Industrieanlagen GmbH (DIAG) und ihre Tochtergesellschaft Fritz Werner Industrie-Ausrüstungen. Ferrostaal managte zum Beispiel Waffen- und Munitionsfabriken und Waffentechnologie auch für Massenvernichtungswaffen und deren Lieferung etwa in den Irak oder die Türkei.

Über die riesige und geheime Rüstungsanlage im Irak recherchierte das Forum solidarisches und friedliches Augsburg im Jahr 2005<sup>7</sup>:

*„Wahrscheinlich hat Ferrostaal diese Rüstungsanlage auch vorfinanziert. Denn Ferrostaal hat für die MAN die Funktion eines weltweit agierenden Generalunternehmers und Finanziers von Geschäften aller Art, gerade auch ‚sensibler‘ Geschäfte einschließlich großer Rüstungsprojekte. [...] Im Geschäftsbericht 2003 der MAN AG liest sich das so: ‚Ferrostaal, MAN Tochtergesellschaft, weltweit vertretener Anbieter von Industriedienstleistungen, Engineering, Industrieanlagen (auch Finanzierung), Handel mit Stahlprodukten, Maschinen, Infrastrukturausrüstungen, Piping Supply, Vertrieb von Marine- und Handelsschiffen. Insbesondere im Rahmen der German Naval Group die Durchführung von Marineprojekten. Erwähnt wird auch, dass MAN Industriedienstleistungen – spricht Ferrostaal – zur Zeit mit dem Neubau einer U-Boot-Werft für Griechenland befasst ist.*

*Erst jüngst begleiteten Manager von MAN und Ferrostaal den Kanzler auf seiner Golf-Tour. Die Agenturen vermeldeten knapp: ‚Über den Kauf von bis zu fünf deutschen U-Booten verhandelten die VAE mit der MAN-Tochter Ferrostaal, die die Schiffe vermarktet, die von der HDW gebaut würden. Je nach Ausstattung könnten die U-Boote pro Stück mehr als 350 Millionen Euro kosten, hieß es. Die Essener Firma MAN Ferrostaal wird sich mit 420 Millionen US-Dollar am Bau einer Methanolfabrik beteiligen‘ [im Oman, Red.].“*

Nicht zu vergessen die MAN-Tochter Renk, Augsburg, weltweit führender Hersteller militärischer Kettenfahrzeuge (Panzer).

Die Tochterfirma MAN Technologie leistete mit dem Projekt „Booster“ nicht nur einen entscheidenden Beitrag zum Erfolg der europäischen Raumfahrt und der Ariane 5 – wie wir noch sehen werden. MAN Technologie (MT) wurde

zum Beispiel 1986 auch beauftragt mit der Fertigung und Lieferung von 2021 Motorgehäusen für die Patriot-PAC2-Abwehrrakete, der verbesserten Version des Patriot-Systems. So heißt es in dem Artikel „PATRIOT-Motorgehäuse“ von Ludwig Röhl<sup>8</sup>:

*„Ausschlaggebend für die Beauftragung war vor allem das bei der MT vorhandene Drückwalz-Know-how aus der Fertigung der Gasultrazentrifugen. Voraussetzung für das Wirksamwerden des Vertrags war die ‚Produktlinien Qualifikation‘ der MT nach den Vorgaben der US Armee. Die MT erreichte diese Qualifikation problemlos. [...] Danach erfolgte das Hochfahren der Produktion [in Augsburg, Red.] auf die maximale monatliche Kadenz von 50 Motorgehäusen. Die letzte Auslieferung erfolgte plangemäß Mitte 1992.“*

Die hier erwähnte MAN Technologie (MT) entstand ursprünglich aus MAN Neue Technologie, die 1965 als Zentralbereich der MAN AG für Forschung und Entwicklung gebildet wurde. Seit 1971 ist MAN Technologie am Raumfahrtprojekt Europa Ariane beteiligt. Im Dezember 1979 startet die erste Ariane 1 mit Augsburger Beteiligung. 1986 erfolgt die Gründung der MAN Technologie GmbH als Tochtergesellschaft der MAN. MAN Technologie ist von Beginn an an der Entwicklung der Ariane 5 beteiligt. Im gleichen Jahr 1986 beginnt auch die Entwicklung von Boostern für das Raketensystem Ariane.

## Anmerkungen

- 1 Bähr, Johannes, Ralf Banken, und Thomas Flemming. Die MAN: eine deutsche Industriegeschichte. C.H.Beck, 2008.
- 2 Nach: Bähr, Die MAN, a. a. O.
- 3 Ebd.
- 4 Ebd.
- 5 Ebd.
- 6 s. hierzu ein kurzer, bebildeter Streifzug auf [http://www.forumaugsburg.de/s\\_5region/Bezirk/050305\\_unternehmer/index.htm](http://www.forumaugsburg.de/s_5region/Bezirk/050305_unternehmer/index.htm)
- 7 Schwabens Firmen setzen auf Bush!?, [Forum solidarisches und friedliches Augsburg](http://www.forumaugsburg.de/s_5region/Bezirk/050305_unternehmer/index.htm), 5.3.2005
- 8 Ludwig Röhl, PATRIOT-Motorgehäuse, in: Hansen, Hans-Georg, und Horst Rauck (Hg.). Von Ideen und Erfolgen. 40 Jahre MAN Technologie. Dasing: Paartal-Verl., 2008.



und in Deutschland entwickelten Oberstufe der 5 ME und aus zwei oder vier Feststoffraketen, die von der kleinen europäischen Vega-Rakete geborgt werden. [...] Ob sich damit die künftigen Herausforderungen meistern lassen oder durch das neue Konzept in erster Linie ESA-Staaten mit Industrieaufträgen bedacht werden sollten, muss sich erst noch zeigen. „Das Ergebnis ist auf jeden Fall gut für uns“, meint Wörner.“

Hier wird vom Spiegel angedeutet, dass die Franzosen eine Variante der Ariane 6 anstrebten, die „hauptsächlich von festen Treibstoffen angetrieben ... [wird] – ähnlich den französischen Atomraketen.“ Auch hier also wieder ein Verweis auf die französischen Atomraketen, ohne konkret zu werden. Immerhin wurde aus dem „Trostpreis“ von 157 Millionen für die Ariane 6 auf dem ESA-Gipfel 2014 eine Zusage der Minister der Mitgliedstaaten der Europäischen Weltraumagentur von rund vier Mrd. Euro für die Entwicklung der Ariane 6. Damit fließt viel Staatsgeld in die Trägerrakete und wichtige Komponenten wie die Booster.

Es ist schon auffallend, welche herausragende Rolle die Booster, die eigentlich ja nur Hilfsraketen sind, in der Diskussion um die Ariane 6 spielen. Die Wichtigkeit, die den Boostern beigemessen wird, scheint darauf hinzuweisen, dass sie noch eine andere wichtige Funktion – eben für die französische Marine – haben, die öffentlich nicht erörtert wird.<sup>8</sup>

### Vorgeschichte: Ariane und französisches Atomprogramm

Schon die Ariane 1, die 1979 erstmals startete, beruhte auf den jahrelangen Erfahrungen Frankreichs bei der Trägerraketenentwicklung und beim Bau verschiedener militärischer und Höhenforschungsraketen, die in der dreistufigen Diamant mündeten, Frankreichs eigener Trägerrakete. Die Triebwerke für diese Raketen wurden federführend von Heinz Springer entwickelt. „Er verdiente sich seine ersten Sporen noch bei Wernher v. Braun in Peenemünde“, schreibt die ESA ungeniert.<sup>9</sup> Diese Triebwerke des NS-Ingenieurs wurden dann auch in der Ariane 1 verwendet.

Ab Ariane 3 kamen bereits Booster zum Einsatz. Verschiedene Varianten der Ariane 4 waren jeweils mit zwei oder vier Boostern mit Fest- bzw. Flüssigtreibstoff ausgerüstet und kamen zwischen 1988 und 2003 zum Einsatz. Die Kapazitätslücke zum Start mittelschwerer Kommunikationssatelliten wurde danach zunächst mit der russischen Sojus (seit Ende 2010) abgedeckt.

Die MAN Technologie AG (MT) war von Anfang an dabei, zunächst bei der Ariane 1- 4 noch mit der Ariane-Fertigungsstätte der Dasa in Oberpfaffenhofen, die MT übernahm. Klaus-Dieter Naumann schreibt<sup>10</sup>: „Der Unternehmensbereich ‚Neue Technologie (NT)‘ der MAN AG hatte Ende der 1970er Jahre, aufbauend auf ihrer Erfahrung für die Simulation von Stufen-trennungs-Vorgängen bei parallelgestuften Trägerraketen, ein Konzept zur Leistungssteigerung der Ariane durch Booster erarbeitet.“

Die französische Société Européenne de Propulsion (SEP) und die Vermarktungsgesellschaft Arianespace SA übernahmen die Vorschläge von MAN Technologie zur Produktion von Boostern. Auftraggeber von MAN Technologie war damals bis einschließlich der Booster für Ariane 5 die französische SEP. Man kann also davon ausgehen, dass MT Aerospace mit seinem Booster-Vorschlag auch Entwicklung und Bau einer Nuklearrakete für Frankreich bezweckte oder zumindest beförderte.

Parallel dazu wurden seit 1997 die ersten interkontinentalen

Raketen auf U-Booten der französischen Marine stationiert. Die M45 nennen sich SLBM (Submarine-launched ballistic missile) oder MSBS (Mer-Sol-Balistique-Stratégique). Frankreich unterhält vier Atom-U-Boote mit Raketenstartrampen. Jedes dieser U-Boote verfügt über 16 Raketen, derzeit noch vom Typ M45 mit jeweils bis zu sechs autonomen Atom-sprengköpfen (MIRV).<sup>11</sup>

Der Hersteller der M45 ist laut dem englischen Wikipedia Aerospatiale (1996-2000) jetzt EADS SPACE Transport.<sup>12</sup> Der französische Luftfahrt- und Rüstungskonzern Aerospatiale, genauer Société Nationale Industrielle Aérospatiale (SNIAS), war ein Hersteller von zivilen und militärischen Flugzeugen, Raketen und Hubschraubern. Er fusionierte 1998 mit Matra Haut Technologie zu Aérospatiale-Matra. Am 10. Juli 2000 fusionierte Aérospatiale-Matra schließlich mit der deutschen DaimlerChrysler Aerospace AG (DASA) und der spanischen Construcciones Aeronáuticas SA (CASA) zur European Aeronautic Defence and Space Company (EADS).

Laut dem deutschen Wikipedia war der Hersteller der ballistischen Nuklearrakete M45 EADS Astrium, Frankreich.<sup>13</sup> Dies gilt ab dem Jahr 2000, als Astrium als 100-prozentige Tochtergesellschaft der EADS, spezialisiert auf zivile und militärische Raumfahrtssysteme, mit Sitz in Paris gegründet wurde. Die Rechtsform wird mit SARL angegeben, also Société à responsabilité limitée, eine Rechtsform für haftungsbeschränkte Gesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit in Frankreich.

Astrium gliederte sich in drei Geschäftsfelder, nämlich Astrium Satellites, Astrium Services (unter anderem Entwicklung und Lieferung satellitenbasierter Dienstleistungen für militärische und kommerzielle Zwecke) und Astrium Space Transportation (AST) für Trägerraketen und Weltraum-Infrastrukturen.

Als Produktpalette der Astrium Space Transportation wird bei Wikipedia u. a. angegeben: Trägerraketen (kommerziell und militärisch, einschließlich für die französischen strategischen Seestreitkräfte – FOST): Ariane (Rakete).<sup>14</sup>

### EADS übernimmt das französische Raketenprogramm

Zentral bei all dem ist, dass die ballistische Nuklearrakete M45 noch eine französische Entwicklung war. Aber spätestens ab dem Jahr 2000 ging das militärische Raketenprogramm Frankreichs über Astrium in der EADS auf. In der Firma Astrium organisierten die Länder Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Spanien und die Niederlande wesentliche kommerzielle und militärische Kapazitäten in der Raumfahrt. 2011 hatte Astrium bereits fast 17.000 Mitarbeiter und einen Umsatz von 5 Mrd. Euro.

Der Eintrag über Astrium im englischen Wikipedia wird noch etwas genauer: „The Space Transportation company is the prime contractor for the Ariane 5 launcher [...]. It also builds launchers for the French nuclear missile program ..., such as the M51 SLBM.“<sup>15</sup> Hier wird also erstmals die berüchtigte M51 SLBM (Submarine-launched ballistic missile, U-Boot gestützte ballistische Rakete) erwähnt und ihre Rolle als Trägerrakete für die französischen Nuklearwaffen. In einem eigenen Wikipedia-Eintrag zu Astrium Space Transportation heißt es dann unverblümt<sup>16</sup>:

„Astrium Space Transportation war zudem Hersteller von U-Boot gestützten Trägersystemen (siehe M51 SLBM) für Nuklearsprengköpfe der französischen Streitkräfte.

Rund 4400 Mitarbeiter waren für Space Transportation in

Frankreich (Les Mureaux bei Paris, Saint-Médard-en-Jalles bei Bordeaux) und in Deutschland (Ottobrunn bei München, Lampoldshausen bei Heilbronn, Immenstaad bei Friedrichshafen und Bremen) tätig.

EADS Astrium Space Transportation wurde geleitet vom CEO Alain Charneau.

Astrium und ihre Unternehmensbereiche wurden im Januar 2014 mit Cassidian und Airbus Military zusammengelegt, und firmiert seitdem als neue Airbus-Sparte Airbus Defence and Space, deren Hauptsitz in München ist.“

Im Wikipedia-Eintrag über die Force de frappe heißt es über die ballistischen Raketen M45 und das Nachfolgesystem M51<sup>17</sup>:

„Als seegestützte Trägermittel dienen seit 1971 atombetriebene U-Boote, die Force océanique stratégique (FOST), die mit SLBMs bestückt sind; gegenwärtig die Triomphant-Klasse. Frankreich unterhält insgesamt vier sous-marin nucléaire lanceur d'engins (SNLE, deutsch: Atom-U-Boot mit Raketenstrampfen), von denen zwei ständig auf hoher See einsatzbereit gehalten werden. Jedes dieser U-Boote verfügt über 16 Raketen, derzeit noch vom Typ M45 mit jeweils bis zu sechs autonomen Atomsprenköpfen (MIRV) und einer Reichweite von 6000 Kilometern.

Nach der Indienststellung der „unterseeischen Raketenab-schussrampen“ Le Triomphant 1997 und Le Téméraire Ende 1999 soll die Technologie offenbar auf diesem Feld besonders vorangetrieben werden. Ende 2004 wurde Le Vigilant den Streitkräften übergeben. Bis 2010 sollte die Raketenserie M51 auf dem am 21. März 2008 vom Stapel gelaufenen U-Boot Le Terrible einsatzbereit sein. Die M51 soll eine Reichweite von 8.000 Kilometern haben. Der erste seegestützte Testschuss fand am 27. Januar 2010 statt.“

Es scheint unklar, ob die M51 schon im Einsatz ist. Bei Wikipedia heißt es lediglich, dass die Raketenserie M51 bis 2010 einsatzbereit sein soll. Eigenartigerweise wurde der Wikipedia-Eintrag zur Force de frappe im Juli 2017 aktualisiert, ohne zum Einsatz der M51 Genaueres zu sagen. Nach verschiedenen anderen Quellen wurde die Rakete im Jahr 2010 in Betrieb genommen.

EADS veröffentlichte in seinen Neun-Monats-Ergebnissen 2010: „Im Sommer absolvierte die M51 erfolgreich ihren Abnahmeflug“.<sup>18</sup> In seinen Ergebnissen für das Geschäftsjahr 2010 gab EADS den „Auslieferungsbeginn des ballistischen Flugkörpers M51 für die französische Marine“ bekannt.<sup>19</sup> Für das Jahr 2014 konnte Airbus Defence and Space bereits den Vertrag mit den französischen Streitkräften über das Modell M51.3 der Rakete bekanntgeben.<sup>20</sup> Zum Schluss sei noch auf die fürchterliche strategische Bedeutung von Submarine-launched ballistic missiles SLBM hingewiesen. Sie bieten auch die Option zu einem atomaren Erstschatz:

„SLBMs hatten eine große strategische Bedeutung während des Kalten Krieges. Bis heute dienen Atom-U-Boote zur nuklearen Abschreckung. Die Position dieser Schiffe ist trotz modernster Ortungsgeräte, beispielsweise durch Unterwassermikrophone (SOSUS), Magnetsonden und Satelliten nur schwer auszumachen und die Beweglichkeit gewährt die Option, dass nicht alle SLBM mitführende U-Boote durch den Gegner ausgeschaltet werden können. So bietet eine strategische U-Boot-Flotte die Option, einen atomaren Erstschatz und vor allem einen erfolgreichen Zweitschatz bzw. Gegenschlag führen zu können.“<sup>21</sup>



Das Boostergehäuse aus Carbonfasern für die Ariane 6 wurde beim DLR Stuttgart und Augsburg in Kooperation mit MT Aerospace entwickelt und gefertigt. Foto: 2015-07-01.

Quelle: DLR (CC-BY 3.0)

## Anmerkungen

- 1 „Airbus Safran Launchers und ESA unterzeichnen Bestätigung des Ariane-6-Programms“. [Ariane Group](#), 9. November 2016.
- 2 Andrea Wenzel. „Aerospace: Großauftrag sichert Jobs. 170 Millionen Euro für Entwicklung von Ariane-6-Bauteilen“, [Augsburger Allgemeine](#), 26.6.2017
- 3 „CFK-Booster für Ariane 6 erfolgreich getestet“. [Wirtschaftsportal Augsburg](#), Stadt Augsburg, 25. Juli 2017.
- 4 „Feststoffraketentriebwerk“. [Wikipedia](#), 18. Februar 2017.
- 5 Nach: esa. „20 Jahre Ariane-5-Booster-Fertigung in Augsburg“. [European Space Agency](#), 16. Oktober 2008.
- 6 Christoph Seidler. „ESA-Gipfel: Durchbruch auf der Raumfahrt-konferenz“. [Spiegel Online](#), 21. November 2012.
- 7 Stirn, Alexander. „Raumfahrt: Der Kuhhandel um Europas neue Rakete Ariane 6“. [Spiegel Online](#), 24. November 2014.
- 8 Siehe nur den Wikipedia Eintrag über die Ariane 6 „Ariane 6“. [Wikipedia](#), 12. Juni 2017.
- 9 ESA. „Vor 30 Jahren: Die erste Ariane hebt ab“. [European Space Agency](#). Zugegriffen 21. August 2017.
- 10 Klaus-Dieter Naumann, Ariane 3 und 4. Befestigung-, Trenn- und Abwurfmechanismen, in: Hansen, Hans-Georg, und Horst Rauck (Herausgeber). Von Ideen und Erfolgen. 40 Jahre MAN Technologie. Dasing: Paartal-Verl., 2008.
- 11 „Force de frappe“. [Wikipedia](#), 15. Juli 2017.
- 12 „M45 (Missile)“. [Wikipedia](#), 12. August 2017.
- 13 „M 45 (MSBS)“. [Wikipedia](#), 4. Juli 2017.
- 14 „Astrium“. [Wikipedia](#), 17. Oktober 2015.
- 15 „Astrium“. [Wikipedia](#), 15. August 2017.
- 16 „Astrium Space Transportation“. [Wikipedia](#), 2. Januar 2016.
- 17 „Force de frappe“. [Wikipedia](#), 15. Juli 2017.
- 18 „EADS veröffentlicht Neun-Monats-Ergebnisse 2010“. [Airbus](#), 11. November 2010.
- 19 Zu den Meilensteinen des Jahres 2010 zählte der Auslieferungsbeginn des ballistischen Flugkörpers M51 für die französische Marine. Zudem starteten in diesem Jahr zehn von Astrium gebaute Satelliten ins All und wurden erfolgreich in Betrieb genommen. Die Ariane 5 hob im Jahr 2010 sechsmal ab und verzeichnete dabei den 41. erfolgreichen Start in Serie. Das EBIT\* stieg um acht Prozent auf € 283 Mio. (2009: € 261 Mio.). Der Anstieg wurde getragen durch Wachstum und Produktivität im Verteidigungsbereich sowie durch operative Verbesserungen im institutionellen Geschäft. Siehe „Von Stabilisierung zu Wachstum: EADS veröffentlicht Ergebnisse für das Geschäftsjahr 2010“. [Airbus](#), 8. März 2011.
- 20 „Airbus Defence and Space: 2014 – a year full of successes“. [Airbus](#), 21. Januar 2015.
- 21 „Submarine-launched ballistic missile“. [Wikipedia](#), 19. Juni 2017.

# Vergrenzungsprozesse in Niger

## Militarisierung und Neokolonialisierung entlang vorverlagerter EU-Außengrenzen

von Jacqueline Andres

Im Jahr 2015 erhob die EU die Migrationsbekämpfung zum offiziellen Fokus ihrer Außenpolitik und heiligte mit diesem Ziel anscheinend sämtliche Mittel. Die EU verlagert die eigenen Außengrenzen mit Hilfe von Technologietransfer, politischem Druck und der Ausbildungs- und Ausstattungshilfe lokaler Sicherheitskräfte immer tiefer in die Sahelregion vor. Die Bundesregierung spielt in dieser Entwicklung sowohl in der Finanzierung als auch in der Gestaltung solcher Maßnahmen schon länger eine führende Rolle. Einen besonderen Stellenwert nimmt in dieser Region der Staat Niger ein, wo sich besonders die Wüstenstadt Agadez zu einem zentralen Ort des Transits entwickelte. Die libysche Einheitsregierung hat keinerlei Kontrolle über die südlichen Grenzen, wodurch die EU-Mitgliedsstaaten immer wieder versuchen, die Migration nach Libyen auszubremsen. Da ein Großteil derer, die von der libyschen Küste gen Europa aufbrechen, zuvor Agadez passieren, zählt zu diesen Akteuren auch die nigrische Regierung, die neben der EU-Mission EUCAP Sahel Niger noch in weitere Prozesse der EU-auferlegten Migrationsbekämpfung eingebunden ist. Dies hat schwerwiegende Folgen für ein Land mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von 886\$<sup>1</sup> und einer Analphabetismusquote von 70% unter Erwachsenen.<sup>2</sup>

### Ausstattung und Aufrüstung durch die Bundesregierung

Das Auswärtige Amt finanzierte im Rahmen der bereits 2013 in der Sahelregion gestarteten Einzelmaßnahme „Aufbau und Ausstattung von Grenzpolizeistationen zur Sicherung eines ordnungsgemäßen Grenzverkehrs“ drei Grenzstationen zwischen Niger und Nigeria – weitere sechs entstanden durch die Kofinanzierung der EU und erhielten allesamt Möbel und jeweils ein Fahrzeug.<sup>3</sup> Im vom Auswärtigen Amt in Auftrag gegebenen und von der GIZ umgesetzten Projekt „Unterstützung des Grenzprogramms der Afrikanischen Union“ wurden an Burkina Faso, Mali und Niger Geländewagen, Computer, Drucker und GPS-Geräte zur Grenzvermessung und Baumaterial zur Errichtung von Grenzsteinen geliefert.<sup>5</sup>

Erst im Jahr 2017 wurden die Sahelstaaten Niger, Tschad und Mali neben Nigeria, Irak, Jordanien, Libanon und Tunesien in die Ertüchtigungsinitiative der Bundeswehr eingegliedert.<sup>6</sup> Seit Januar 2017 bildet ein in der nigrischen Hauptstadt Niamey stationierter Verbindungsoffizier der Bundeswehr eine direkte Verbindung zur nigrischen Regierung und setzt die im Rahmen der Ertüchtigungsinitiative getroffenen Entscheidungen um. Dazu zählt auch das von der Bundeskanzlerin im Oktober 2016 bei ihrem ersten Staatsbesuch in Niger gegebene Versprechen: Ausstattung der Streitkräfte. Die 100 Pick-Ups, 115 Motorräder und 55 Satellitentelefone zahlt die Bundesregierung im Rahmen der Ertüchtigungsinitiative. Die Lieferung von insgesamt 53 Lastkraftwagen und logistischen Spezialfahrzeugen für ein Logistikbattalion steht noch aus.<sup>7</sup> Weitere Aufgaben beinhalten u.a. die Renovierung der für rund 50 Soldaten ausgelegten Unteroffiziersschule der nigrischen Streitkräfte in

Agadez, wo im kommenden Jahr 200 Soldat\_innen ausgebildet werden sollen. Bei dem 19. Deutsch-Französischen Ministerrat am 13. Juli 2017 beschlossen beide Regierungen, „Experten bereit[zu]stellen, um die Gründung einer regionalen Schule zur Ausbildung von Führungskräften für innere Sicherheit in einem Sahel-Land zu unterstützen und damit den Kampf gegen die Netzwerke der illegalen Zuwanderung und des Menschenhandels zu verstärken und zur Entwicklung der operativen Kapazitäten in der Region beizutragen“. Einen weiteren Beitrag dazu wollen beide Länder durch ihre Unterstützung der neuen Militäreinheit der G5 Sahelstaaten leisten – auch durch die Lieferung von Rüstung und Munition. Die EU zahlt bereits 50 Mio. Euro an diese Joint Force der G5 Sahelstaaten, die aus Militärdiktaturen sowie „Armeen mit Putsch Erfahrung und reichhaltiger Geschichte ethnischer Diskriminierung“<sup>8</sup> bestehen. Deutschland finanziert die Renovierungsarbeiten des Luftwaffenstützpunkts in Niamey und der Landebahn in Gao.<sup>9</sup> Diese Investition wird auch der Bundeswehr zu Gute kommen, die seit einigen Monaten in Niamey einen Lufttransportstützpunkt für den Transport von Material, Truppen und Verletzten von und nach Mali betreibt, wo die Bundeswehr vor allem durch Aufklärungs- und Lufttransporttätigkeiten in die UN-Mission Minusma eingebunden ist. Dieser Stützpunkt liegt nur 400km weit entfernt vom Bundeswehr-Camp Castor bei der malischen Stadt Gao.<sup>10</sup>

Doch die Stärkung des Sicherheitssektors zur Bekämpfung von Terrorismus und illegalisierter Migration bringt alles andere als Sicherheit. Im Mai erfolgte eine erste Attacke auf einen nigrischen Grenzposten der Grenze zu Burkina Faso, bei der Waffen und Munition entwendet wurden. Bei dem Angriff starben zwei Polizisten und eine Person aus der Elfenbeinküste. Laut dem Präfekt handele es um einen Migranten, der gerade einer Identitätsprüfung ausgesetzt war und vermutlich abgewiesen worden wäre.<sup>11</sup> Im Juli, nur wenige Tage nach der Gründung der G5 Joint Force, erschoss die nigrische Armee im Süden des Landes vierzehn Bauern, die sie für Angehörige der Boko Haram hielten.<sup>12</sup>

### Politischer Druck beeinflusst lokale Justizstrukturen

1979 beschloss die wenige Jahre zuvor gegründete Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS die Abschaffung der Visapflicht zur Ermöglichung eines freieren Personenverkehrs innerhalb ihrer Mitgliedsstaaten. Das damalige Ziel der Mobilitäts erleichterung wird durch die Migrationspolitik der EU torpediert. Im Jahr 2015 verabschiedete die nigrische Regierung laut Hassan Boukar vom Journalistenverband Alternativen Bürgernetzwerk Niger auf Druck der EU ohne Miteinbeziehung der Zivilgesellschaft, ein Gesetz gegen Menschen schmuggel<sup>13</sup>. Zur Durchsetzung dieses Gesetzes und zur „Grenzsicherung“ intensivierte die EU ihre Aufrüstungs- und Ausbildungsmaßnahmen lokaler Sicherheitskräfte. Die Programmkoordinatorin der IOM, Marina Schramm, führt die vermehrten Patrouillen der nigrische Soldat\_innen an den Was-

serstellen entlang des Weges zwischen Agadez und Libyen sogar auf die im Rahmen von Merkels Besuchs im Jahr 2016 geäußerten millionenschweren Hilfsangebote zur Stärkung der nigrischen Streitkräfte zurück. Diese Patrouillen können entweder bestochen oder gemieden werden.<sup>14</sup> Sie zu meiden hat oftmals tödliche Folgen: Allein die IOM rettete zwischen April und August 2017 rund 1.000 Migrant\_innen in dem Wüstengebiet im Norden Nigers.<sup>15</sup> Die Fahrt durch die Wüste wird zunehmend gefährlich, da die Fahrer\_innen oftmals abgelegene Wege suchen, um eine Begegnung mit dem Militär zu vermeiden. Migrant\_innen berichteten vergangenen Juni, ihre Fahrer hätten sie bei der Sichtung eines Sicherheitsfahrzeugs in der

Nähe der Stadt Seguedine gezwungen, den LKW zu verlassen. Die Fahrer flohen und nur 23 der 75 Passagiere überlebten.<sup>16</sup> Das Straßennetzwerk Nigers bietet wenige Alternativen zu den unsicheren Pisten, um einer Kontrolle zu entgehen. Laut dem CIA World Factbook waren bis 2010 nur etwa 4.000 km des insgesamt rund 19.000 km großen Straßennetzwerks befestigt.<sup>17</sup>

Bei dem 19. Deutsch-Französischen Ministerratstreffen, beschlossen beide Länder ihren Einflussraum in den afrikanischen Staatsapparaten zu erweitern. Deutlich wird dies u.a. in der erklärten Absicht, die „Synergien zwischen Netzwerken der deutschen und französischen Verbindungsoffiziere im Maghreb und in den Sahel-Ländern im Bereich der Grenzverwaltung, der Bekämpfung illegaler Migration und der Rückkehr“ zu stärken. Zudem soll die bereits in Niger aktive gemeinsame spanisch-französische Ermittlungsgruppe (ECI) mit dem Ziel der „Bekämpfung des Terrorismus, illegalisierter Migration und organisierter Kriminalität“ auf den Tschad und weitere G5 Staaten ausgeweitet werden. Letzteres wurde bereits auf dem Gipfeltreffen zu Migration in Paris am 28. August 2017 eingebracht und beschlossen. Dort trafen sich die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und die Staatsoberhäupter aus Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien sowie Libyen, Niger und Tschad, um weitere „gemeinsame“ Maßnahmen zu beschließen. Das Aufgabenspektrum des ECI beinhaltet ab jetzt die Kooperation mit den nigrischen und tschadischen Regierungen im Bereich der Überwachung und Aufdeckung finanzieller Netzwerke der Schmuggler\_innen, den vorgesehenen Ausbildungsmaßnahmen im Strafverfahren und der Unterstützung des jeweiligen Justizministeriums.<sup>18</sup>

### Militarisierte EU-Entwicklungshilfe

Bereits im Jahr 2016 schlug die EU-Kommission auf Drängen von zehn Mitgliedsstaaten eine Änderung der Regulation des Instruments für Stabilität und Frieden (IcSP) vor, welches nicht mehr nur zivile Konfliktbearbeitung finanzieren sollte, sondern auch Ertüchtigungsinitiativen von Sicherheits- und Militärakteuren. Dazu sollte das IcSP um 100 Millionen Euro aufgestockt werden, die aus dem Instrument für Entwicklungszusammenarbeit (DCI) der EU – einem offiziell für die



Soldat\_innen der nigrischen Armee bei der Militärübung Flint Outlook mit dem US-Militär.  
Quelle: The Us Army via Flickr

Armutsbekämpfung angedachten Funds – gezahlt werden könnten. Bisher verhindert der Artikel 41 Paragraph 42 des Vertrags der Europäischen Union die Finanzierung von „Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen“. Am 14. September gab das EU-Parlament grünes Licht für Verhandlungen über die Erweiterung des IcSP. Noch steht eine Einigung zwischen dem Parlament und dem Rat aus, die für das Inkrafttreten der von der EU-Kommission angestoßenen Reform notwendig ist.<sup>19</sup>

Abgesehen von dieser bevorstehenden Öffnung des IcSP zur Finanzierung militärischer Maßnahmen, strukturiert die EU seit Jahren ihre Entwicklungshilfe langsam um. Selbst wenn diese nie uneigennützig erteilt wurde, nimmt die Instrumentalisierung zur Durchsetzung von politischen Zielen der EU stetig neue Dimensionen an. Aufschlussreich ist auch die genauere Betrachtung des zur Migrationsbekämpfung geschaffenen Europäischen Treuhandfonds für Afrika (EUTF). In einer Studie mit dem aussagekräftigen Titel „Misplaced Trust: Diverting EU Aid to stop Migration“ zeichnen die Global Health Advocates nach, wie die Ausrichtung der europäischen Entwicklungshilfe zunehmend von der Migrationsbekämpfung gelenkt wird. Während die Europäische Kommission noch im Jahr 2013 darauf pochte, Entwicklungshilfe könne nicht der Migrationspolitik untergeordnet sein, so versuchte sie schon 2015 nicht einmal mehr, diesen Schein zumindest diskursiv aufrechtzuhalten, sondern erklärte offen, sie verfolge einen Ansatz, der die Kooperation mit strategischen Partnern durch Anreize stärken soll.<sup>20</sup> Ähnlich äußerte sich der Kommissionsvize Frans Timmermans, als er die ab 2016 gültige Afrika-Politik als „Mischung aus positiven und negativen Anreizen“<sup>21</sup> beschrieb, die eine erhöhte Kooperation von Drittländern in Bezug auf Migrationspolitik erwirken soll. Entgegen der gängigen EU Praxis bei Entwicklungshilfeprojekten entscheiden EU-Delegationen über die Projekte, welche selbst nicht öffentlich ausgeschrieben werden und in denen die betroffenen afrikanischen Staaten nur eine Beobachterrolle einnehmen dürfen. Daher überrascht es kaum, dass in Staaten wie Niger z.B. drei Viertel der durch EUTF finanzierten Projekte in den Bereichen „Migrationsmanagement“ und „Governance“ umgesetzt werden. Das EUTF-Budget für Niger sieht für den Zeitraum von 2014-2020 190 Millionen Euro vor, eine

beachtliche Summe für die nigrische Staatskasse. Laut einem Repräsentanten einer nigrischen Entwicklungshilfeagentur seien die Gespräche über Entwicklung Geiseln des politischen Dialogs über Migration. Dem schließen sich auch fünfzehn Bürgermeister der Region von Agadez in einer gemeinsam verfassten Erklärung an. Darin betonen sie einerseits, von den Entwicklungshilfeprojekten der EU ausgeschlossen zu werden und weisen andererseits auf die Kurzsichtigkeit der EU-Projekte hin, die sich gegen die erst kürzlich auf Druck der EU illegalisierte Migration richten ohne nennenswerte alternative Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Das EUTF trägt zudem zu vermehrten Ausgaben der afrikanischen Staatshaushalte für den Sicherheitssektor bei – auf Kosten der sozialen Ausgaben, u.a. für das Bildungs- und Gesundheitswesen.<sup>22</sup> So beschreibt der Minister Rhissa Ag Boula, dass der Verteidigungshaushalt innerhalb der letzten vier Jahre um ein Zehnfaches angestiegen sei – und zwar auf Kosten des Bildungssektors.<sup>23</sup> Die EU zwingt den Niger, mehr für Sicherheitskräfte auszugeben, während die Regierung Lehrer\_innen nicht bezahlen kann oder will. Die wenigen Projekte zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, die vom EUTF durchgeführt werden, konzentrieren sich auf Landwirtschaft, was nach Sophia Wolpers von der Universität Amsterdam keinen Sinn ergibt, denn einerseits erschwert die voranschreitende Desertifikation den Anbau und andererseits sei der Versuch, Einwohner\_innen des von Handel geprägten Agadez in Landwirt\_innen zu verwandeln nicht erfolgversprechend.<sup>24</sup>

## Aspekte der Neokolonialisierung

„Wenn wir diese beeindruckende Militärstationierung in dieser Region betrachten, fragt man sich, ob es sich einen Versuch der Rekolonialisierung handelt“, sagte M., ein nigerischer Arbeiter auf einem US-amerikanischen Drohnenstützpunkt, in einem Interview mit der französischen Zeitung Liberation vergangenen Januar.<sup>25</sup> Tatsächlich enthüllen manche Kommentare von offizieller Seite, wie kolonial die Denkweise vieler führender Politiker\_innen der EU ist. So erklärte der französische Präsident Macron im Rahmen einer Pressekonferenz beim G20-Gipfel in Hamburg einem Journalisten aus der Elfenbeinküste bezüglich des Marshall-Plans für Afrika, „die Probleme, mit denen Afrika heute konfrontiert ist, sind vollkommen anders [...] und sie sind zivilisatorischer Natur“<sup>26</sup>. Die EU setzt sich im Endeffekt auch nur aus ihren Mitgliedsstaaten und den dort geführten – oft auch rechts populistischen – Diskursen zusammen, die mit Leichtigkeit in die Brüsseler Verhandlungsräume eindringen. Mit ihren Ertüchtigungsinitiativen, der Anwendung von politischen Druck und einer militarisierten Entwicklungshilfe formen die EU und besonders auch die Bundesregierung die Politik in zahlreichen Herkunfts- und Transitländern um, und treten immer offener als koloniale Akteure auf, die das Militär zur Patentlösung erkoren haben. Dies macht den Widerstand gegen die EU-Migrationspolitik umso dringlicher, um das Sterben in der Wüste und im Meer zu stoppen. Das nächste Treffen zwischen Deutschland und Frankreich zur weiteren Ausarbeitung ihrer Migrationsbekämpfung findet am 10. Oktober in Berlin statt.

## Anmerkungen

- 1 United Nations Development Programme: Table 1: Human Development Index and its components, [hdr.undp.org](http://hdr.undp.org).
- 2 Auswärtiges Amt: Kultur und Bildung, [auswaertiges-amt.de](http://auswaertiges-amt.de),

März 2017.

- 3 Deutscher Bundestag: Drucksache 18/5895, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrej Hunko, Ulla Jelpke, Wolfgang Gehrcke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Unterstützung von sicherheitspolitischen EU-Projekten in der Sahel-Region, [dipbt.bundestag.de](http://dipbt.bundestag.de), 01.09.2015.
- 4 Diese Einzelmaßnahme umfasste u.a. ebenfalls die Errichtung einer Grenzstation zwischen Tschad und Kamerun, inklusive ihrer Ausstattung mit Möbeln. In Mauretanien beinhaltete die Maßnahme den Bau dreier Grenzstationen, die neben Mobilar auch Solarpanels und Computer erhielten. Auch Ausbildungsprogramme zum Grenzschutz der lokalen Sicherheitskräfte waren Teil dieser Maßnahme. Im Rahmen des Projekts „Aufbau einer Kriminaldatenbank zur Identifizierung von Straftätern“ wurden zum einen mechanische Fingerabdrucksets an insgesamt 50 Kommissariate in Mauretanien verteilt und mindestens je zwei Beamte im Umgang damit geschult.
- 5 Drucksache 18/5895.
- 6 Bundeswehr: Die Stabilisierungsmission in Mali (MINUSMA), [einsatz.bundeswehr.de](http://einsatz.bundeswehr.de), 29.06.17.
- 7 Bundesverteidigungsministerium: 53 Fahrzeuge für Nigers Streitkräfte, [bmvg.de](http://bmvg.de), 22.09.2017.
- 8 Christoph Marischka: Sahel: völkerrechtsfreie Zone per UN-Resolution, IMI-Standpunkt 2017/18, [imi-online.de](http://imi-online.de), 03.07.2017.
- 9 EEAS: Options paper for CSDP support to the G5 Sahel Joint Force, [ffm-online.org](http://ffm-online.org), 28.07.2017.
- 10 Bundeswehr: Die Stabilisierungsmission in Mali (MINUSMA), [einsatz.bundeswehr.de](http://einsatz.bundeswehr.de), 29.06.17.
- 11 Niger. Trois morts dans l'attaque d'un poste de police à la frontière burkinabè, [rfi.fr](http://rfi.fr), 30.05.2017.
- 12 Niger. L'armée confond des paysans avec des jihadistes de Boko Haram et les tue, [jeuneafrique.com](http://jeuneafrique.com), 06.07.2017.
- 13 Christian Jakob und Simone Schlindwein: Diktatoren als Türsteher Europas. Wie die EU ihre Grenzen nach Afrika verlagert, CH. Links Verlag, im Erscheinen, S.133.
- 14 Ebd., S.132.
- 15 Search and rescue missions in Sahara Desert help 1,000 migrants, says UN migration agency, [refugeesmigrants.un.org](http://refugeesmigrants.un.org), 08.08.2017.
- 16 Max Bearak: Smugglers are abandoning migrants in the middle of a desert the size of Texas, [washingtonpost.com](http://washingtonpost.com), 5.07.2017.
- 17 The World Factbook Niger, [cia.gov](http://cia.gov).
- 18 Joint Statement Paris, August 28, 2017 Addressing the Challenge of Migration and Asylum, [bundesregierung.de](http://bundesregierung.de).
- 19 Cécile Barbière: The EU's militarisation of development aid, [euractiv.com](http://euractiv.com), 15.09.2017.
- 20 Katarzyna Lemanska, Gian Marco Grindatto und Fanny Voitzwinkler: Misplaced Trust: Diverting EU Aid to stop Migration, Global Health Advocates, [ghadvocates.eu](http://ghadvocates.eu), September 2017 S.5.
- 21 Christian Jakob: „Kollaborateure gesucht“. Wie die EU afrikanische Staaten für die Flüchtlingsabwehr einspannen will, in: [iz3w359](http://iz3w359), März, April 2017.
- 22 Katarzyna Lemanska, Gian Marco Grindatto und Fanny Voitzwinkler: Misplaced Trust: Diverting EU Aid to stop Migration, Global Health Advocates, [ghadvocates.eu](http://ghadvocates.eu), September 2017 S.5.
- 23 Maria Malagardis: Niger. Agadez, «porte du désert» coupée du monde par un cordon sécuritaire, [liberation.fr](http://liberation.fr), 04.01.2017.
- 24 Ibrahim Manzo Diallo: EU strategy stems migrant flow from Niger, but at what cost?, [irinnews.org](http://irinnews.org), 02.02.2017.
- 25 Malagardis, 04.01.2017
- 26 Pape Samba Kane: Macron's Francafrigue, [aljazeera.com](http://aljazeera.com), 23.07.2017

# Trumps Syrien-Bilanz

## Mehr Krieg – Mehr Opfer – Mehr Waffen

von Jürgen Wagner

Wer die Hoffnung hatte, der Wahlsieg Donald Trumps könnte sich mäßigend auf die amerikanische Interventionsagenda auswirken, dürfte nach den ersten Monaten sehr ernüchtert sein. Dies gilt auch und gerade für den Konflikt in Syrien: Die USA haben nicht nur die Luftschläge noch weiter intensiviert und nehmen dabei augenscheinlich bewusst auch zunehmend Zivilopfer in Kauf; auch die Unterstützung von Kämpfern am Boden scheint – wenn auch in veränderter Form – weiterzugehen, wie im September 2017 eine detaillierte Untersuchung des „Organized Crime and Corruption Reporting Project“ (OCCRP) und des „Balkan Investigative Reporting Network“ (BIRN) zutage förderte. Angesichts dieser Bilanz ist die Hoffnung aktuell leider auch nicht allzu groß, dass die US-Regierung sich als positive Kraft für eine Verhandlungslösung erweisen könnte.

### Mehr Luftschläge – Mehr Zivilopfer

Seit Russland im September 2015 auf Seiten der syrischen Regierung in den Krieg eingetreten ist, wird das Land dafür im Westen scharf angegriffen. In den Medien werden vor allem die Zivilopfer russischer Bombardierungen ins Zentrum gerückt; dahinter dürfte aber vor allem auch die Tatsache stecken, dass mit Moskaus Kriegseintritt der angestrebte Sturz des syrischen Machthabers Baschar-al-Assad in weite Ferne gerückt ist. Wenig zu lesen ist in den westlichen Medien jedenfalls davon, dass die anfangs sehr hohen Zivilopfer aufgrund russischer Bombardierungen inzwischen deutlich zurückgegangen sind.<sup>1</sup> Noch weniger Informationen finden sich in der Regel über die Opfer der seit August 2014 von einer US-geführten Koalition durchgeführten Luftschläge. Als offizielles Einsatzziel wurde die Bekämpfung des so genannten „Islamischen Staates“ ausgegeben – zumindest anfangs hatte für die USA aber der Sturz Assads mindestens dieselbe Priorität.

Bis September 2017 wurden laut der Internetseite Airwars im Rahmen der „Operation Inherent Resolve“ (OIR) 13.176 Einsätze in Syrien und 13.670 im Irak geflogen, wobei 98.532 Bomben und Raketen abgefeuert worden sein sollen. Infolge dieser Einsätze sind laut Airwars bis einschließlich August 2017 im Extremfall bis zu 13.910 (mindestens aber 5343) Zivilisten ums Leben gekommen (in Syrien und im Irak).<sup>2</sup> Während dabei die Zivilopfer bei Russland in der Tendenz sinken, ist für die OIR-Angriffe genau der gegenteilige Trend zu beobachten. Ein besonders böses Omen für die Zukunft sind die massiven Steigerungen seit Amtsantritt der Trump-Regierung – sowohl was die Einsätze als auch was die Zivilopfer anbelangt.

Eine Auswertung der Daten von Airwars ergibt, dass unter US-Präsident Barack Obama zwischen Februar und August 2016 insgesamt 1708 Einsätze geflogen wurden – im gleichen Zeitraum 2017 waren es unter seinem Nachfolger Donald Trump 5547. Dasselbe Bild zeichnet sich bei den Einsätzen ab, bei denen es zu Zivilopfern kam: 228 zwischen Februar und August 2016 gegenüber 1153 unter Donald Trump (im Falle Russland sank die Zahl im selben Zeitfenster leicht von 692

auf 537). Die Zahl der Zivilopfer ist mit maximal 1405 (Obama) im Vergleich zu 8979 (Trump) ebenfalls dementsprechend drastisch angewachsen.<sup>3</sup> Da Teile dieser Luftschläge auf Basis von Aufklärungsdaten von Bundeswehr-Tornados erfolgen, in deren Folge nachweislich Zivilisten ums Leben kamen, macht sich auch die Bundesregierung an diesen Verbrechen mitschuldig (siehe Kasten).

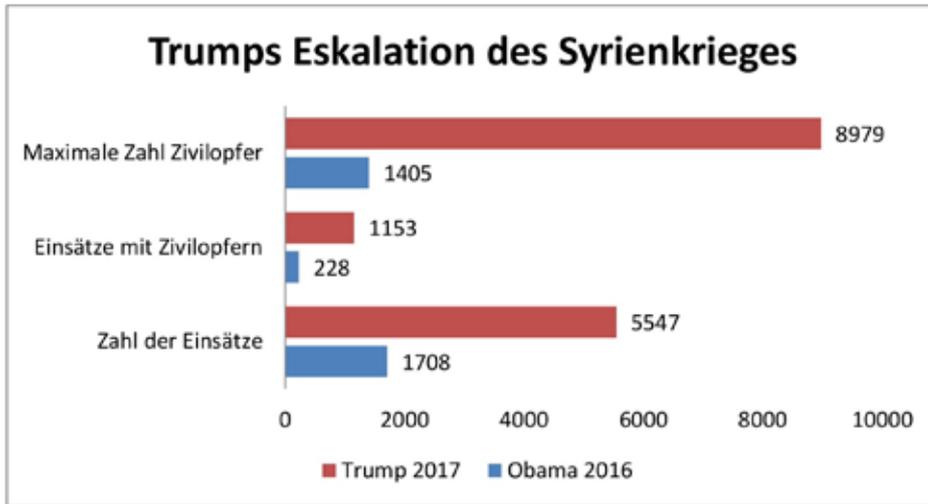
### Aufrüstung der Aufständischen

Während der Westen also massiv aus der Luft bombardiert, scheut man nach den Erfahrungen in Afghanistan und im Irak davor zurück, außerhalb von einigen Spezialeinheiten in großem Umfang Bodentruppen zu entsenden. Stattdessen wird in Syrien (und anderswo) im großen Stil auf die Ausbildung und Aufrüstung „befreundeter“ Gruppen zurückgegriffen. Beteiligt hieran waren im Falle Syriens zunächst sowohl die CIA als auch das Pentagon.

Die CIA startete „ihr“ Bewaffnungsprogramm unter dem Codenamen „Timber Sycamore“ wohl bereits 2012, in jedem Fall wurde es 2013 „offiziell“ vom damaligen US-Präsidenten Barack Obama genehmigt. Obwohl die Details der Operation unter Verschluss sind, wurden schnell Bedenken laut, dass die in diesem Zusammenhang von den USA unterstützten „moderaten“ Rebellen Hand in Hand mit radikalislamistischen Kräften in den Kampf ziehen würden oder teils überhaupt nicht von ihnen zu unterscheiden seien.<sup>4</sup> Diese Kritik griff auch Donald Trump wiederholt auf und mutmaßlich aus diesem Grund entschied er, das Programm im Juli 2017 einzustellen.

Daneben legte das US-Verteidigungsministerium im Frühjahr 2015 ein Programm zur Ausbildung von 5000 Aufständischen mit einem Umfang von 500 Mio. Dollar auf, das allerdings bereits kurz darauf wegen desaströser Ergebnisse auf Eis gelegt wurde: „Die erste ‚Marge‘ an zertifizierten Kämpfern, die sogenannte Division 30, die ohnehin nur aus 54 Kämpfern bestand, wurde innerhalb kürzester Zeit aufgerieben. Die zweite Marge bestand aus 70 bis 75 Mann und übergab ihre Waffen direkt an den Al-Qaida-Ableger Jabhat al-Nusra. Der politische Skandal, den dieses Programm ausgelöst hatte, führte dazu, dass es im Oktober 2015 eingestellt wurde.“<sup>5</sup>

Über das spektakuläre Scheitern dieses „Ertüchtigungsversuchs“ wurde in den Medien ausführlich berichtet. Nicht jedoch darüber, dass das Pentagon noch vor Einstellung des Programms damit begann, eine Alternative auf die Schiene zu setzen. Ausführliche Details darüber gibt es erst dank einer Mitte September 2017 veröffentlichten Untersuchung des „Organized Crime and Corruption Reporting Project“ und des „Balkan Investigative Reporting Network“. Als Schlussfolgerung aus dem Scheitern des Vorgängerprogramms sei beschlossen worden, keine „eigene“ Truppe aufzubauen, sondern existierende Einheiten aufzurüsten. Zu diesem Zweck sei bereits im September 2015 damit begonnen worden, Waffen vor allem aus Osteuropa<sup>6</sup> einmal direkt über das US-Oberkommando für Spezialkräfte (SOCOM) und andererseits über „Picatinny Arsenal“, eine Militärbasis in New Jersey, anzukaufen. Diese seien fortan von Europa über die Türkei, Jordanien und Kuwait nach Syrien verbracht worden. Was dieses Programm anbelangt, sind vor allem Umfang, Zeitrahmen und das Verhalten der neuen US-Regierung beachtlich: Noch während



der Amtszeit Barack Obamas sollen Waffenlieferungen im Gesamtumfang von 1,6 Mrd. Dollar bis ins Jahr 2022 eingetütet worden sein. Unter Trump, der offensichtlich nicht daran denkt, das Programm zu beenden, sollen weitere 600 Mio. Dollar eingestellt worden sein.<sup>7</sup>

Ein Teil der Waffen scheint an Rebellengruppen im Südosten des Landes zu gehen, Hauptempfänger dürften aber die kurdisch dominierten „Syrischen Demokratischen Kräfte“ (SDF) im Norden des Landes sein.<sup>8</sup> Doch auch wenn große Teile der (deutschen) Linken mit den kurdischen Kräften sympathisieren, dürften die US-Waffenlieferungen nicht unbedingt zu einer Entschärfung der brisanten Lage beitragen – und aller Wahrscheinlichkeit sollen sie das auch nicht.

## Planlos?

In dieser komplizierten Gemengelage drängt sich zwangsläufig die Frage auf, was die USA eigentlich in Syrien bezwecken. In der Anfangsphase der Konfrontation war dies relativ eindeutig zu beantworten: Ziel war der Sturz Assads und eine damit zusammenhängende Schwächung des Irans und der sog. „Schiitischen Achse“.<sup>9</sup> Zumindest zeitweise scheint hierfür sogar aktiv versucht worden zu sein, radikalislamistische Kräfte für den Kampf gegen Assad zu instrumentalisieren, eine Entscheidung, die maßgeblich zur Entstehung des „Islamischen Staates“ beitrug. Besonders zynische Gesellen wie der Chefkolumnist der New York Times, Thomas Friedman, fordern dies in leicht abgeänderter Form bis heute: „Warum sollte es gerade jetzt unser Ziel sein, den Islamischen Staat in Syrien zu besiegen? [...] Wir könnten einfach den Kampf gegen die ‚territoriale ISIS‘ in Syrien einstellen und dieses Problem allein dem Iran, Russland, Hisbollah und Assad überlassen. Schließlich sind sie es, deren Kräfte in Syrien überdehnt sind, nicht wir. Man sollte sie zu einem Zweifrontenkrieg zwingen – gegen die moderaten Rebellen auf der einen Seite und ISIS auf der anderen.“<sup>10</sup>

Was die Trump-Regierung anbelangt, sind die Signale – wie meist – teils recht widersprüchlich. Einerseits sprach sich Trump während des Wahlkampfes und auch einige Male danach doch recht deutlich gegen eine Politik des Regime Changes aus. Auf der anderen Seite berief der US-Präsident mit James Mattis einen Verteidigungsminister, der 2012 in seiner Funktion als damaliger Chef des US-Zentralkommandos in einer Kongressanhörung angab, Assads Sturz wäre „der größte strategische Rückschlag für den Iran innerhalb der letzten 25 Jahre.“<sup>11</sup> Auch Trumps UN-Botschafterin Nikki Haley

ließ im April 2017 keine Zweifel aufkommen, dass der Sturz Assads weiter oder wieder das Ziel der USA sei: „Es gibt keine Option auf eine politische Lösung mit Assad als Kopf des Regimes.“ Die USA, so Haley weiter, seien bereit „mehr zu tun“, um seinen Sturz zu bewerkstelligen.<sup>12</sup>

Auch dass die USA zu einer Gruppe von 18 Staaten zählten, die Ende September 2017 erklärten, sich erst nach einem Machtwechsel in Damaskus am Wiederaufbau des Landes beteiligen zu wollen, legt nahe, dass Washington auch unter Trump nicht gänzlich das Ziel aufgegeben hat, Assad zu stürzen.<sup>13</sup> Doch selbst falls der Sturz

Assads das Ziel der US-Regierung sein sollte, die Realität am Boden verhindert dies nicht zuletzt aufgrund der russischen Präsenz und der damit verbundenen massiven Gebietsgewinne der Regierungstruppen in den letzten Monaten.

Außerdem spricht einiges dafür, dass es zumindest mit Blick auf die US-Unterstützung von radikalislamistischen Gruppen zu einer Kehrtwende kam, wodurch die Möglichkeit schwindet, sie als „Rammbock“ gegen die Regierungstruppen einsetzen zu können. Schon im Wahlkampf kritisierte Trump die Stärkung radikalislamistischer Gruppen durch das US-Aufrüstungsprogramm scharf und berief mit Michael Flynn jemandem zum Nationalen Sicherheitsberater, der sich mit am lautstärksten dafür aussprach, sich in Syrien ausschließlich auf die Bekämpfung des „Islamischen Staates“ zu konzentrieren. Auch nach Flynns Rausschmiss im Februar 2017 – der mutmaßlich aufgrund seiner pro-russischen Haltung durch die US-Geheimdienste betrieben wurde – scheint zumindest in dieser Hinsicht eine gewisse Kontinuität in der Politik der Trump-Regierung weiter erkennbar. Das CIA-Programm, dem vorgeworfen wurde, radikalislamische Gruppen zu stärken, wurde im Juli 2017 eingestellt, während die Neuauflage des Pentagon-Aufrüstungsprogramms, bei dem Waffen aus Osteuropa vor allem an die überwiegend säkularen Syrischen Demokratischen Kräfte geliefert werden, allem Anschein nach weiterbetrieben werden soll, um einen vollständigen Sieg der Regierungstruppen unter allen Umständen zu verhindern.

## Neue Gemengelage – Neues Gelegenheitsfenster

Ein unmissverständliches Zeichen, dass sich der Wind in Syrien gedreht hat, sind Meldungen Mitte September 2017, Saudi Arabien, der bislang wohl aggressivste ausländische Akteur in diesem Konflikt, habe Verhandlungen mit Russland über die Zukunft Syriens aufgenommen, deren Gegenstand es war, Assad weiter an der Macht zu belassen.<sup>14</sup> Aus russischer Sicht stellt sich die Lage aktuell wie folgt dar: „Die Einnahme von Deir ez-Zor [Mitte September 2017] stellt einen wichtigen Sieg für die syrische Armee dar. [...] Von einem russischen Standpunkt betrachtet ist die Einnahme ein Zeichen, dass Moskaus Ziele in Syrien erreicht wurden. Russlands Militärkampagne in Syrien seit September 2015 diente dazu, den Sturz von Baschar al-Assad zu verhindern. Der Erfolg in Deir ez-Zor sichert dieses Ziel vollständig ab. Dieser Sieg wird auch dafür sorgen, dass die Verhandlungsposition von al-Assad in den nachfolgenden syrischen Friedensverhandlungen stark gestärkt

wird, was ebenfalls ein wichtiges russisches Ziel ist.“<sup>15</sup>

Vielleicht wollen die USA tatsächlich nur einen „guten Deal“ und hierfür durch die Stärkung der SDF ihrerseits die Verhandlungsposition „ihrer“ Gruppen stärken. Andererseits fördert die massive Unterstützung durch einen mächtigen ausländischen Akteur nicht unbedingt die Bereitschaft, eine Verhandlungslösung anzustreben. Das Problem ist, dass Washington wohl genau hiermit mit am besten leben könnte, denn hinter einem – aktuell unrealistischen – Sturz Assads galt in Strategiezirkeln stets eine Art Dauerbürgerkrieg, der das Land nachhaltig als Verbündeten des Iran ausschalten würde, weit vor einer Verhandlungslösung stets als „zweitbeste“ Option.<sup>16</sup>

Bislang legte die Trump-Regierung jedenfalls herzlich wenig Engagement an den Tag, eine Verhandlungslösung zu befördern. Dabei wäre es gerade jetzt nötig und möglich, hier Fortschritte zu erzielen, wenn die USA und Russland dementsprechend Druck machen würden. So beschrieb der UN-Gesandte für Syrien, Staffan de Mistura, die Lage treffend folgendermaßen: „Für die Opposition ist die Botschaft klar: Wenn sie vorhatten, den Krieg zu gewinnen, zeigen die Fakten, dass dies nicht der Fall ist. Jetzt ist die Zeit, Frieden zu schließen“, so der UN-Diplomat, der aber auch die Gegenseite nicht vom Haken lässt. „Es geht doch darum: Ist die Regierung nach der Befreiung von Deir ez-Zor und Rakka vorbereitet und willig, wirklich zu verhandeln und nicht einfach den Sieg zu erklären, von dem wir und sie auch wissen, dass er nicht so einfach erklärt werden kann, weil er ohne einen politischen Prozess nicht von Dauer wäre.“ Und auf der anderen Seite: „Wird die Opposition in der Lage sein, geeint und realistisch genug zu sein, um zu realisieren, dass sie den Krieg nicht gewonnen haben.“<sup>17</sup>

Die Beantwortung dieser Fragen wird nicht zuletzt von den USA und Russland abhängen: Betrachtet man nüchtern die Bilanz der ersten Regierungsmonate der Trump-Regierung, so beschleichen einen leider große Zweifel, dass sie dabei eine positive Rolle spielen wird.

## Anmerkungen

- 1 Syrien: Warum das russische Militär erfolgreicher vorgeht als die US-Koalition, *Telepolis*, 14.9.2017.
- 2 <https://airwars.org/> (Zahlen Stand 19.9.2017).
- 3 <https://airwars.org/data/>
- 4 [https://en.wikipedia.org/wiki/Timber\\_Sycamore](https://en.wikipedia.org/wiki/Timber_Sycamore)
- 5 Haydt, Claudia: Syrien zwischen Stellvertreterkrieg und Bürgerkrieg, *IMI-Studie* 3/2017, S. 7.
- 6 Als Lieferländer werden genannt Bulgarien, Afghanistan, Tschechische Republik, Rumänien, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Ukraine, Polen, Kroatien, Kasachstan und Georgien.
- 7 Angelovski, Ivan/Marzouk, Lawrence: Revealed: The Pentagon Is Spending Up To \$2.2 Billion on Soviet-Style Arms for Syrian Rebels, *OCCRP*, 12.9.2017.
- 8 Heikle Fracht aus Ramstein, *Süddeutsche Zeitung*, 12.9.2017.
- 9 Siehe Wagner, Jürgen: Syrien: Giftgasangriffe und die Verstärkung des Bürgerkrieges, *IMI-Analyse* 2013/027.
- 10 Friedman, Thomas: Why is Trump fighting ISIS in Syria?, *New York Times*, 12.4.2017. Übersetzung *Forum solidarisches und friedliches Augsburg*.
- 11 Syrien schlagen, Iran treffen? *Augengeradeaus*, 6.3.2012.
- 12 „Es gibt keine Lösung mit Assad“, *t-online.de*, 9.4.2017.
- 13 Großbritannien – Wiederaufbau in Syrien nur ohne Assad, *Morgenpost*, 20.9.2017.
- 14 The Saudis Are Turning to Russia as Assad's Foes Lose Heart (1), *Bloomberg*, 10.9.2017.
- 15 „Russland will Syrien als Mediator befrieden und al-Kaida-Ableger zerschlagen“, *RT Deutsch*, 14.9.2017.
- 16 Siehe Wagner, Jürgen: Syrien: Giftgasangriffe und die Verstärkung des Bürgerkrieges, *IMI-Analyse* 2013/027.
- 17 Syrian opposition must accept it has not won the war: U.N., *Reuters*, 6.9.2017.

## Deutsche Rolle: Luftschläge und Waffenlieferungen

Zumindest für die Opfer, die unter Verwendung deutscher Tornado-Daten bei US-Bombardierungen ums Leben gekommen sind, ist Deutschland direkt mitverantwortlich. So berichtete [tagesschau.de](http://tagesschau.de) schon am 29. März 2017 über einen US-Luftangriff auf eine ehemalige Schule in Syrien, der wohl 33 Zivilisten das Leben gekostet hat: „Erstmals haben Aufklärungsbilder der Bundeswehr eine Rolle bei einem Luftangriff in Syrien gespielt, der zu einer sehr hohen Zahl ziviler Opfer geführt haben soll. Nach Recherchen von NDR und WDR hatten deutsche Tornados am 19. März 2017 Bilder eines Gebäudekomplexes in der syrischen Ortschaft al-Mansoura, westlich von Rakka, aufgenommen und an die internationale Koalition im Einsatz gegen den sogenannten IS geliefert. Diese Bilder sollen dann einen Tag später mit verwendet worden sein, um den Gebäudekomplex zu bombardieren.“

Schockierend ist dabei vor allem, dass

keinerlei Interesse an einer Kontrolle besteht, was mit den Aufklärungsdaten geschieht, worauf etwa [Spiegel Online](http://www.spiegel.de) (18.5.2017) kritisch hinwies: „Die Bundeswehr liefert der US-geführten Anti-IS-Koalition seit knapp anderthalb Jahren ‚Tornado‘-Aufklärungsbilder aus Syrien und dem Irak. Doch sie hat nur sehr begrenzten Einfluss darauf, was die USA und andere Partner mit den Aufnahmen machen. [...] Sobald die Bundeswehr ihre Bilder jedoch an die USA übergibt, hat Deutschland keinen Einfluss mehr darauf, was mit ihnen passiert. Auf die Frage, ob Aufklärungsdaten in die Entscheidung des US-Militärs über Luftschläge mit einfließen, antwortet das Verteidigungsministerium lapidar: ‚Hierzu liegen der Bundesregierung keine Informationen vor.‘“

Dasselbe Muster ergibt sich angesichts der US-Waffenlieferungen aus Osteuropa, in die Deutschland ebenfalls eingebunden zu sein scheint. Die *Süddeutsche Zeitung* (12.9.2017) schreibt hierzu:

„Das US-Militär hat offenbar zeitweise über seinen Stützpunkt im rheinland-pfälzischen Ramstein Waffen und Munition aus Osteuropa an syrische Rebellen geliefert. Da entsprechende Genehmigungen der Bundesregierung fehlten, haben die Amerikaner womöglich deutsches Recht gebrochen. [...] Die Bundesregierung beteuert, von Waffenlieferungen über deutsches Territorium nach Syrien nichts zu wissen - dabei gibt es schon seit einiger Zeit Hinweise auf das fragwürdige Treiben der Amerikaner. [...] Bereits im Dezember 2015 berichtete die serbische Tageszeitung *Věčernje Novosti* von Waffen und Munition, die mit Transportflugzeugen des US-Militärs nach Ramstein geflogen wurden - mit Ziel Syrien. Ein im Juli 2016 publizierter UN-Waffenexportbericht listet 11 970 Sturmgewehre und 50 schwere Maschinengewehre auf, die aus Serbien an einen ‚US-Militärstützpunkt in Deutschland‘ geliefert worden seien.“

# Die neue Ehe

## Terrorbekämpfung und Naturschutz

von Peter Clausing

Neuerdings werden in Asien und Afrika lokale Bevölkerungsgruppen aus Naturschutzgebieten unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung vertrieben. Separat betrachtet ist beides nichts Neues, weder die Militarisierung des öffentlichen Lebens samt Beschneidung von Menschenrechten im Namen der Terrorismusbekämpfung noch die Vertreibung lokaler, indigener Bevölkerungsgruppen im Namen des Naturschutzes. Doch die Kombination aus beidem ist ein neues Phänomen, das laut Recherchen der britischen Politikwissenschaftlerin Rosaleen Duffy und ihrer Mitarbeiterinnen wenig beachtet wird, aber häufig vorkommt.<sup>1</sup> Schon 2001 warnte Duffy, dass die Einrichtung so genannter „Peace Parks“ - grenzübergreifende Naturschutzgebiete im globalen Süden - genau das Gegenteil von dem bewirken könnten, was dieser Name suggeriert: nämlich den Versuch, die „Wildnis“ zu kontrollieren, indem Naturschutzorganisationen Polizeifunktionen übernehmen.<sup>2</sup>

### Krieg durch Naturschutz

Die Kombination von Terrorismusbekämpfung und Naturschutz ist laut Duffy<sup>3</sup> die dritte Phase einer Entwicklung, die Ende des 19. Jahrhunderts ihren Anfang nahm. Die erste Phase mit dem Label „Festungsnaturschutz“ (*Fortress Conservation*) reicht zurück bis zur Gründung des Yellowstone Nationalparks im Jahr 1872. Sowohl dessen Gründung als auch die Gründung zahlreicher Nationalparks und Biosphärenreservate in den Ländern des Südens war mit der Zwangsumsiedlung oder gar nackten Vertreibung der ortsansässigen Bevölkerung verbunden. Phase zwei bestand laut Duffy in einem „Krieg für Naturschutz“. (*War for Conservation*). Gemeint sind damit die zum Teil gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Nationalpark-Rangers und den an den Grenzen der Schutzgebiete siedelnden Menschen, wenn diese in die Schutzgebiete eindringen, um auf ihre angestammten natürlichen Ressourcen (Heilpflanzen, Früchte, Brennholz usw.) zurück zu greifen. Die neue, dritte Phase lässt sich ziemlich genau terminieren: Sie existiert seit 2012 und wird von Duffy mit dem etwas abstrakten Begriff „Krieg durch Naturschutz“ (*War by Conservation*) bedacht.

Was sie damit meint, ist jedoch sehr konkret. Es geht ihr um die Verquickung von Naturschutz und Terrorismusbekämpfung. Diese Verquickung begann 2012, sowohl im öffentlichen Diskurs (vornehmlich im angloamerikanischen Sprachraum) als auch im alltäglichen Handeln. Auslöser war die schlecht belegte Behauptung, die al-Shabaab Milizen in Somalia würden sich mit Hilfe von Elfenbeinschmuggel finanzieren. Der Begriff des „weißen Goldes des Dschihad“ machte die Runde und wurde von einflussreichen Medien bereitwillig aufgegriffen. Da störte es nicht, dass die Beweislage extrem dünn war. Die US-amerikanische *Elephant Action League* veröffentlichte im besagten Jahr einen Bericht, der auf den Aussagen eines einzigen „Insiders“ beruhte, welcher angab, dass es einige Händler gäbe, die gelegentlich mit Elfenbein handelten,

das manchmal von den al-Shabaab Milizen käme. „Experten“ errechneten daraus für die Milizen ein jährliches Handelsvolumen von 30,6 Tonnen Elfenbein, was ungefähr 3.600 Elefanten entspräche – eine Schätzung, die von Interpol und dem UN-Umweltprogramm UNEP 2014 stark in Zweifel gezogen wurde,

weil ihrer Einschätzung nach der Handel mit Holzkohle und unterschiedliche Formen von Kriegssteuern nach wie vor die Hauptfinanzierungsquellen der al-Shabaab Milizen waren.

*War by Conservation* wird in der öffentlichen Diskussion als „Win-Win-Situation“ dargestellt. Gleichzeitig den Terrorismus und die massenhafte Tötung von Nashörnern und Elefanten bekämpfen – wer könnte das ablehnen? Während angesichts von Terrorangriffen Teile der Bevölkerung zunehmend bereit sind, die Beschneidung demokratischer Grundrechte zu akzeptieren, erreicht man so auch noch jenen Teil der Öffentlichkeit, dem vor allem das Leben bedrohter Arten am Herzen liegt. Der Plot vom „weißen Gold des Dschihad“ kam den unterschiedlichsten Akteuren zupass. Für Naturschutz-NGOs tat sich eine neue, sprudelnde Finanzierungsquelle auf, Regierungen konnten im Rahmen ihres Sicherheitsdiskurses eine attraktive, öffentlichkeitswirksame Konstellation anbieten und für private Sicherheitsdienste eröffnete sich ein neues Geschäftsfeld.

### Entstellte Wahrheiten

Die nahezu frei erfundene Geschichte des illegalen Elfenbeinhandels als Finanzierungsquelle für die al-Shabaab Milizen schuf einen sorgfältig konstruierten Präzedenzfall, der inzwischen in Kenia, Südafrika, Tansania, Mali, Gabun und der Zentralafrikanischen Republik nachgeahmt wird. Das dschihadistische weiße Gold wurde Schritt für Schritt ins öffentliche Bewusstsein eingebracht. Der oben erwähnte, fragwürdige Bericht der *Elephant Action League* aus dem Jahr 2012 kursierte zunächst nur in ausgewählten politischen Zirkeln. Erst nach dem Terrorangriff auf Nairobis Westgate Mall im September 2013 erfuhr er plötzlich eine gehörige Portion medialer Beachtung, unter anderem im britischen Independent und in der New York Times. Auf diese Medienberichte wiederum nahmen mehrere wissenschaftliche Publikationen Bezug, die dann ihrerseits von Anderen zitiert wurden – der „wissenschaftliche“ Beweis für das „weiße Gold des Dschihad“ war perfekt. So schaffte es der illegale Trophäenhandel in seiner Bewertung in die Top 5-Liste globaler Verbrechen, mit einem finanziellen Volumen von angeblich acht bis zehn Milliarden Dollar pro Jahr.

Schon in einem Aphorismus von Georg Christoph Lichtenberg (1742-1799) hieß es, dass das Gefährliche nicht die dicken Lügen seien, sondern Wahrheiten, mäßig entstellt. Tatsächlich stieg in den letzten 10-15 Jahren der illegale Handel mit Elfenbein und Nashorn-Hörnern drastisch an, und, ja, es gab eine Zunahme von terroristischen Anschlägen. Aber Parallelität der Ereignisse bedeutet noch keinen kausalen Zusammenhang. Der wurde erst „diskursiv“ geschaffen und ist, wenn man der Analyse von Rosaleen Duffy folgt, eingebettet in ein neo-malthusianisches Theoriegebäude von Ressourcenverknappung, Instabilität und Konflikten. In diesem Kontext erlangte der Handel mit Elfenbein und Körperteilen von Nashörnern den Status einer Bedrohung der globalen Sicherheit. Die Kehrseite

der Medaille dieser neuen Form des Natur- und Artenschutzes ist die reale Möglichkeit, Nationalpark-Ranger direkt in den „Krieg gegen den Terrorismus“ einzubeziehen.

## Militarisierung des Naturschutzes

Bereits im Dezember 2012 gab es eine vom WWF (Worldwide Fund for Nature) und der Zeitschrift *National Geographic* finanzierte Podiumsdiskussion darüber, wie das Militär dem Naturschutz helfen könne. Das hatte die Ankündigung entsprechender Maßnahmen aus dem damals von Hillary Clinton geführten US-Außenministerium zur Folge. Seither ist die Entwicklung nicht stehen geblieben.

Zwei große britische Tageszeitungen berichteten in diesem Sommer darüber, dass britische Eliteeinheiten in Gabun Park-Ranger ausbilden, damit sie gegen Wildddiebe zu Felde ziehen können, deren Elfenbeinschmuggel angeblich zur Finanzierung der in Nigeria operierenden Terrororganisation Boko Haram beiträgt. Belege gibt es dafür nicht. Boko Haram operiert nicht in Gabun und hat andere Finanzierungsquellen.

Johan Jooste, pensionierter Generalmajor der südafrikanischen Armee, leitet seit 2012 den „Nashornkrieg“ im Krüger Nationalpark, der an Simbabwe und Mozambik grenzt. Auf mosambikanischer Seite befindet sich ein Privatgelände knapp so groß wie das Saarland (220.000 Hektar), das als Pufferzone gegen Wildddiebe dienen soll. Hier befinden sich Joostes Truppen im Auslandseinsatz. Der Ex-Generalmajor operiert, rhetorisch, mit „gezielten Tötungen“ und „man hunting“, setzt Kopfprämien aus und befasst sich mit dem Aufbau von Geheimdienst- und Überwachungsnetzwerken, die jenen des Apartheid-Regimes ähneln.<sup>4</sup>

Dass private Sicherheitsunternehmen gern Ex-Militärs rekrutieren, ist eine Binsenweisheit. Die in den USA ansässige Organisation VETPAW (*Veterans Empowered to Protect African Wildlife*) ist ein privater Sicherheitsdienst der besonderen Art. Zu ihren Zielen gehört es, die Arbeitslosenquote bei Veteranen der „Antiterror“-Kriege in Afghanistan und im Irak zu reduzieren und ihnen eine sinnvolle Tätigkeit zu bieten, die ihrer Qualifikation entspricht. Sie bietet an, Ranger so zu trainieren (und auszurüsten), dass sie Wildddiebe direkt konfrontieren können. Außerdem helfe die Arbeit in den privaten Naturschutzgebieten den Kriegsveteranen dabei, ihre posttraumatischen Stresserlebnisse zu verarbeiten. Einen Rückschlag gab es für VETPAW im Jahr 2015, als die Organisation aufgefordert wurde, Tansania zu verlassen, nachdem einer ihrer Mitarbeiter sich öffentlich für extralegale Hinrichtungen („killing bad guys“) ausgesprochen hatte.<sup>5</sup>

Die in den letzten 10-20 Jahren vollzogene „Neoliberalisierung“ des Naturschutzes hat zu einem Anwachsen privater Naturschutzgebiete geführt. Transnationale Naturschutz-NGOs wie der WWF haben in zunehmendem Maße die faktische Kontrolle über die Nationalparks bestimmter Staaten übernommen. Dabei greifen sie zum Teil auf Privatarmeen zurück, um den Schutz „charismatischer“ Tierarten (Elefanten, Nashörner etc.) durchzusetzen.

So hat der WWF die [Maisha Consulting Group](#) unter Vertrag genommen, um den [Garamba Nationalpark](#) in der Demokratischen Republik Kongo und den [Dzanga-Sangha Nationalpark](#) in der Zentralafrikanischen Republik zu kontrollieren.<sup>6</sup> Im Lobéké Nationalpark und in weiteren Schutzgebieten in Kamerun agiert eine schwerbewaffnete schnelle Eingreiftruppe (*Bataillon d'Intervention Rapide*), die für die Bekämpfung von Wildddieben verantwortlich ist. Sie steht wegen Einschüchte-



Soldat im Lake-Nakuru-Nationalpark. Quelle: Autor

rungen, gewaltsamen Übergriffen und Vergewaltigungen von Angehörigen der dort lebenden Baka-Ethnie am Pranger. Der WWF als Geldgeber und Ausbilder dieser mit dem Euphemismus „Öko-Garde“ (*ecoguard*) bedachten Kampftruppe muss sich derzeit wegen der Verletzung der OECD-Menschenrechtsstandards [verantworten](#).<sup>7</sup>

## Mythen und Interessen

Es ist ein Etikettenschwindel, wenn transnationale NGOs mit der Vermarktung ihrer Schutzbemühungen für wenige „charismatische“ Tierarten suggerieren, sie würden die Biodiversität schützen, denn der eigentliche Verlust an biologischer Vielfalt spielt sich in großem Stil bei den „unattraktiven“ Arten (Pflanzen, Insekten) ab. Rosaleen Duffy kritisiert ferner den Versuch, Elefanten und Nashörner mit Kampftruppen schützen zu wollen, als eine viel zu kurz greifende Strategie, die die Wurzeln der „Wildddieberei“ (soziale Ungleichheit und ein Markt für Trophäen) ignoriert. Die Situation hat sehr viel Ähnlichkeit mit dem zum Scheitern verurteilten „Krieg gegen den Drogenhandel“, wie er in seiner extremsten Ausprägung in Mexiko zu beobachten ist. Die Pflege von Mythen („weißes Gold des Dschihad“) schafft jedoch bestimmten Interessengruppen den Zugang zu neuen Geldquellen und ermöglicht es Politikern, sich durch den Verkauf von einfachen Wahrheiten, vor der Lösung komplexer Probleme, die Machtverhältnisse und soziale Ungleichheit berühren würden, zu drücken.

## Anmerkungen

- 1 Duffy, R. u.a. (2017): Foreign ‘conservation armies’ in Africa may be doing more harm than good. [The Conversation](#).
- 2 Duffy, R. (2001) Peace parks: The paradox of globalisation. [Geopolitics](#), 6:2: 1-26.
- 3 Duffy, R. (2016): War by conservation. [Geoforum](#) 69: 238-248.
- 4 Büscher, B. und Ramutsindela, M. (2015): Green violence: rhino poaching and the war to save southern Africa’s peace parks. [African Affairs](#): 115: 1–22.
- 5 Duffy (2017), s.o.
- 6 Duffy (2016), s.o.
- 7 Survival International (o.J.): [Specific Instance against the World Wide Fund for Nature](#).

# Afghanistan: Am Scheideweg der US-Kriegspolitik

von Jürgen Wagner

„Let's get out of Afghanistan. Our troops are being killed by the Afghans we train and we waste billions there. Nonsense! Rebuild the USA.“ (Donald Trump, [Tweet](#), 11.1.2013)

Seit dem Einmarsch im Oktober 2001 haben die vornehmlich westlichen Truppen unter Führung der USA in Afghanistan unglaubliches Leid und Zerstörung angerichtet (siehe [IMI-Analyse](#) 2017/24). Insofern ist es tatsächlich höchste Zeit für einen radikalen Kurswechsel, doch wer hier Hoffnungen in den neuen US-Präsidenten Donald Trump gesetzt hatte, wurde spätestens mit der Ankündigung einer „neuen“ Afghanistan-Strategie am 21. August 2017 eines Besseren belehrt: „Die USA werden sich aus dem Krieg in Afghanistan nicht zurückziehen, sondern ihn härter als bisher weiter führen“, fasst der militärnahe Blog [Augengeradeaus](#) (22.8.2017) den Kern der Rede des US-Präsidenten zusammen.

Zuvor hatte die US-Regierung monatelang verschiedene Optionen für den Afghanistan-Einsatz erwogen. Augenscheinlich zu keinem Zeitpunkt wurde dabei ein kompletter – im militärischen Bereich ersatzloser – Abzug der US-Truppen erwogen. Stattdessen machten lange zwei verschiedene Vorschläge das Rennen: Einmal der Abzug der US-Truppen, die aber von einer Art kolonialer Söldnerarmee abgelöst worden wären; und die deutlich „traditionellere“ Forderung nach zusätzlichen Truppen und einer Intensivierung der Kampfeinsätze. Durchgesetzt hat sich schließlich die „konservative“ Variante: Ungeachtet einiger Unterschiede im Detail wandelt die Trump-Regierung damit auf denselben ausgetretenen Kriegspfad, die schon unter den Vorgängern in die Sackgasse geführt und das Land verheert hatten.

Doch die Entscheidung des US-Präsidenten bedeutet womöglich nicht nur für Afghanistan eine Re-Eskalation des Krieges. Vielmehr scheint hiermit auch ein Richtungsstreit zwischen (tendenziell eher) rechtsradikal-isolationistischen Kräften in der US-Regierung um Berater Stephen Bannon und „normalen“ Interventionisten wie, Sicherheitsberater H.R. McMaster und Verteidigungsminister James Mattis, zugunsten Letzterer entschieden worden zu sein. Bannons Rauswurf kurz vor Verkündung der Afghanistan-Strategie könnte somit das Signal für eine Rückkehr zur „normalen“ US-Kriegspolitik bedeuten: „Die große Frage lautet nun, ob mit Trumps Kehrtwende in Afghanistan ein breiterer Strategiewechsel verbunden ist, ob Trump also nun zu einer eher traditionell-republikanischen Außenpolitik übergeht - weitere Auslandseinsätze eingeschlossen.“ ([Spiegel Online](#), 22.8.2017)

## Söldnerszenario

Im Mai 2017 wurden US-Präsident Donald Trump Szenarien für die Fortsetzung des Krieges in Afghanistan vorgelegt, in denen Truppenerhöhungen zwischen 3.000 und 5.000 Soldaten erwogen wurden ([New York Times](#), 8.5.2017). Ebenfalls aus dem Beraterkreis des Präsidenten wurden Erik D. Prince, Gründer der privaten Militärfirma Blackwater Worldwide und

Stephen A. Feinberg, der mit DynCorp International verbunden ist, beauftragt, eine Alternative auszuarbeiten. Deren Vorschläge drangen erstmals Mitte Juli 2017 an die Öffentlichkeit: „Die USA sollen eine Söldnerarmee anheuern, um Afghanistan zu ‚reparieren‘, ein

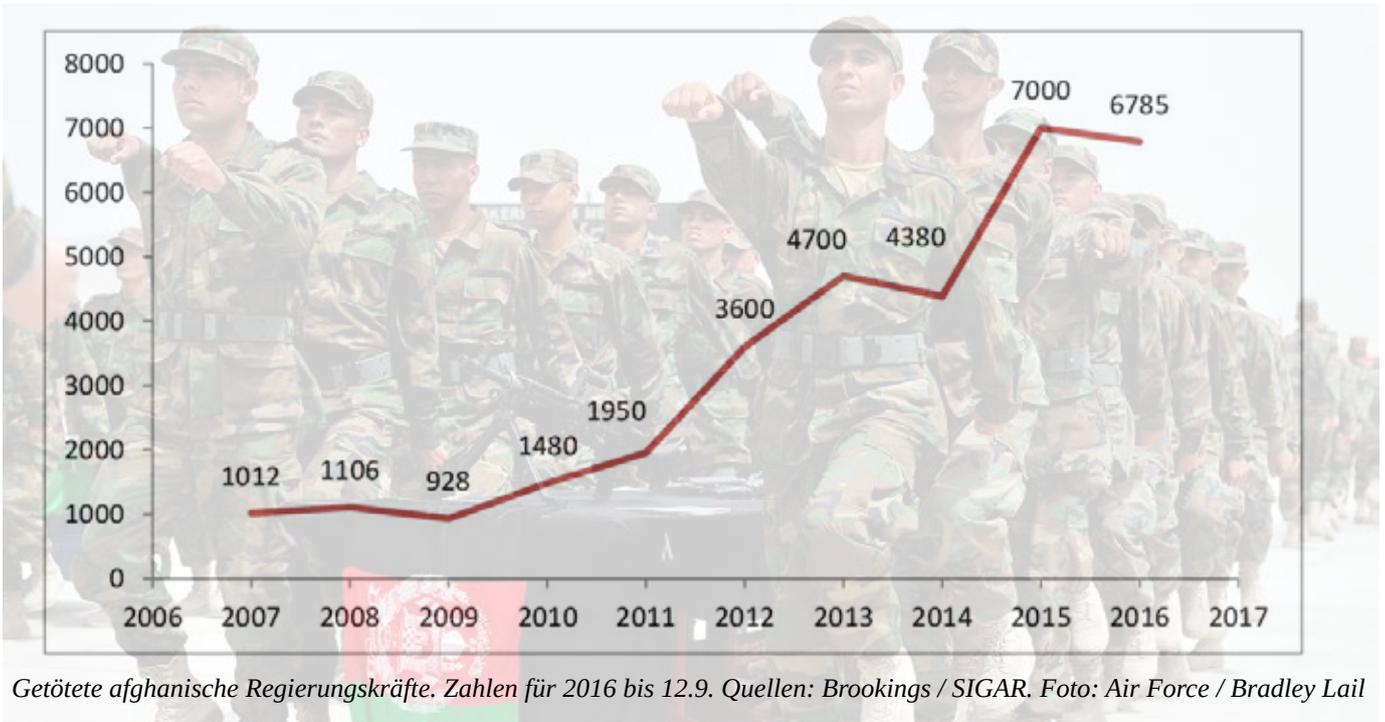
Land, in dem wir seit 2001 Krieg führen. [...] Prince beschrieb einen Plan, bei dem die kämpfende Truppe von einem amerikanischen Vizekönig angeführt würde, der Trump direkt unterstehen würde. [Er] würde alle amerikanische Macht in einer Person vereinigen. Seine Mission: Zu tun, was auch immer nötig, um Afghanistan zu befrieden.“ ([The Atlantic](#), 17.7.2017) Mitte August sickerten dann weitere Details durch. Es gehe um 5.500 Söldner, so Prince, die von 90 privaten Flugzeugen unterstützt werden sollten. Der Vorteil bestehe im Preis: Seine Söldnertruppe würde nur 10 Mrd. Dollar jährlich und damit deutlich weniger als die offiziellen US-Truppen kosten ([Washington Post](#), 9.8.2017).

Berichteten zufolge befürworteten sowohl der damalige Chefberater Stephen Bannon als auch Trumps Schwiegersohn Jared Kushner den Plan und auch Trump soll nicht abgeneigt gewesen sein ([Süddeutsche Zeitung](#), 9.8.2017). Wie dieses Vorhaben auch nur irgendwie Aussicht auf „Erfolg“ – im Sinne eines US-Sieges über die Aufständischen – haben soll, bleibt allerdings rätselhaft. Schließlich hat das Pentagon in der Hochzeit des Afghanistan-Krieges 88.000 Militärdienstleister unter Vertrag gehabt – aktuell sind es immernoch 29.000, wie [Antiwar](#) (17.8.2017) berichtet. Wie die von Prince vorgeschlagene vergleichsweise kleine Privatarmee von 5.500 Söldnern hier den Ausschlag geben soll, ist schleierhaft. Das gilt aber ebenso für die Alternative, die sich schließlich durchsetzte.

## Dauerkrieg: „Wir werden angreifen“

Schon 2016 haben die US-Luftschläge gegenüber dem Vorjahr um 40% zugenommen ([Antiwar.com](#), 9.1.2017). Augenscheinlich hat sich Donald Trump dazu entschieden, dass die US-Truppen künftig noch offensiver vorgehen sollen. So gab er bei der Verkündung der „neuen“ Afghanistan-Strategie am 21. August 2017 an: „Wir werden von nun an nicht mehr sagen, wann wir angreifen – aber wir werden angreifen“ (mit deutscher Übersetzung u.a. bei [Spiegel Online](#), 22.8.2017).

Ganz offensichtlich will Trump nun von einem Truppenabzug nichts mehr wissen: „Willkürliche Zeitpläne“ dürften nicht den Tag des Abzugs bestimmen, für den er dann auch konsequenterweise kein Datum angab. Er selbst nannte außerdem zwar keine konkrete Zahl, um wieviel Soldaten das US-Kontingent aufgestockt werden soll, aber es scheint klar, dass dies nun geschehen wird. Schließlich hatte Verteidigungsminister James Mattis schon „im Juni die Befugnis zur Entsendung von 3800 zusätzlichen Soldaten nach Afghanistan erhalten, aber das mit Blick auf die Ausarbeitung einer breiter angelegten Strategie bisher nicht umgesetzt.“ ([FAZ](#), 20.8.2017) Dies scheint auch in etwa die Hausnummer zu sein, die nun tatsächlich beschlossen werden dürfte. Jedenfalls meldete Fox News unter Berufung auf Regierungskreise, die Truppenzahl würde um 4.000 aufgestockt ([Bild Online](#), 22.8.2017). Wurde lange davon ausgegangen, in Afghanistan wären 8.400 US-Truppen stationiert, sind es nach neueren Berichten 11.000 – die Gesamtzahl der Truppen würde also nach der Aufstockung auf rund 15.000 Soldaten steigen ([Augengeradeaus](#), 30.8.2017).



Als weitere Komponente seiner „neuen“ Strategie nannte Trump insbesondere den verstärkten Aufbau afghanischer Regierungstruppen (ANSF): „Die afghanische Regierung soll mehr Hilfe erhalten, um mit der eigenen Armee gegen die Taliban zu kämpfen.“ (Spiegel Online, 22.8.2017) Doch auch hierbei handelt es sich nicht wirklich um neue Ideen, schließlich haben die USA in diesem Bereich bereits beträchtliche Anstrengungen unternommen. So haben allein die USA seit 2001 einem Bericht des US Government Accountability Office 76 Mrd. Dollar in den Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte gesteckt (Russia Today, 11.8.2017). Dabei hat nur eines „funktioniert“: Die Opferzahlen unter den westlichen Soldaten sind über die Jahre in dem Maße zurückgegangen, wie die der ANSF durch die Decke geschossen sind und sie mehr und mehr Terrain an die Aufständischen verloren. Auch Trumps Ansage an Indien, es solle die US-Truppen stärker im Afghanistan-Krieg unterstützen, schließlich verdiene das Land „Milliarden an Dollar“ durch den Handel mit den USA, dürfte sich als reichlich fruchtlos erweisen.

Am ehesten ist noch seine Ansage, dem Militär vor Ort mehr Spielraum zu überlassen, ein kleiner, wenn auch nicht sonderlich ermutigender Unterschied zu seinem Vorgänger Obama, dessen „Mikromanagement“ Trump kritisierte. So bleibt im Kern eigentlich nur ein Zielbündel übrig, das sich von seinen Vorgängern kaum unterscheidet und nun mit einer Eskalation umgesetzt werden soll, die schon zuvor gescheitert ist: „Siegen hat ab jetzt eine klare Definition: Wir greifen unseren Feind an, löschen den IS aus, zerstören Al-Qaida, hindern die Taliban daran, Afghanistan zu übernehmen und verhindern terroristische Angriffe gegen Amerika, bevor sie entstehen.“

Eine „Kehrtwende“ ist diese „neue“ Afghanistan-Strategie deshalb allenfalls mit Blick darauf, dass Trump hiermit womöglich endgültig in gewohntes Kriegsfahrwasser zurückkehrt. Wenn auch wenig Hoffnung besteht, dass sich die Bundesregierung dieser Kritik anschließen wird, so ist doch Theo Sommer zuzustimmen, der auf Zeit Online (29.8.2017) zu Trumps Vorhaben schrieb: „Es gibt in Afghanistan keine militärische Lösung. Trump will sie jetzt mit unzulänglichen Mitteln erzwingen. Aber der Sieg, den er anstrebt (und nach dem erst er politische Gespräche mit den Taliban führen will), ist

unerreichbar. Die Bundesregierung sollte sich seinem Ansinnen auf Unterstützung des neuerlichen surge verweigern. [...] Der nach den Wahlen nächste „Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt“ (Ibuk) sollte, ob Ursula von der Leyen oder ein Nachfolger, den Mut aufbringen, das Kriegsende ins Auge zu fassen.“

### Sieg des Interventionismus?

Im Wahlkampf und teils auch noch nach Amtsantritt hatte es immer wieder den Anschein, als würde Trump eine tendenziell eher isolationistische, Militäreinsätze und Regimewechsel ablehnende Politik präferieren. Wenn auch beileibe kein Pazifist, wurde diese Position innerhalb der Administration am stärksten mit dem Rechtsaußen Stephen Bannon assoziiert. Der hatte sich schon im Vorfeld der Afghanistan-Rede über Trumps aggressive Nordkorea-Rhetorik beschwert und argumentiert, es gebe «keine militärische Lösung» des Atomkonflikts mit Pjöngjang (Der Standard, 17.8.2017). Der anfangs große Einfluss des in der Afghanistan-Frage die „Prince-Option“ befürwortenden Bannon ist augenscheinlich auf null gesunken: Einen Tag darauf, am 18. August 2017, wurde er gefeuert.

So hat es nun ganz den Anschein, als gäben die „normalen“ Interventionisten um McMaster, Mattis u.a. den Ton in der US-Regierung an. Politico (18.8.2017) etwa zitiert Danielle Pletka vom American Enterprise Institute: „Betrachtet man jetzt das Kräftegleichgewicht zwischen Isolationisten und Internationalisten im Weißen Haus, so lässt sich mit Sicherheit sagen, dass das Pendel in Richtung der Internationalisten geschwungen ist.“ Dass es sich bei Trumps Entscheidung tatsächlich um eine drastische Abkehr früherer Positionen handelt, räumte der US-Präsident in seiner Afghanistan-Rede selbst mit folgenden Worten ein: „Mein eigentlicher Instinkt war es abzuziehen, und ich folge gern meinen Instinkten. Aber mein Leben lang habe ich gehört, dass Entscheidungen anders sind, wenn man hinter dem Schreibtisch im Oval Office sitzt.“

Bleibt die Frage, ob dieser Sinneswandel auf Afghanistan begrenzt bleibt oder – wie viele Beobachter mit einiger Berechtigung vermuten – es sich hier um die endgültige Rückkehr zu „war business as usual“ handelt.

# Opération Sentinelle

## Wie Frankreichs Anti-Terror-Krieg nach Hause kommt

von Sven Wachowiak

### I. Die „Opération Sentinelle“ im Visier

„Mit der Operation Sentinelle sind die Soldaten zu Terrorismagneten geworden.“ (Bénédicte Chéron)<sup>1</sup>

Seit Januar 2015 läuft in Frankreich der inländische Anti-Terror-Einsatz „Opération Sentinelle“ (zu Deutsch: Wache bzw. Wachposten). Zwischen 7.000 und 10.000 Soldaten, je nach Gefährdungslage, sollen potentielle Anschlagziele und Risikozonen im städtischen Raum schützen; dabei soll ihre alleinige Präsenz gemäß der vom Verteidigungsministerium ausgegebenen Devise „Protéger, dissuader, rassurer“ (Schützen, abschrecken, beruhigen) zur Stärkung des allgemeinen Sicherheitsgefühls beitragen.

Ein solcher Inlandseinsatz ist in Frankreich kein Novum. Bereits zwischen 1986 und 1987 fand ein ähnlicher Einsatz statt, die Operation „Garde aux frontières“, in deren Rahmen 2.000 Soldaten für die Dauer von drei Monaten zum Schutz der Grenzen beordert wurden. Angeordnet wurde der Einsatz im September 1986 vom damaligen Präsidenten Francois Mitterand auf dem Höhepunkt einer Anschlagsserie – 13 Attacken zwischen Februar 1985 und September 1986 – die mit dem Bombenanschlag in der Rue de Rennes, bei dem sieben Menschen getötet und 55 verletzt wurden, ihren Höhepunkt fand.

Die aktuelle „Opération Sentinelle“ ist im Grunde genommen die Ausweitung eines ständigen Einsatzes im Rahmen des französischen Anti-Terror-Plans „Vigipirate“, welcher seit 1991<sup>2</sup> offiziell zum Ziel hat, die Sicherheitskräfte des Innenministeriums beim Schutz als gefahrenanfällig eingestufte Zonen und Orte zu unterstützen. Die Dimension des Sentinelle-Einsatzes ist jedoch eine völlig andere, da das Kontingent innerhalb von nur wenigen Tagen von durchschnittlich 750 Soldat\_innen auf 10.000 auf dem gesamten Staatsgebiet hochgesetzt wurde – eine bereits im Weißbuch 2008 für entsprechende Fälle vorgesehene Maximalzahl, welche 10% der Gesamttruppenstärke des französischen Heeres bzw. 15% ihrer Einsatzkräfte entspricht; zum ersten Mal seit Ende des Kalten Krieges übersteigt damit die Gesamtzahl der im Inland eingesetzten Heereskräfte die Zahl jener im Auslandseinsatz.

Die oftmals gezogene Parallele zum Algerienkrieg erschöpft sich nicht allein in der numerischen Dimension dieses Einsatzes. Auch das französische Notstandsgesetz, der gesetzliche Rahmen für den seit 2015 andauernden Ausnahmezustand, wurde eigens mit Beginn des Algerienkriegs 1955 geschaffen. Selbst in der Fünften Republik blieb die außerordentliche Maßnahme ihrer kolonialen Provenienz fest verhaftet: 1985 beim Unabhängigkeitsaufstand in Neukaledonien, 2005 erstmals in den Banlieues des französischen Mutterlandes, seit 2015 nun auch im innerstädtischen Krieg gegen den islamistischen Terrorismus. Flankiert wird die Maßnahme von einer zunehmenden Militarisierung des Inneren, die in der „Opération Sentinelle“ ihren vorläufigen Höhepunkt findet (siehe auch die Kasten am Ende dieses Artikels).

„Protéger, dissuader, rassurer“ – legt man diese selbstge-

setzten Maßstäbe an, muss der Einsatz als Misserfolg auf ganzer Linie bewertet werden. Schützen? Bisher wurde kein geplantes Attentat bekannt, das nachweislich durch die Operation verhindert werden konnte. Stattdessen erwies sich die Maßnahme bei dem Anschlag

im Thalys-Zug von Amsterdam nach Paris und bei den Terroranschlägen am 13. November 2015 in Paris als völlig wirkungslos. Abschrecken? Das genaue Gegenteil scheint erreicht, Soldat\_innen sind als symbolhafte Verkörperung der republikanischen Staatsgewalt mittlerweile zum bevorzugten Ziel von Anschlägen avanciert. Beruhigen? Es braucht keine antimilitaristische Grundhaltung – und Antimilitarist\_innen sind rar gesät in Frankreich –, um den behaupteten balsamischen Effekt von Maschinengewehren auf Weihnachtsmärkten oder Einkaufsmeilen in Zweifel zu ziehen. Trotzdem befürworteten laut einer vom Verteidigungsministerium in Auftrag gegebenen Erhebung des Umfrageinstituts IFOP im November 2015 79% der Befragten den Einsatz, im März 2017 waren es noch immer 77%. Eine IFOP-Erhebung vom Oktober 2016, „Welchem der folgenden Akteure vertrauen Sie am meisten bei der Terrorismusbekämpfung?“, (sechs mögliche Nennungen) ergab, dass 69% der Befragten ihr Vertrauen in die Polizei setzten (Platz 1), nur 38% der Befragten hingegen die Soldat\_innen der Operation Sentinelle angaben (Platz 3). Angesichts dieser Diskrepanz zwischen objektiver Einschätzung des Nutzens und Befürwortung des Einsatzes in der Bevölkerung steht zu vermuten, dass der Effekt von vielen zwar als rein psychologischer durchschaut, als solcher aber durchaus willkommen geheißen wird. Mag die mehrheitliche Zustimmung unter der Bevölkerung auch ungebrochen sein, so sind vor allem nach der Zunahme von Attacken auf Soldat\_innen im August dieses Jahres vermehrt Stimmen aus dem militärischen Umfeld zu vernehmen, die die Sinnhaftigkeit des Einsatzes in Frage stellen bzw. nicht länger als „Zielscheiben“, oder, wie es der ehemalige General Vincent Desportes beschreibt, als „Blitzableiter“<sup>3</sup> erhalten wollen. Von Anfang an geriet die Mission immer wieder selbst ins Visier verbaler oder tätlicher Angriffe, laut dem Politikwissenschaftler Élie Tenenbaum durchschnittlich fünfmal pro Tag.<sup>4</sup> Mit den jüngsten Vorfällen stieg auch die Zahl der versuchten oder geglückten Anschläge auf Sentinelle-Soldat\_innen auf insgesamt sieben, allein drei davon im August dieses Jahres:

Am 3. Februar 2015 wurden in Nizza drei Wachsoldat\_innen vor einem jüdischen Gemeindezentrum mit einem Messer angegriffen. Am 1. Januar 2016 lenkte ein Autofahrer seinen Wagen vorsätzlich in eine Gruppe von vier Soldat\_innen, die vor der Großen Moschee in Valence Wache standen. Am 3. Februar 2017 wurde eine Patrouille von vier Soldat\_innen in der Pariser Einkaufspassage „Carrousel du Louvre“ mit einer Machete angegriffen, wobei der Angreifer „Allahu Akbar“ gerufen haben soll. Am 18. März 2017 wurde ein 39-Jähriger am Flughafen Orly-Sud erschossen, nachdem er eine Patrouille attackiert hatte. Am 19. Juni 2017 wurde ein Polizeitransporter vorsätzlich mit einem Auto gerammt, welches mit Waffen und Gasflaschen beladen war. Am 5. August 2017 wurde ein 19-Jähriger überwältigt, bevor er einen Sicherheitsmann vor dem Eiffelturm mit einem Messer angreifen konnte. Er soll „Allahu Akbar“ gerufen haben und gab später an, dass er es gezielt auf Soldat\_innen abgesehen habe.<sup>5</sup> Am frühen Morgen

des 9. August fuhr ein Einzeltäter in der nordwestlich von Paris gelegenen Gemeinde Levallois-Perret im Département Hauts-de-Seine eine Gruppe von Soldat\_innen mit einem Auto an und verletzte dabei sechs Personen.<sup>6</sup> Und erst am Abend des 23. August versuchte ein 50-Jähriger in Lyon, der bereits in der Vergangenheit an psychischen Problemen gelitten haben soll, eine Wachsoldatin zu erwürgen.<sup>7</sup>

Doch nicht nur wegen des Risikos, dem die Soldat\_innen tagtäglich ausgesetzt sind, steht der Einsatz in der Kritik. Ebenfalls bemängelt wurden bereits die Unterbringung der Soldaten in der Anfangszeit des Einsatzes, die Kosten (circa eine Million Euro pro Tag), die Überdehnung des französischen Heeres auf Kosten der Übersee-Einsätze, die Vernachlässigung des Trainings der Soldaten (im Schnitt nur noch 70 statt der im Verteidigungsfinanzierungsprogramm vorgesehenen 90 Trainingstage/Jahr)<sup>8</sup> usw.. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Tatsache, dass hier seit über zwei Jahren fast widerstandslos der Umbau einer Zivil- zu einer Kriegsgesellschaft vorangetrieben wird, findet hingegen kaum statt.

## II. Krieg im Äußeren wie im Inneren

„Wir werden diesen Krieg gewinnen.“ (Manuel Valls)<sup>9</sup>

Die französische Verteidigungsdoktrin fußt seit zehn Jahren auf der Doktrin des Kontinuums Verteidigung – Sicherheit (continuum défense – sécurité), dessen dubiosen Werdegang die Rechtswissenschaftlerin Roseline Letteron einmal nachvollzogen hat: Das Konzept erscheint erstmals im „Weißbuch über die Verteidigung und die Nationale Sicherheit“ von 2008. Zusammenfassen lässt es sich mit den einleitenden Worten von Nicolas Sarkozy als „ein neues Konzept: Das einer nationalen Sicherheitsstrategie, die, ohne sie miteinander zu vermengen, Verteidigungspolitik, innere Sicherheit, Außenpolitik und die Wirtschaftspolitik miteinander verbindet.“ Ein Jahr später spricht der Kriminologe Alain Bauer, der die Regierung seit langem in Sicherheitsfragen berät, vor der Militärakademie IHEDN (Institut des hautes études de défense nationale) von einem „Konzept der ‚globalen Sicherheit‘, das es noch zu präzisieren gilt, welches die Landesverteidigung, öffentliche Sicherheit, Schutz von Unternehmen oder Umweltsicherheit [sécurité environnementale] miteinander verbinden soll“. Das diffuse Konzept ist zwar auch seitdem nicht genauer definiert worden, taucht aber regelmäßig als Schlagwort zur Rechtfertigung u.a. der massiven Militärpräsenz und flächendeckenden Videoüberwachung in den französischen Innenstädten auf.<sup>10</sup> So schreibt die Konfliktforscherin Bénédicte Chéron, es gehe bei der Operation Sentinelle darum, „Krieg zu führen. Krieg? Nicht in den Straßen Frankreichs natürlich, aber das berühmte Kontinuum zwischen den Auslandseinsätzen im Sahel-Sahara-Streifen (Operation Barkhane) oder im Mittleren Osten (Operation Chammal) und der Operation Sentinelle wird regelmäßig bekräftigt.“<sup>11</sup> Auf den Punkt bringt es die von Premierminister Manuel Valls nach dem Bataclan-Attentat im November 2015 ausgegebene Parole: „Wir sind im Krieg“ – bei der man bereits nicht mehr wissen konnte, ob nun der Sahel-Streifen, Syrien oder die Île-de-France gemeint war, was auch letztlich keine Rolle spielte. Man könnte mit Fug und Recht sagen, dass das „Kontinuum Verteidigung – Sicherheit“ eine Konvergenz beschreibt, deren vorläufige Vollendung im ständigen Ausnahmezustand erreicht ist.

Valls' Befund deckt sich mit der Einschätzung des amtierenden Generalstabschefs Jean-Pierre Bosser, wenn dieser



Patrouille der Opération Sentinelle in Straßburg. Quelle: Claude Truong-Ngoc / Wikimedia Commons

in einem in der „Revue Défense Nationale“ erschienenen Artikel schreibt, „am Abend des 13. November [seien] ‚Inneres‘ und ‚Äußeres‘ erneut miteinander in Resonanz getreten, dieses Mal bis zum Punkt der Verschmelzung“ und sich zwar keine Einschätzung darüber erlauben möchte, ob Frankreich im Krieg sei, aber konstatiert, dass der Krieg nun in Frankreich angekommen sei und aus der Analogie der Lage, eine Analogie der Mittel ableitet. Von dieser Prämisse ausgehend forderte der General vier Prinzipien, die dem Inlandseinsatz der Armee künftig zugrunde liegen sollten, im Grunde eine Zusammenfassung der Änderungen, die bereits im Plan zur Reorganisation der Armee „Au contact“, veröffentlicht im Mai 2015, gefordert worden waren: Effizienzsteigerung durch die Bündelung der Oberkommandos, was letztlich, wie schon im Reformplan gefordert, auf die Schaffung einer eigenen Kommandobehörde für das Staatsgebiet nach Vorbild der „Défense opérationnelle du Territoire“ (DOT) aus Zeiten des Kalten Krieges hinauslief.<sup>12</sup> Es wird gefordert, man müsse seinerseits „Ungewissheit schaffen indem man den Feind eine unvorhersehbare und omniprésente Bedrohung spüren lässt“. Die starre „Maginot-Linie“, die nach dem 7. Januar errichtet wurde, sei umgangen worden, und müsse durch dynamischere Vorgehensweisen ersetzt werden. Dies setze auch „die Bereitstellung komplementärer Mittel“ voraus: „Störsender, Nano-Drohnen, Helikopter, ABC-, Hunde- und Antisprengstoffeinheiten, leichte Panzerfahrzeuge – um Verletzte unter Beschuss zu evakuieren – Cyberkapazitäten, Aufklärung...“<sup>13</sup>

## III. Koloniale Techniken: Der Krieg kommt heim

„Der Waffengang im Äußeren war, selbst wenn die französische Bevölkerung davon unberührt bleibt, schon immer begleitet von nationalem Zusammenschluss im Inneren und Zwangsmaßnahmen gegen jene, die sich nicht fügen wollten. Diese Korrelation zwischen Krieg im Äußeren und außerordentlichem Zustand im Inneren hat es in unterschiedlichen Ausprägungen schon immer gegeben, mal mehr, mal weniger extrem und gewalttätig.“ (Claude Serfadi)<sup>14</sup>

Bereits Michel Foucault hat in einer seiner Vorlesungen am Collège de France auf die geschichtliche Konstante „einer Art Rückwirkung der Kolonialpraxis auf die rechtlich-politischen Strukturen des Abendlands“ hingewiesen. „Man sollte nicht vergessen, dass die Kolonisation mit ihren Techniken und

ihren politischen und rechtlichen Waffen europäische Modelle auf andere Kontinente übertragen, dass sie aber auch zahlreiche Rückwirkungen auf die Machtmechanismen, die Apparate, die Institutionen und Machttechniken im Abendland gehabt hat. Es gab eine ganze Serie von kolonialen Modellen, die ins Abendland zurückgebracht wurden und bewirkt haben, dass das Abendland an sich selbst so etwas wie eine Kolonisierung, einen internen Kolonialismus, durchgeführt hat.“<sup>15</sup>

Auch der Stadtforscher Stephen Graham beschreibt in seinem Standardwerk über die Militarisierung der Städte, wie „Techniken und Technologien kolonialer urbaner Kriegsführung und Repression“ schon immer ihren Weg von den Kolonien zurück in die Herzkammern der europäischen Gesellschaften fanden<sup>16</sup> – wie auch heute die Kampferfahrung der französischen Armee in der Sahelzone in die Überlegungen zur „nationalen Sicherheit“ mit einfließt. Beispielhaft auf den Punkt brachte diese Entwicklung der damalige Chef des französischen Generalstabs, Pierre de Villiers, bei seiner Anhörung vor der Kommission der Nationalen Verteidigung und der Streitkräfte am 15. Oktober 2015: „Womöglich wurde es nicht ausreichend erläutert? Sentinelle ist alles andere als eine Neuauflage von Vigipirate, sondern entspricht vielmehr einem strategischen Umdenken: Nach unserem Dafürhalten [...] benötigen die inneren Sicherheitskräfte eine substantielle und dauerhafte Unterstützung durch die Streitkräfte der Armee. Anstatt aber die Sicherheitskräfte zu vertreten, sollen die Streitkräfte ein ergänzendes Know-How beisteuern. [...] Um die Regierung zu beraten, bemühe ich mich vorauszublickend zu denken und komme zu folgender Einschätzung: Da wir es mit denselben Terroristen zu tun haben, müssen wir gegebenenfalls im Inneren auf Methoden zurückgreifen, die an diejenigen angelehnt sind, die außerhalb des Staatsgebietes Anwendung finden.“<sup>17</sup> So werden auch Menschen mitten in Europa aus der staatlichen Rechtsordnung ausgebürgert und zu Kombattanten im Krieg gegen den Terror erklärt.

## Anmerkungen

- 1 Bastié, Eugénie: Interview mit Bénédicte Chéron, Le Figaro, 03. Februar 2017.
- 2 Anlass für die erste Aktivierung des Plans im Jahr 1991 war der Beginn des Zweiten Golfkrieges unter französischer Beteiligung.
- 3 „Il faut que le président Macron ait le courage d’arrêter l’opération Sentinelle“, L’Obs, 10. August 2017.
- 4 Tenenbaum, Elie: La sentinelle égarée? L’armée de Terre face au terrorisme, Focus stratégique n°68 (Paris: IFRI, June 2016).
- 5 Sicherheitskräfte am Pariser Eiffelturm verhindern Messerattacke auf Soldaten, Die Welt, 06. August 2017.
- 6 Auto fährt in Soldatengruppe - mehrere Verletzte, Spiegel Online, 09. August 2017.
- 7 Lyon : un déséquilibré s’attaque à une militaire de l’opération Sentinelle, Le Parisien, 23. August 2017.
- 8 „Sentinelle“, une opération militaire de 7 000 soldats sur le territoire national, Le Monde, 03. Februar 2017.
- 9 Amar, Cécile: Interview mit Manuel Valls, Le journal du dimanche, 17. Juli 2016.
- 10 Vgl. Letteron, Roseline: *Terrorisme : l’échec du continuum défense sécurité*, <http://libertescheries.blogspot.de>.
- 11 Chéron, Bénédicte: *L’opération Sentinelle est un beau récit piégé*, Slate.fr, 29. Juni 2016.
- 12 Leymarie, Philippe: *L’armée dans la ville: amie ou ennemie?*, blog.mondediplo.net, 13. Juli 2015.
- 13 Bosser, Jean-Pierre: *L’Armée de terre, le territoire national et l’année 2015*, in Revue Défense Nationale, Januar 2016.
- 14 *Interview mit Claude Serfadi*, bastamag.net, 16. Mai 2017.
- 15 Foucault, Michel: In Verteidigung der Gesellschaft, Vorlesungen am Collège de France (1975-1976), Vorlesung vom 4. Februar 1976, S.126.
- 16 Graham, Stephen: *Cities under Siege: The new military urbanism*, p.12.
- 17 Commission de la défense nationale et des forces armées, 15. Oktober 2015, compte rendu n°11.

## Ausnahmezustand in Frankreich

Der Ausnahmezustand [état d’urgence] stattet die Behörden mit diversen Sonderbefugnissen aus, darunter das Recht, Wohnungsdurchsuchungen, bzw. Durchsuchungen von elektronischen Geräten ohne richterlichen Beschluss durchzuführen und Ausgangssperren zu verhängen. Nach einer Abänderung der entsprechenden Maßgabe des ursprünglichen Notstandsgesetzes von 1955 (Art. 4), besteht nun zudem die Möglichkeit, jede Person präventiv mit Hausarrest zu belegen, „der gegenüber ernsthafte Gründe zur Annahme bestehen, dass ihr Verhalten eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellt.“<sup>1</sup> Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International attestiert der französischen Regierung in ihrem kürzlich veröffentlichten Bericht „A right, not a threat“, sie beschneide die Versammlungsfreiheit der Bürger unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung. Dem Bericht zufolge wird seit dem 15. November

2015 nicht nur mit ungekannter Härte gegen Demonstranten vorgegangen, auch seien bspw. 155 Erlasse gegen öffentliche Versammlungen verfügt worden.<sup>2</sup> Erst im Juli bewilligte die französische Nationalversammlung eine weitere - mittlerweile die sechste - Verlängerung des Ausnahmezustands, diesmal bis zum 1. November. Im Anschluss, so versprach der neugewählte französische Präsident Emmanuel Macron großzügig, wolle er „die Freiheiten der Franzosen wiederherstellen.“<sup>3</sup> er vermied es jedoch, einen kurz zuvor in die Wege geleiteten Gesetzesentwurf zu erwähnen [„projet de loi renforçant la sécurité intérieure et la lutte contre le terrorisme“, zu deutsch: Gesetzesentwurf zur Stärkung der inneren Sicherheit und der Terrorismusbekämpfung], der Teile der Notstandsregelung in den rechtlichen Normalzustand überführen soll.<sup>4</sup>

## Anmerkungen

- 1 Ausnahmezustand in Frankreich - auf Kosten der Menschenrechte, humanrights.ch, 04. September 2017.
- 2 Amnesty beklagt Missbrauch des Ausnahmezustands, Zeit Online, 31. Mai 2017.
- 3 Congrès du Parlement français, 03. Juli 2017.
- 4 Raulin, Nathalie: Etat d’urgence. L’exception confirmée par la règle, Libération, 08. Juni 2017.



Proteste in Toulouse. Quelle: Gyrostat / Wikimedia, CC-BY-SA 4.0

# Hybride Bedrohungen

## Analysekategorie oder Steigbügelhalter der Militarisierung?

von Christopher Schwitanski

Am 11. April 2017 trafen im finnischen Helsinki Vertreter von neun Nato-Mitgliedstaaten zusammen, um formal die dortige Gründung eines europäischen Zentrums für die Abwehr hybrider Bedrohungen zu beschließen. Ein Schritt, welcher in den offiziellen Presseerklärungen sowohl der Nato als auch der EU begrüßt wurde.

Dem vorausgegangen war eine ganze Reihe von Maßnahmen innerhalb der Nato und den außenpolitischen Institutionen der EU, welche ebenfalls unter Verweis auf die Abwehr hybrider Bedrohungen erfolgten. Da wäre beispielsweise die Joint declaration by the President of the European Council, the President of the European Commission, and the Secretary General of the North Atlantic Treaty Organization, welche Donald Tusk, Jean-Claude Juncker und Jens Stoltenberg im Zuge des Nato-Gipfels im Juli 2016 in Warschau unterzeichneten. In der besagten Erklärung wird u. a. die dringende Notwendigkeit betont, gemeinsam hybride Bedrohungen zu kontern. Darüber hinaus erfolgt auch der Ausbau der Kapazitäten im Bereich so genannter Cyberabwehr und strategischer Kommunikation innerhalb von Nato und EU häufig unter Verweis auf die Notwendigkeit, hierüber eben solche Bedrohungen abzuwehren.

Betrachtet man vor diesem Hintergrund die derartigen Entscheidungen zugrunde liegende Forschungsliteratur über hybride Bedrohungen, so fällt auf, dass das dahinterstehende Konzept erstaunlich unscharf bleibt.

Im Folgenden wird daher der Frage nachgegangen, welche Wissensbestände innerhalb des wissenschaftlichen Diskurses über hybride Bedrohungen in das Konzept selbiger eingeschrieben sind, beziehungsweise sich um dieses herum entwickelt haben. Hierüber soll nicht zuletzt eine Einordnung und ein besseres Verständnis der in den letzten Jahren vermehrt hieraus abgeleiteten sicherheitspolitischen Maßnahmen ermöglicht werden. Hierzu wird zunächst eine grobe Übersicht über einige zentrale Inhalte und den zeitlichen Verlauf des Diskurses gegeben, ehe im Anschluss dessen Bedeutung und hieraus abgeleitete Implikationen diskutiert werden.

### Grundlagen des Diskurses

In der sozialwissenschaftlichen (Militär-)Forschung sowie den militärischen und wissenschaftlichen Strukturen der Nato und der EU wird seit einigen Jahren innerhalb eines wissenschaftlichen Diskurses das Wissen über so genannte hybride Bedrohungen und damit eng verknüpft hybride Kriegführung, verhandelt. Hieraus leiten sich wiederum zahlreiche politische und militärische Forderungen ab, welche innerhalb eines umfassenden Netzwerks aus Forschungseinrichtungen, politischen Maßnahmen und Gesetzen realisiert werden. Der besagte Diskurs wird im Folgenden als Bedrohungs-Diskurs bezeichnet, womit kein Diskurs über Bedrohungen im Allgemeinen gemeint ist, sondern jener, der sich um das Konzept und die militärischen Szenarien hybrider Bedrohungen herum entwickelt hat und sich auf diese bezieht.<sup>1</sup>

Bezüglich der sozialwissenschaftlichen Literatur als Teil

des wissenschaftlichen Diskurses über hybride Bedrohungen gilt es zu beachten, dass es sich hierbei, sofern sie nicht von der Nato selbst publiziert werden, überwiegend um Analysen staatlicher, militär- und regierungsnaher Forschungseinrichtungen handelt. Deren Mitarbeiter stam-

men nicht selten ihrerseits aus einem westlichen, militärischen Kontext, weswegen sich stets eine gewisse Nähe zur Nato beobachten lässt. Diese tritt zwar in unterschiedlichem Ausmaß zutage, aber Positionen, welche die Nato oder die westliche Militärpolitik grundsätzlich in Frage stellen oder fundamentale Kritik an dieser üben, sucht man in der Literatur über hybride Bedrohungen vergebens.

Dabei erfasst die ausgewählte Literatur nicht den gesamten hier skizzierten Diskurs, sondern bildet vielmehr eine erste Auswahl, um sich diesem anzunähern. Dabei wurden mehrheitlich Publikationen berücksichtigt, die innerhalb des Diskurses aufgrund von Autorenschaft oder Referenzen bedeutsam erscheinen, und aus Forschungseinrichtungen stammen, die innerhalb der Nato besonderes Gewicht haben. Hierzu zählt z. B. das *Nato Defence College*, welches als Militärakademie für die Ausbildung von militärischem und zivilem Führungspersonal zuständig ist und gleichzeitig eine der wichtigsten (sozialwissenschaftlichen) Forschungseinrichtungen des Bündnisses darstellt. Darüber hinaus wurden Artikel berücksichtigt, die ihrerseits versuchen, den Bedrohungs-begriff zu definieren und sich mit dessen Entstehung auseinanderzusetzen.

Weiterhin gilt es anzumerken, dass sich für den Begriff der Hybridität in Zusammenhang mit Kriegführung keine einheitliche Definition findet. Die Uneinigkeit über eine grundsätzliche Definition des Phänomens dürfte mit daher rühren, dass sowohl die einzelnen Nato-Mitgliedstaaten als auch am Diskurs beteiligte Forschungseinrichtungen von vornherein ihren eigenen Definitionen, verbunden mit jeweils eigenen Zielen folgten.<sup>2</sup> Der fehlenden einheitlichen Definition zum Trotz lassen sich innerhalb des auf diesem Weg produzierten Wissens einige zentrale Elemente erkennen, die in den verschiedenen Diskursbeiträgen wiederholt auftreten und diese inhaltlich aneinander anschlussfähig machen.

Als verbindendes Element liegt den verschiedenen Arbeiten der Bezug auf Kriege und Bedrohungen zugrunde, die sich durch eine Vermischung von zivilen und militärischen Mitteln auszeichnen. Aufbauend auf dieser Grundlage formiert sich innerhalb des Diskurses das Wissen über hybride Bedrohungen, deren Bewertung und die ihnen zugeordneten Eigenschaften zwischen den verschiedenen Autoren dann teils deutlich schwanken.

Ein weiteres inhaltliches Merkmal, das häufig auftritt, ist die Einbeziehung der Bereiche Cyber und Information. Beide Gebiete werden in diesem Zusammenhang als militärische Räume oder Einsatzfelder aufgefasst und dabei teils explizit auf eine Ebene mit den Einsatzräumen Land, Luft, Wasser und Weltraum gestellt,<sup>3</sup> wobei den ersten beiden im Zuge hybrider Kriegführung eine besondere Bedeutung eingeräumt wird. Der Ausbau der Nato-Kapazität im Bereich Cyberkriegführung und Strategische Kommunikation<sup>4</sup> erfolgte zwar zunächst unabhängig vom Bedrohungs-Diskurs, aber beide Gebiete werden von verschiedenen Autoren in diesen integriert, da Cyberangriffe und „Propaganda“ zunehmend auch als Elemente hybrider Bedrohungen gelten, welche es dementsprechend militärisch



hybriden Angriffe werden sowohl vernetzt als auch unvorhersehbar sein, in Kombination traditioneller Kriegführung mit irregulärer Kriegführung, Terrorismus und organisiertem Verbrechen.<sup>13</sup> Unter Verweis auf das Multiple Futures Project veröffentlichten die beiden strategischen Oberkommandos der Nato im Folgejahr ein so genanntes Capstone Concept, welches als Input für die weitere Diskussion des hybriden Bedrohungs-Konzepts und der diesbezüglichen militärischen Doktrin-Entwicklung dienen sollte. Hybride Bedrohungen werden hier wie folgt beschrieben: „Hybride Bedrohungen sind solche, die von Gegnern mit der Fähigkeit ausgehen, zeitgleich konventionelle und nicht-konventionelle Mittel anpassungsfähig in Verfolgung ihrer Ziele einzusetzen.“<sup>14</sup> Neben dieser Beschreibung werden auch hier hybride Bedrohungen in einen negativ konnotierten Zusammenhang mit Terrorismus und Kriminalität gerückt: „Sie [hybride Bedrohungen] können dazu in der Lage sein, die rechtliche Komplexität von Situationen auszunutzen, in denen Kampfhandlungen, Terrorismus und kriminelle Aktivitäten einander überlappen oder ergänzen und sich wechselseitig verstärkende Effekte haben.“<sup>15</sup>

Für eine zusätzliche Beförderung der Wissensproduktion innerhalb des Diskurses sorgte im Juni 2012 eine Aufforderung der Nato an die Mitgliedstaaten und Nato-Denkfabriken (*Centres of Excellence COE*)<sup>16</sup>, an der Abwehr hybrider Bedrohungen zu arbeiten und diesen Aspekt auch auf organisatorischer Ebene der Nato zu verankern.<sup>17</sup> Vor diesem Hintergrund weitet sich der Diskurs innerhalb der Nato weiter aus und gewinnt ab 2014 zusätzlich an Gewicht. Die Eskalation im westlich-russischen Verhältnis im Zuge des Konflikts in der Ukraine sowie das Erstarken des so genannten Islamischen Staats (IS) im Irak und Syrien bilden zentrale Ereignisse, in deren Folge das Konzept der Hybridität und die ihm zugesprochene Bedeutung massiv an Gewicht gewinnen: Russlands Agieren im Rahmen des gesamten Konflikts wird als prototypisch für hybride Kriegführung bewertet und die damit einhergehende Erschütterung des wahrgenommenen geopolitischen Gleichgewichts sorgt für eine zusätzliche Beförderung des Diskurses.

Die Bedeutung, die Russland und dem IS fortan beigemessen wird, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass sich ab 2014 zahlreiche Publikationen in der Beschreibung hybrider Bedrohung auf diese beiden Akteure als prototypische Beispiele zur Erklärung des Phänomens beschränken,<sup>18</sup> was zum Teil schon in den Titeln mittels geopolitischer Kategorien angedeutet wird: *Nato's hybrid flanks: Handling unconventional warfare in the south and the east*.<sup>19</sup>

Auch innerhalb der europäischen Institutionen gewinnt der Bedrohungs-Diskurs nach den politischen Ereignissen von 2014 an Bedeutung, was sich beispielsweise im „Gemeinsamen Rahmen für die Abwehr hybrider Bedrohungen“ der Europäischen Kommission und der hier formulierten Forderung nach einer verstärkten Kooperation mit der Nato zeigt.<sup>20</sup> Die verstärkte Zusammenarbeit mit der Nato wird vor diesem Hintergrund ebenso in der außenpolitischen Globalstrategie der EU von 2016 betont.<sup>21</sup> Interessanterweise wird in den genannten EU-Dokumenten der Begriff hybride Bedrohung gar nicht mehr näher definiert, sondern selbstredend als eigenständige Kategorie neben Bedrohungen wie Terrorismus und Klimawandel behandelt.

Darüber hinaus wurden vom Europäischen Parlament u. a. im November 2016 der „Bericht über das Thema ‚Strategische Kommunikation der EU, um gegen sie gerichteter Propaganda von Dritten entgegenzuwirken‘“, verabschiedet. In diesem wird u. a. ein deutlicher Ausbau der strategischen Kommunikation

der EU zur Abwehr gegnerischer „Propaganda“ gefordert, wobei Letztere als Teil hybrider Kriegführung gesehen wird.<sup>22</sup>

Die Forderung seitens der Nato und der EU, die Kooperation zwischen beiden Organisationen in der Abwehr hybrider Bedrohungen zu intensivieren, wird häufig mit der hierfür nötigen Kombination ziviler und militärischer Mittel begründet, worin sich beide Organisationen ergänzen könnten. Dabei werden besonders die Vorzüge der zivilen Mittel betont, welche der EU entgegen der Nato zur Verfügung stünden: „Der EU auf der anderen Seite stehen nicht-militärische Instrumente zur Verfügung, um mit solchen Bedrohungen umzugehen: diplomatisch-politische Maßnahmen, Energie-, Handels- und Wirtschaftspolitiken und finanzielle und wirtschaftliche Sanktionen etc.“<sup>23</sup>

Die Umsetzung der angestrebten Kooperation zwischen Nato und EU zeigte sich jüngst in der Gründung des eingangs erwähnten gemeinsamen europäischen Kompetenzzentrums zur Abwehr hybrider Bedrohungen in Finnland.

An diesem Punkt lässt sich festhalten, dass das Konzept der hybriden Bedrohung sowohl für die Nato als auch die EU in den letzten Jahren sichtlich an Bedeutung gewonnen hat und hiermit eine ganze Reihe von Maßnahmen in Bereichen wie der Informations- und Cyberkriegführung ebenso wie der Nato-EU-Kooperation legitimiert werden. Einige Implikationen dieser Entwicklung werden im Folgenden diskutiert, ausgehend von der Beobachtung, dass das zugrunde liegende Bedrohungs-Konzept über die Jahre nicht an definitorischer Schärfe gewonnen hat.

## Hybride Bedrohungen als Legitimationsfigur

Ein wiederkehrendes Element innerhalb des Bedrohungs-Diskurses bildet die Konstruktion des Selbst und des Anderen innerhalb der wissenschaftlichen Literatur, welche sich entlang der Grenze zwischen legitimer und illegitimer (hybrider) Kriegführung vollzieht. Dieser Prozess spiegelt sich in der negativen Deutung der hybriden Akteure und den von ihnen ausgehenden Bedrohungen wider. In deren Abwertung schwingt stets implizit die Aufwertung der eigenen Position mit, da der Westen nicht in gleicher Weise hybride Mittel einsetze und daher mit einer ganz anderen Legitimität agiere.<sup>24</sup> Diese Abgrenzung erfolgt nicht gleichermaßen konsequent und viele Autoren müssen sich mit der Problematik auseinandersetzen, dass sich im Falle der westlichen Kriegführung eben die gleichen hybriden Elemente finden lassen, die in anderen Kontexten problematisiert werden. Dennoch lässt sich beobachten, dass die Berücksichtigung dieses Widerspruchs einerseits unterrepräsentiert ist und andererseits in den Publikationen, die darauf eingehen, die Hybridität westlicher Staaten häufig deutlich kürzer abgehandelt wird, ehe ausführlich auf Beispiele wie die Hisbollah, Russland oder den IS eingegangen wird. Dabei macht die überwiegende Verwendung des Konzepts zur Kennzeichnung der Aktivität nicht-westlicher Akteure bereits deutlich, dass es sich hierbei nicht um eine neutral angewendete wissenschaftliche Analysekategorie handelt.<sup>25</sup> Wäre dies der Fall, so müsste die konsequente Analyse hybrider Kriegführung ebenfalls den Einsatz kombinierter ziviler und militärischer Mittel aufseiten der Nato-Staaten untersuchen, anstatt durch eine Unterrepräsentation dieses Aspekts einen scheinbaren qualitativen Unterschied zwischen dem Handeln des westlichen Militärs und Akteuren wie Russland aufzumachen. Denn der Einsatz von hybriden Mitteln wie Cyberwaffen, Falschinformation, Wirtschaftssanktionen und Spezialeinheiten (Letz-

## NATO-EU: PACE-Hybridmanöver

Auf dem NATO-Gipfel in Washington wurde ein gemeinsames EU-NATO-Dokument unterzeichnet, mit dem die Zusammenarbeit beider Organisationen erheblich „verbessert“ werden sollte. Die am 1. September 2017 gestartete Übung „EU Parallel and Coordinated Exercise 2017“ (EU PACE17) von NATO und EU wird in diversen [Papieren](#) zur Kooperation der Institutionen als zentraler nächster Schritt bewertet. Lange war wenig über die Übung zu erfahren, bis Statewatch schließlich an ein [Ratsdokument](#) gelangte, das die Übung beschreibt. [Telepolis](#) (27.7.2017) berichtet ausführ-

lich darüber: „Ein besonderer Fokus liegt auf sogenannten hybriden Bedrohungen. Der Begriff ist nicht einheitlich definiert. Im sicherheitspolitischen Diskurs werden darunter aufeinander abgestimmte Aktivitäten staatlicher und nicht-staatlicher Akteure verstanden. Dies kann wie in der Ukraine militärische und para-militärische Aktionen bezeichnen, aber auch Cyberangriffe oder die Destabilisierung durch ‚Fake News‘. [...] Obwohl die Beschreibung auch auf westliche Militäroperationen in Lateinamerika, im Irak oder in Libyen zutrifft, werden hybride Bedrohungen

gemeinhin Russland zugeschrieben. [...] Das spiegelt sich in ‚EU PACE17‘ wider: Die Übung spielt in einem geopolitischen Setting, in dem sich ein ‚quasi-demokratisches Land‘ mit seiner wirtschaftlichen und militärischen immer deutlicher gegen die Europäische Union stellt. [...] In der Übung treibt auch eine „Antiglobalisierungsgruppe“ (AGG) ihr Unwesen. Sie wird als internationale Bewegung beschrieben, deren besondere Fähigkeit im ‚Organisieren von Krawallen, die sich als Demonstrationen tarnen‘ liegt.“

Jürgen Wagner

tere werden häufig mit dem hybriden Agieren Russlands in Verbindung gebracht) findet sich ebenfalls im Repertoire des Nato-Militärs. Ein häufig in diesem Zusammenhang genannter Ansatz ist der so genannte *Comprehensive Approach* der Nato, im Rahmen dessen man sich darum bemüht, zivile Akteure in Militärinterventionen einzubinden und ihre Aktivität mit den militärischen Zielen der Nato in Einklang zu bringen, um hierüber nicht zuletzt eine höhere Akzeptanz für Nato-Einsätze im Kriegsgebiet zu generieren.<sup>26</sup>

Des Weiteren fällt in den Publikationen der Nato die fehlende Thematisierung der Ursachen hybrider Bedrohungen in der Analyse selbiger auf. Das Auslassen dieses Aspekts geht nicht selten mit einer Naturalisierung asymmetrischer Konflikte und hybrider Bedrohungen einher, welche nun eine scheinbar natürliche oder zumindest nicht beeinflussbare Entwicklung im Kriegsgeschehen des 21. Jahrhunderts darstellen. Während die Forschungsliteratur häufig einen solchen Eindruck erweckt, ließe sich das gesteigerte Interesse eines politikberatenden Forschungsfeldes an hybriden Bedrohungen auch mit den zunehmenden militärischen Interventionen der Nato sowie einzelner westlicher Staaten in militärisch unterlegenen Staaten erklären. Das Ausblenden dieser Perspektive in der Betrachtung der Entwicklung hybrider Bedrohungen und Konflikte unabhängig von der militärischen Aktivität der Nato sowie die gleichzeitig erfolgende Konstruktion eines auf verschiedene Akteure (IS, Russland) übertragbaren Feindbildes eines hybrid agierenden Akteurs bildet schließlich den argumentativen Boden, auf dessen Grundlage die Forderung nach einer verstärkten militärischen Erschließung ziviler Bereiche erfolgt.

Deutlich wird diese Entwicklung in Bezug auf den Informations- und Cyberraum, welche innerhalb des Diskurses als notwendigerweise militärisch nutzbare Einsatzräume verstanden werden und dementsprechend ein Ausbau militärischer Kapazitäten in diesen Bereichen gefordert wird. Dass ein solcher Prozess als Militarisierung ziviler gesellschaftlicher Bereiche gesehen werden kann, wird in Einzelfällen explizit thematisiert.<sup>27</sup> Auch die geforderte und beförderte Nato-EU-Kooperation, mit dem Ziel einer Nutzbarmachung der zivilen Mittel der EU zur Unterstützung der Militärpolitik der Nato bewegt sich in diesem Spannungsfeld. So äußert sich Pawlak in einer Publikation des wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments: „Während die Abwehr hybrider Bedrohungen eine Mischung aus weichen und harten Sicherheitsmaßnahmen erfordert, mit dem Ziel Resilienz aufzubauen, besteht auch das

Risiko, dass eine zu enge Ausrichtung der EU [...] am Ansatz der Nato – welche primär eine militärische Allianz ist – zu einer Verschiebung der Optik, hin zu einem militärischen Prisma führt.“<sup>28</sup>

In Bezug auf den Informationsraum, welchen zunächst die Nato und mittlerweile auch die EU mittels verschiedener Kommunikationsaktivitäten zusammengefasst unter dem Begriff „strategische Kommunikation“ in Verfolgung militärischer Ziele zu erschließen versucht, lässt sich in der wissenschaftlichen Literatur eine Verschiebung in der Rechtfertigung dieser Maßnahmen beobachten. So wurde zu Beginn des Afghanistan-Krieges noch mit der Notwendigkeit argumentiert, im Rahmen der Aufstandsbekämpfung in so genannten asymmetrischen Kriegen hierüber die Kommunikationsaktivität militärisch unterlegener Gegner zu kontern.<sup>29</sup> Dementsprechend war die eigene Kommunikationsaktivität auf der einen Seite Teil der Aufstandsbekämpfung, während auf der anderen Seite die Bevölkerung der Mitgliedstaaten von der Notwendigkeit des Krieges überzeugt werden sollte. Mittlerweile wird dagegen in der Begründung des Ausbaus strategischer Kommunikation zunehmend der hybride Bedrohungsbegriff angeführt. Neben den Bemühungen die eigene Bevölkerung von der Kriegsnotwendigkeit zu überzeugen und auf der anderen Seite Aufständische im Kriegsgebiet zu bekämpfen, dient die Kommunikationsaktivität von Nato und EU nun scheinbar auch dem Schutz der eigenen Bevölkerung vor einer diffusen Bedrohungslage. Diese schafft auch innerhalb der EU eine bessere Grundlage, um gegenüber den bisher friedens- und sicherheitspolitisch begründeten, risikoarmen Interventionen in Drittstaaten, bei denen der Einsatz relativ weniger Soldaten von umfangreichen zivilen, insbesondere finanziellen Maßnahmen begleitet ist, nun auch, wie v.a. von Frankreich und Deutschland gewünscht, den Bereich Verteidigung im engeren, militärischen Sinne stärker auszubauen. Zumindest wurde in der Vergangenheit mehrfach moniert, dass die Bevölkerung der EU angesichts fehlender Bedrohungswahrnehmung bislang nicht bereit wäre, umfangreiche Rüstungsausgaben oder Verluste eigener Soldaten im Rahmen der EU mitzutragen. Indem gegen die EU gerichtete Propaganda oder Cyberaktivitäten als Teil einer hybriden Kriegführung kontextualisiert werden, wird demgegenüber auch jenseits konkreter militärischer Bedrohungen das Gefühl vermittelt, wonach die EU bereits jetzt einem Angriff ausgesetzt oder dieser zumindest jederzeit möglich sei.

## Fazit

Die vorliegende Arbeit zeigt beispielhaft, wie die Wissensproduktion innerhalb wissenschaftlicher Einrichtungen der Nato und weiteren ihr und dem westlichen Militär nahe stehenden Institutionen zur Legitimation der Nato und EU-Militärpolitik beitragen. Eine konsequente analytische Anwendung des hybriden Bedrohungskonzepts müsste zur Analyse des kombinierten Einsatzes ziviler und militärischer Mittel die Nato-Staaten in gleicher Weise berücksichtigen, wie andere Akteure. Auf diesem Weg ließe sich die qualitative Unterscheidung und scheinbare moralische Überlegenheit im Agieren des westlichen Militärs ebenso dekonstruieren, wie die hierüber beförderten Feindbilder. Die Rolle der Nato in der Entwicklung von Konflikten, die als hybrid bezeichnet werden, zu berücksichtigen, könnte nicht nur dazu beitragen, deren Mitverantwortung hierfür zutage zu fördern, sondern darüber hinaus in Frage stellen, inwiefern zivile Mittel im Dienst militärischer Handlungslogik überhaupt zu einer Konfliktlösung beitragen können. Dadurch, dass diese Aspekte im nachgezeichneten wissenschaftlichen Diskurs nur eine marginale Rolle spielen, wird es möglich, die so geschaffenen Forschungsarbeiten in den Debatten über Sicherheit und Aufrüstung zur Legitimation und Rechtfertigung der hiermit verbundenen Militarisation heranzuziehen, anstatt nach friedlichen und dauerhaften Konfliktlösungen zu suchen.

## Anmerkungen

- 1 Diskurs wird in Anlehnung an Keller verstanden als „Eine nach unterschiedlichen Kriterien abgrenzbare Aussagepraxis bzw. Gesamtheit von Aussageereignissen, die im Hinblick auf institutionell stabilisierte gemeinsame Strukturmuster, Praktiken, Regeln und Ressourcen der Bedeutungserzeugung untersucht werden.“ (Keller, Reiner. 2011a. Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms. 3. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. (S. 234)).
- 2 Tenenbaum, Élie. 2015. Hybrid warfare in the strategic spectrum: An historical assessment. In Guillaume Lasconjarias und Jeffrey A. Larson (Hg.): *Nato's response to hybrid threats*. Nato Defence College. (S. 97)
- 3 Vgl. Lindley-French, Julian. 2015. *Nato and new ways of warfare: Defeating hybrid threats*. Nato Defence College. (S. 3).
- 4 Bei strategischer Kommunikation handelt es sich im Falle der Nato um ein Rahmenkonzept, im Zuge dessen sämtliche Kommunikationsaktivitäten des Bündnisses koordiniert werden, mit dem Ziel die Bevölkerung der Mitgliedstaaten und die Zivilbevölkerung in Kriegsgebieten von den eigenen Narrativen zu überzeugen. Ähnliches gilt für die EU, wobei hier ein besonderer Fokus auf der Bevölkerung des europäischen Nachbarschaftsraums liegt. Innerhalb des weiteren Textes wird dieser Begriff beibehalten um deutlich zu machen, dass es hier stets um Bereiche geht, die von Seiten der Nato und der EU bzw. den jeweiligen Forschungsarbeiten explizit so benannt werden.
- 5 Vgl. Bachmann, Sascha-Dominik. 2012. Hybrid threats, cyber warfare and Nato's comprehensive approach for countering 21st century threats - mapping the new frontier of global risk and security management. In: *Amicus Curiae*. (S. 15); Bachmann, Sascha; Gunneriusson, Håkan. 2015. Hybrid wars: The 21st-century's new threats to global peace and security. In: *Scientia Militaria: South African Journal of Military Studies*. (S. 83); Boudreau, Brett. 2016. "We have met the enemy and he is us." An analysis of Nato strategic communications. The international security assistance force (ISAF) in Afghanistan, 2003-2014. Riga: NATO StratCom COE. (S. 345).
- 6 Vgl. Hamilton, Daniel S. 2016. Going beyond static understandings: Resilience must be shared, and it must be projected forward. In: Daniel S. Hamilton (Hg.): *Forward resilience: Protecting society in an interconnected world*. Washington, DC: Center for Transatlantic Relations. (S. 46f.).
- 7 Lasconjarias, Guillaume; Larsen, Jeffrey A. 2015. Introduction: A new way of warfare. In Guillaume Lasconjarias und Jeffrey A. Larson (Hg.): *Nato's response to hybrid threats*. NDC Research Division. Rome: Nato Defence College. (S. 1).
- 8 Hoffman, Frank G. 2007. *Conflict in the 21st century: The rise of hybrid wars*. Arlington, VA: Potomac Institute for Policy Studies. (S. 7)
- 9 Ebd. (S. 8)
- 10 Mit Nato-Publikationen sind Dokumente gemeint, die entweder von Nato-eigenen Institutionen (z. B. das *Nato Defence College* oder die *Nato Centres of Excellence*) oder einzelnen Nato-Kommandos publiziert wurden.
- 11 Das *Allied Command Transformation* und das *Allied Command Operation* bilden die beiden strategischen Oberkommandos der militärischen Nato-Kommandostruktur.
- 12 Nato. 2009. *Multiple futures project final report. Navigating towards 2030*. 04.2009 (S. 3f.).
- 13 Ebd. (S. 7)
- 14 Nato. 2010. *BI-SC Input to a new Nato capstone concept for the military contribution to countering hybrid threats*, 08.2010, (S. 2).
- 15 Ebd. (S. 4).
- 16 Hierbei handelt es sich um ein Netzwerk aus 24 multinationalen militärischen Denkfabriken, die dem strategischen Nato-Oberkommando für Transformation unterstellt sind und in verschiedenen Themenfeldern für Doktrin-Entwicklung, Ausbildung und Transformation der Nato zuständig sind.
- 17 Bachmann, Sascha; Gunneriusson, Håkan. 2015. Hybrid wars: The 21st-century's new threats to global peace and security. In: *Scientia Militaria: South African Journal of Military Studies*. (S. 79)
- 18 Vgl. Drent, Margriet Ellen; Hendriks, Robert J.; Zandee, Dick H. 2015. *New threats, new EU and Nato responses*. Clingendael: Netherlands Institute of International Relations. (S. 9ff.).
- 19 Jacobs, Andreas; Lasconjarias, Guillaume. 2015. *Nato's hybrid flanks. Handling unconventional warfare in the south and the east*. In: *Nato Defence College, Research Paper* (No. 112)
- 20 Europäische Kommission. 2016. *Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat. Gemeinsamer Rahmen für die Abwehr hybrider Bedrohungen - eine Antwort der Europäischen Union*, 06.04.2016. (S. 1)
- 21 Europäische Union. 2016. *Shared vision, common action: A stronger Europe. A global strategy for the European Union's foreign and security policy*. 06.2016. (S. 9)
- 22 Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten. 2016. *Bericht über das Thema „Strategische Kommunikation der EU, um gegen sie gerichteter Propaganda von Dritten entgegenzuwirken“*. (S. 5)
- 23 Drent, Margriet Ellen; Hendriks, Robert J.; Zandee, Dick H. 2015. *New threats, new EU and Nato responses*. Clingendael: Netherlands Institute of International Relations. (S. 7); Vgl. auch Pawlak, Patryk. 2017. *Countering hybrid threats: EU-Nato cooperation*. Briefing, 03.2017, (S. 11f.).
- 24 Vgl. Drent, Margriet Ellen; Hendriks, Robert J.; Zandee, Dick H. 2015. *New threats, new EU and Nato responses*. Clingendael: Netherlands Institute of International Relations. (S. 10).
- 25 Vgl. Tamminga, Oliver. 2015. *Hybride Kriegsführung: zur Einordnung einer aktuellen Erscheinungsform des Krieges*. In: *SWP-Aktuell*, (S. 1f.).
- 26 Vgl. Wendling, Cécile. 2010 *The comprehensive approach to civil-military crisis management. A critical analysis and perspective*. Paris: Institut de recherche stratégique de l'école militaire. (S. 15, 40).
- 27 Vgl. Bachmann, Sascha; Gunneriusson, Håkan. 2015. Hybrid wars: The 21st-century's new threats to global peace and security. In: *Scientia Militaria: South African Journal of Military Studies*. (S. 83)
- 28 Pawlak, Patryk. 2017. *Countering hybrid threats: EU-Nato cooperation*. Briefing, 03.2017, (S. 12)
- 29 Vgl. Tatham, Steve A. 2008. *Strategic communication: a primer*. Defence Academy of the United Kingdom. (S. 1f.).

